D 1600 E
Offenbach Nr. 250 März 1991
23. Jahrgang **W: DM 6,—/O: DM 4,—**

links

SOZIALISTISCHE ZEITUNG

GOLFKRIEG

STREIT

„Pazifisten" contra „Bellizisten"

Krieg in den Köpfen

ANALYSE

Ökonomische Dimensionen des Krieges

Die Interessen des Westens in Nahost

KRITIK

Kulturelle Konfrontation

Völkerrecht und Gewalt

Liebe Leserinnen und Leser,

Saddam Hussein hat nicht nur den Kuwait überfallen, sondern auch die Köpfe kritischer Menschen gespalten. Der selbsternannte Weltpolizist USA hat nicht nur eine mögliche politische Lösung in Form eines weltweiten Embargos gegen den Irak durch eine gefährliche militärische Eigenlogik ersetzt, sondern auch eine Militarisierung des Denkens großer Teile der Linken hier erreicht. In der politischen Auseinandersetzung um den Krieg im Irak werden Gründe wie nach einer Checkliste eines technischen Überwachungsvereins abgefragt. Doch es geht es hier nicht um den TÜV-Stempel, der das Weiterfahren in die richtige linke Richtung ermöglicht, sondern um die Bekennerplakette, die unter der Bezeichnung ,,Kriegstreiber'' dann verweigert wird, wenn die friedensbewegte Position der Kritik ausgesetzt wird. Andererseits halten sich einige undifferenzierte Pauschal-Kritiker von ,,links'' und auch von ,,rechts'' oft für die autorisierten Ingenieure, die die Kritierien der Checkliste festgelegt haben.

Daß diese Kritik jedoch nicht einfach aus der Luft gegriffen ist, beweist ein Beispiel aus jüngster Zeit. Eine Delegation der Grünen reist nun auch nach Israel, und damit das politische Klientel von Christian Ströbele nicht denken soll, hier besucht ein ,,Israelfreund den Feind des Iraks'' und ,,den Freund des Bundesregierung'', werden erst einmal die Bekenner-Tickets öffentlich gemacht: ,,Wir dürfen auch nicht vergessen, daß Israel seit Jahren eine Politik betreibt, die wir nicht gutheißen können''. Und Ströbele stellt dann weiter klar, was ein Bumerang mit irakischen Scud-Raketen gemeinsam hat: beides sind Flugobjekte, die der wieder auf den Kopf bekommt, der sie wegwirft. Denn: ,,Die irakischen Raketenangriffe sind die logische, fast zwingende Konsequenz der Politik Israels (...) auch dem Irak gegenüber'' (taz, 20.2.1991).

Diese fragwürdige Logik geht noch weit über das Linkage von Saddam Hussein hinaus. Denn sie stellt ein legitimatorisches Unterfutter für die Bedrohung der Vernichtung Israels dar und verbindet ohne Umwege den Angriff des Iraks auf Israel mit der Besetzung Kuwaits. Dessen bedarf es in keinster Weise, wenn man die israelische Politik gegenüber den Palästinensern auch weiterhin kritisiert. Und das ist wichtiger denn je: Wird nämlich die Unterstützung Saddam Husseins durch die Palästinenser bei einer notwendigen Nahost-Konferenz von der israelischen Regierung zu einem Gegenargument bei der Lösung des Palästina-Problems — und das heißt letztlich ein eigener Palästinenser-Staat — umfunktioniert, dann könnte dies Bemühungen um politische Lösungen erneut verhindern.

Inzwischen soll Ströbele von seinen Parteiämtern zurückgetreten sein. Die Position, die er vertritt, ist damit nicht aus der Welt. Darum werden die Diskussionen und Auseinandersetzungen weitergehen. Sie werden weitergehen müssen — wie die aufgeregten Reaktionen und kritischen Stellungnahmen zur letzten *links* zeigen. Die vorliegende Ausgabe ist deshalb eine ,,Debattennummer'' geworden. In den einzelnen Beiträgen offenbart sich die ganze Zerrissenheit, die bereits jetzt *auch* zu einer Folge des Golfkrieges geworden ist.

Schlimmer sind die realen Konsequenzen für die Menschen in der realen Kriegsregion. Um ihretwillen wäre zu wünschen, daß die sowjetische Friedensinitiative doch noch zum Erfolg führt. Ohne den politischen Druck der Verbündeten und der gesamten Weltöffentlichkeit wird die US-amerikanische Regierung jedoch schwerlich zum Einlenken bereit sein. Deswegen: Waffenstillstand und Friedensverhandlungen jetzt!

21.2.1991 **Die Redaktion**

Das **Sozialistische Büro (SB)** sucht zum baldmöglichen Eintritt engagierte(n)

Geschäftsführer/in

welche/r nicht nur den Überblick über unsere Finanzen behält. Darüber hinaus erwarten wir vor allem die Befähigung für die Akquirierung von Projektgeldern, Unterstützungen und Spenden für gezielte politische Vorhaben. Der/die neue Kolleg/in muß daher verhandlungsgeschickt, überzeugend, durchsetzungsfähig und hartnäckig die verschiedenen Vorhaben des SB und Verlag 2000 GmbH nach innen und außen vertreten.

Wir zahlen DM 3 000 brutto, plus Kindergeld und Aufwandsentschädigung. Bewerbungen mit Aussagen über bisherige politische Arbeitserfahrungen (Initiativen, Gewerkschaften, Parteien, Kirchen etc.) an:

SB, Verlag 2000 GmbH, Postfach 10 20 62, W — 6050 Offenbach

IMPRESSUM

HERAUSGEBER- UND REDAKTIONSADRESSE:
Sozialistisches Büro, Bleichstr. 5/7,
Postfach 10 20 62, 6050 Offenbach 1,
Telefon 069/88 50 06, Fax 069/82 11 16

REDAKTION zur Zeit: Natascha Apostolidou, Petra Bonavita-Lindloff, Christoph Görg, Heinrich Grün, Peter-Erwin Jansen, Peter Kern, Holm-Detlev Köhler, Eva-Maria Krampe, Thomas Kunz, Ludi Lodovico, Rüdiger Pusch, Sebastian Reinfeldt, Felix Schneider.

STÄNDIGE MITARBEITER: Lothar Baier (Notizen aus Frankreich), ,,Sovieticus''

REDAKTIONSSEKRETÄR: Gerhard Krum
Peter-Erwin Jansen

VERLEGER UND VERTRIEB:
Verlag 2000 GmbH, Bleichstr. 5/7,
Postfach 10 20 62, 6050 Offenbach 1

SATZ: Undine Büch, Birgit Letsch, Verlag 2000 GmbH

TITELFOTO: Reinhold Sögtrop

LAYOUT: Gerhard Krum, Birgit Letsch

DRUCK: Scholl & Klug GmbH
Mörfelden-Walldorf

ERSCHEINUNGSWEISE: monatlich,
11 Ausgaben im Jahr
ISSN: 0024-404-X

REDAKTIONSSCHLUSS für die April-Ausgabe 1991 ist der 14.3.1991

BEZUGSBEDINGUNGEN:
Einzelexemplar W: DM 6,—/O: DM 4,—
Jahresabonnement W: DM 64,—/O: DM 40,—
incl. Versand,
Luftpostpreise auf Anfrage

Abbestellungen müssen spätestens bis 31.10. vor Ende des Kalenderjahres schriftlich erfolgen. Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck, auch auszugsweise, ebenso Übersetzungen und fotomechanische Vervielfältigung von Beiträgen, bedürfen der vorherigen schriftlichen Genehmigung des Verlages. Mit Namen gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für Überschriften und Zwischentitel ist die Redaktion verantwortlich. Für Beiträge in *links* wird kein Honorar bezahlt.

EIGENTUMSVORBEHALT: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. ,,Zur Habe-Nahme'' ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehaltes. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

INHALT

KOMMENTAR

Peter-Erwin Jansen
Waffenstillstand und Verhandlungen! **6**

AKTUELLE DEBATTE

Ludi Lodovico
Der Krieg in den Köpfen **7**

Carl-Wilhelm Macke
Große Worte und kleine Zweifel. Über merkwürdige Bündnisse an der ,,Heimatfront'' **10**

AG Wissenschaftskritik Mainz
Der Krieg, die Vernunft und die Linke **13**

Felicia Langer
,,Zeit ist Blut''. Redebeitrag auf der Bonner Friedensdemonstration **17**

Johannes Beck
Zur Logik des Krieges. Vorläufige Fragen auf fragwürdige Antworten **35**

DOKUMENTATION

Deutsch-Israelischer Arbeitskreis (DIAK)
Offener Brief an die israelischen Friedenskräfte **16**

RATZ
Aufruf an die Friedensbewegungen in Europa **16**

DOSSIER: Die ökonomische Dimension des Golfkrieges

Thomas Ferguson
Ökonomische Anreize des Krieges **21**

James O'Connor
US-amerikanische Kriegspolitik am Golf **23**

Lorenzo Miracle/Alain Gresh
Europa gehört zu den Verlierern. Die Rolle Europas im Golf-Konflikt **27**

HINTERGRUND

Mohssen Massarrat
Krieg der Kulturen **29**

Eva Senghaas-Knobloch
Bewährungsprobe für die Weltgemeinschaft **31**

Fritz Reusswig
Versuch, den Westen zu verstehen. Zur Bedeutung des Krieges bei Kant und Hegel **33**

INTERNATIONAL

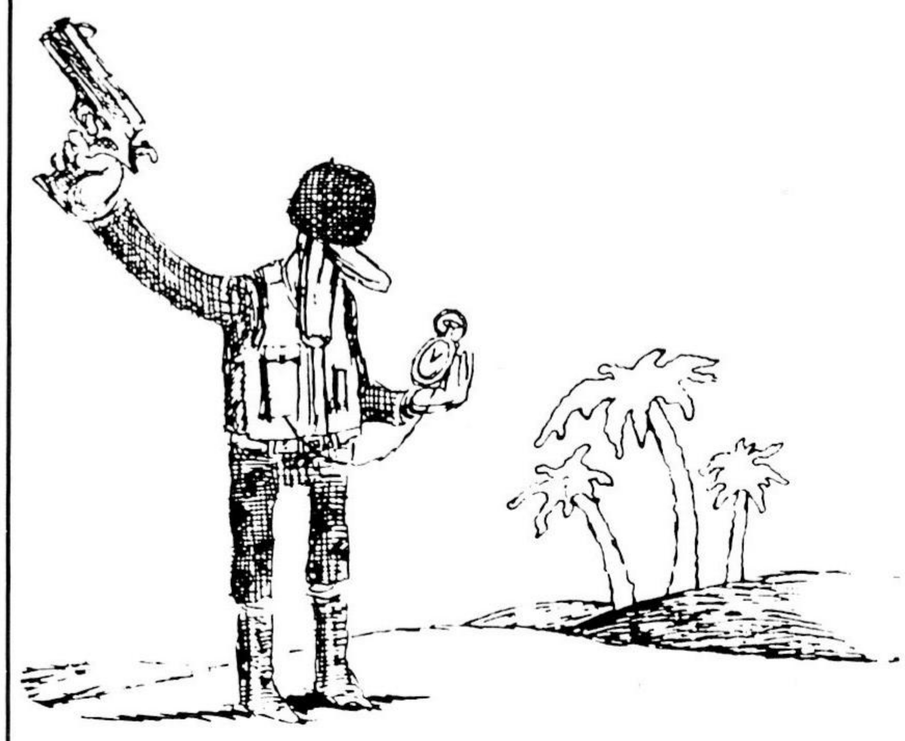
***links*-Interview mit Dalia Moneta über die Lage sowjetischer Juden**
,,Das sind Dramen'' **38**

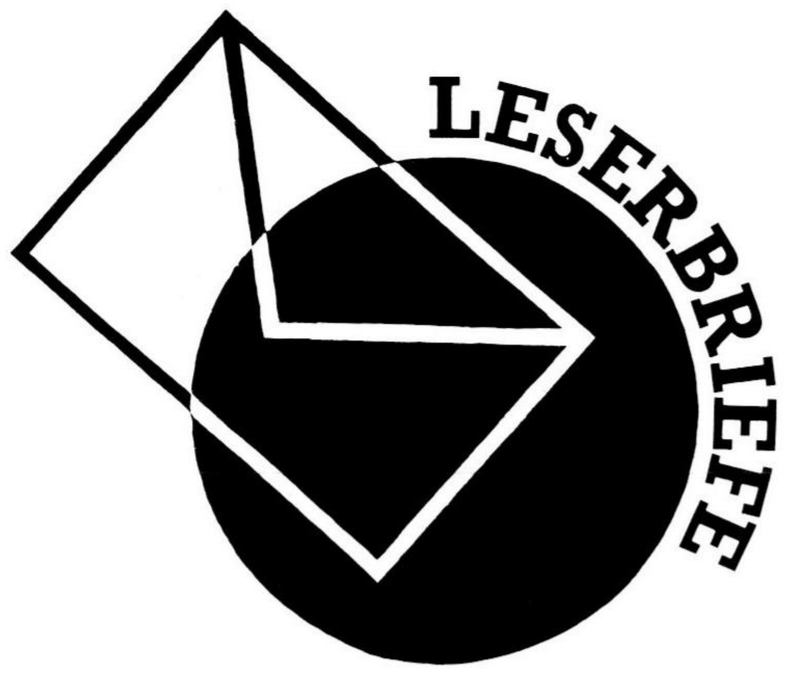
Melanie Tatur
Dilemmata demokratischer Politik in Ostmitteleuropa am Beispiel Polens **41**

Peter Gössler
Die Götter regieren mit — zerbricht Indien? **43**

RUBRIKEN

Editorial **2**
LeserInnenbriefe **4, 5, 19, 20**
Sovieticus: Falsches Fortissimo **37**
Termine **46**
Cosa Nostra **47**
Buchläden: Wo die *links* zu haben ist **48**





Fehleinschätzungen

Detlev Claussen hat in der *links* 2/92 einen Artikel veröffentlicht, der sich mit der Reaktion der Deutschen, hauptsächlich der Linken (?), auf den Golfkrieg beschäftigt, in dem er Sachen schreibt, wie z.B. diese: ,,Antiamerikanismus scheint im linksalternativen Milieu die moralisch legitimierte Form des Fremdenhasses zu sein, der zum integralen Bestandteil der wohlstandschauvinistischen Festung Europa geworden ist.'' Nun kann jeder mal hinlangen, klar, jedoch mit dieser Blanco-Abfertigung in Richtung links, wo, wie ich annehme, er doch auch selber zu finden war, verabschiedet sich Claussen von seinem Niveau und schreibt sich hinein in ein Milieu, in dem der Anti-AntiAmerikanismus ,,wohlstandschauvinistisch'' den Fremdenhaß der Bewohner der ,,Festung Europa'' wieder in jene Richtung lenkt, die vor allem und seit je die richtige ist: gegen die Hungerleider aus der Dritten Welt.

Es mag Leute geben, die aus berechtigten oder auch aus unberechtigten Gründen etwas gegen die USA (gegen Amerika ja nicht) haben, Nationalisten sind sicher darunter, aber wahr zu sein scheint, daß das Schlagwort Antiamerikanismus genau dieselbe Funktion besitzt, wie das früher von den Realsozialisten benutzte Wort ,,Antikommunismus''. Die Praxis zeigt nämlich etwas ganz anderes. Claussen soll sich doch die Leutchen näher begucken, die auf diesen von ihm kritisierten Friedensdemonstrationen rumhüpfen, die schwärmen doch meist von den USA. Gegen was sie sind, ist die US-Regierung, die ihnen zu viel mit dem Feuer in der Welt herumfuchtelt. Diesen geringsten Grad der Politisierung sollte Claussen doch nicht noch kaputtargumentieren. Was bliebe denn dann? Bei Betrachtung dieses Sachverhalts ist es ziemlich leichtfertig von Claussen, konform mit der veröffentlichten Meinung von Antiamerikanismus zu reden.

Aber er begeht noch andere Fehleinschätzungen. Ja, schreibt er zu Beginn seines Artikels ,,die Lehre von den Volkscharakteren entpuppt sich in diesen Tagen als das, was sie schon immer war: ein Vorurteil''. Denn es gäbe ja keinen furor teutonicus. Nun mag das mit den Volkscharakteren sein wie es will, hätte Claussen vorher mal den Vortrag von Raul Hilberg, den die *links* in der gleichen Ausgabe bringt, gelesen, dann hätte er realisieren können, daß der furor teutonicus möglicherweise ebenso ein Gewäsch ist wie der Antiamerikanismus, daß es aber weit schlimmere Eigenschaften gibt als diesen furor. Sicher ist, daß alle Nationen ihre My Lais haben. Das ist, leider, normal. Das aber, was Hilberg schildert, und ich finde, er schildert es ,,teuflich gut'', hat es bisher in dieser *Art* nur in Deutschland gegeben: Ein ganzes Volk vernichtet ein anderes in ordnungsgemäßer Erfüllung seiner Pflicht. Ob das nun Volkscharakter ist, oder etwas anderes — es ist das, was die Opfer mit ,,furor teutonicus'' ganz unzulänglich beschreiben.

Und nun bin ich schon bei dem, um was es Claussen geht, und was der Grund dafür sein mag, daß er so neben sich geschrieben hat: Israel. Israel, das er gleichsetzt mit den Opfern und den Hinterbliebenen dieses furor. Wenn ein israelischer General im israelischen Fernsehen die USA im August '90 auffordert, den Irak mit Atombomben zu belegen, real auffordert, nicht nur rhetorisch, dann frage ich mich, ob auch Claussen in dem Wahnsinnsbombardement auf irakische Städte die teilweise Erfüllung dieses Wunsches sieht und in der Reaktion der Friedensbewegung in Deutschland und anderswo (zumindest!) auch ein Motiv für die dringende Absicht der Leute, aller Welt zu zeigen, das sie etwas gegen die Erfüllung dieses Wunsches haben. Ich kenne darüber hinaus niemanden, der nicht die Angst der einfachen Israelis vor irakischen Raketen verstünde. Natürlich kann man Tel Aviv noch nicht mit Dresden und Hamburg vergleichen (wenn denn solche Vergleiche überhaupt statthaft sind), und keiner wird wünschen, daß ein solcher Vergleich einmal gezogen werden könnte. Die Realität ist ja anders. Die irakischen Städte liegen in Schutt und Asche, und der Vergleich, den sich Claussen da anzutuen versucht, ist absurd, wie alle anderen Behauptungen Claussens darüber, was die ,,Friedensbewegung'' in dieser Frage so denkt und tut.

In der Hoffnung, daß mich Claussen als Linken akzeptiert (aber es wäre mir vielleicht auch Wurscht), möchte sich noch darauf hinweisen, daß ich mich weder hinter ,,rigorosem Pazifismus'' verstecke, noch aufs ,,Gefühl'' setze. Ich habe auch Aufsätze von Claussen immer mit großem Interesse und viel Gewinn gelesen; ich bin also nicht sein Feind. Ich wundere mich allerdings,

daß er nicht merkt, wie er den mainstream der bundesrepublikanischen Publizistitk hinein in die *links* verlagert. Der Nahostkonflikt, der jetzt durchs Eingreifen der neuen Ordnungsmacht USA und ihrer teils erpreßten, teils auf Kippe hoffenden Gefolgschaft völlig aus dem Ruder zu laufen droht, wird gekennzeichnet durch Versäumnisse aller Kontrahenten in der Vergangenheit. Darüber ist viel Weises gesagt worden, ich will es weder wiederholen noch durch meine Dummheiten ersetzen, aber eines möchte ich noch sagen, und das halte ich für keine Dummheit, obwohl es bekannt und ganz banal ist: Israel muß begreifen, daß es verhandeln muß, mit allen Staaten der Region, auch und gerade mit der PLO, über seinen status, über seine Zukunft. Denn es wird einmal in dieser Zukunft der Tag kommen, an dem die umliegenden Staaten den jetzt noch bestehenden cultural lag überwunden haben werden. Ohne eine einvernehmliche Regelung des Problems, möglichst unter Ausschluß aller fremden Interessen, möchte ich dann nicht in Israel wohnen.

KLAUS W. KOWOL

Betr.: links Nr. 249

Genossinnen und Genossen

Jetzt haben Euch wohl alle guten Geister verlassen ,,Pazifismus ohne historische Verantwortung? Kein Frieden ohne Israel'' in unserer *links* abzudrucken. So einen Schmarrn sollten wir nicht abdrucken, sondern bestenfalls einer bissigen Glosse zum Fraß vorwerfen.

Werter Genosse Horst-Dieter, der ich Deine Beiträge sonst sehr schätze, wo warst Du denn am 22. Januar dieses Jahres. In Essen? In Ordnung. Aber ganz bei Sinnen? Niemals — oder es hat sich sehr viel verändert.

Du und die anderen Mitunterzeichner der Erklärung behaupten, es sei die UNO und beileibe nicht der zu Unrecht gescholtene US-amerikanische Imperialismus, der hier das Schwert schwinge — zur Durchsetzung des Völkerrechts. An dieser Stelle schlage ich folgende Texterweiterung vor: ,,Die internationale Gemeinschaft ist sich einig in ihrer Forderung an den Irak, Kuwait vollständig zu verlassen, und das ohne jede weitere Verzögerung. Das ist nicht nur die Auffassung der Vereinigten Staaten; es ist die Position der Weltgemeinschaft, wie sie nicht in weniger als zwölf Resolutionen des Sicherheitsrats zum Ausdruck kommt.''

Oh, ist es nicht herrlich! Die Welt geeint gegen den Tyrannen. So jubelt auch George Bush, von dem dieser Text stammt. Wer möchte bei diesem Streit noch länger abseits stehen? Wir Deutschen keinesfalls, wenigstens wenn es nach Eurer Erklärung geht.

Aber, bevor wir vom SB dazu aufrufen müssen, internationale, Pardon, deutschnationale Brigaden auszuheben, um Israel zu schützen, was es als bedeutendste Militärmacht des Nahen Ostens womöglich gar nicht bräuchte, sollten wir noch einen untergeordneten Chargen der Völkerrechtsgemeinschaft zu Wort kommen lassen, in diesem Fall nämlich Herrn Lee Hamilton, seines Zeichens Vorsitzender des US-Unterausschuß für den Nahen Osten im amerikanischen Kongreß: ,,Es gibt ein Gefühl des Unbehagens, vielen Amerikanern ist nicht klar, warum der Einsatz am Golf notwendig ist. Schließlich sind wir nicht dort um der Demokratie willen. Saudi Arabien und Kuwait kann man kaum als demokratische Staaten bezeichnen. Der Grund für unseren Einsatz ist viel alltäglicher. Geld und Öl — und wer die Kontrolle darüber ausübt. Wir wollen natürlich auch einen Aggressor in die Schranken weisen.'' Natürlich!

Und da soll die deutsche Friedensbewegung sich nicht in die Hosen scheißen von wegen nuklearem Weltkriegsinferno und ökologischen Endzeitphantasien. Alles Schnick-

LESERBRIEFE

Schnack und vor allem dann, wenn's um das Existenzrecht Israels geht. Das steht nämlich zur Disposition und zwar verantwortungslos, wenn ich den Text richtig verstanden habe. Woher Ihr das nehmt, ist mir schleierhaft, zumal Isreal und die USA fast nichts unterlassen haben, was die Araber in die Arme Hussein treibt.

Jetzt fehlt nur noch, daß Ihr fragt, wo denn die Demonstranten waren, als Kuwait besetzt wurde. Die Antwort findet Ihr wiederum bei einen Politiker geringerer Rangfolge, diesmal einem Deutschen, Hermann Scheer, der für die SPD im Bundestag sitzt und Obmann der Arbeitsgruppe Abrüstung und Rüstungskontrolle der Bundestagsfraktion ist. Die will ich jedoch nicht zitieren, denn das ist mir zu doof.

Also, Ihr geißelt den Antiamerikanismus der deutschen Friedensbewegung auf schärfste und das, wo wir doch so viel von der amerikanischen Bürgerrechtsbewegung lernen konnten. Ausnahmsweise sind wir hier einer Meinung. Das aktuelle Lernbeispiel heißt — ,,No blood for oil!'' Aber auch hier, werte Erklärungsverfasser, denkt Ihr sogar weiter als die amerikanische Friedensbewegung, wenn Ihr schreibt, es gehe nicht um Imperialismus und Ölressourcen. Zustimmung und nochmals Zustimmung! Es geht um mehr. Und nun darf ich den Hermann Scheer doch zitieren: ,,Der Krieg soll das Exempel statuieren, daß die Welt weiterhin militärische Stärke brauche; daß gegen neue Feinde neue Doktrinen und mit ihnen neue Waffen notwendig seien; daß anderen der Besitz von Massenvernichtungswaffen gewaltsam ausgetrieben werden könne, aber man selbst solche Waffen selbstverständlich behalten dürfe; daß Menschenleben je nach Region, Religion und Volkszugehörigkeit auch weiter unterschiedlich zu zählen sind; daß man sich um die soziale Lage der Menschheit nicht kümmern muß, solang man notfalls militärischen Ausgleich besorgen kann. Was am Golf stattfindet, ist Krieg als Prima statt Ultima ratio.''

ROLF LÄPPLE

Betr.: links Nr. 249

Kriegerische Mittel

Man sagt euch:
Fegt die pazifistische Partei weg,
die den Mut untergräbt.
Aber wir, wir sagen euch,
daß das Eintreten für den Frieden
der größte aller Kämpfe ist.

Jean Jaures — franz. Sozialist, ermordet am 30. Juli 1914

Während selbst Kirchenmänner mehr und mehr Löcher in ihren Talaren bekommen, weil sie die Zweifel über den grechten Krieg benagen, meint der ,,Sozialist'' Claussen, *links,* 2/91, in seinem Kommentar, ,,daß es gute Gründe gibt, kriegerische Mittel gegen Saddam Husseins Raubpolitik am Golf zu befürworten''. Es waren schon immer auch diese ,,guten Gründe'', für die Millionen unschuldiger Menschen dann ihr bißchen Leben lassen mußten.

Um nicht in einer der nächsten Ausgaben einer sozialistischen Zeitschrift lesen zu müssen, daß es zu befürworten ist, dem kleinen Steuerzahler zur Finanzierung der ,,kriegerischen Mittel'' eine Kriegssteuer aufzubrummen, sehe ich vom weiteren Bezug von ,,links'' ab.

Der eingesparte Betrag wird in meinem monatlichen Budget hoffentlich die auf mich zukommende Belastung durch die Kriegssteuer in einem gewissen Maße kompensieren.

GÜNTER KRETLOW

Betr.: *links* Nr. 246

Vorsicht Medienfalle!

In dem Beitrag von Micha Brumlik findet sich unter Bezugnahme auf die irakische Okkupation und Annexion Kuwaits folgender Satz: ,,... seit der Einverleibung Tibets in das kommunistische China und der formellen Annexion von Ostjerusalem durch Israel hat es seit dem Zweiten Weltkrieg — soweit ich sehe — keine anderen Fälle von *offener, politisch begründeter Annexion* gegeben.''

Leider ist der Satz objektiv falsch und zeigt nicht nur, wie sehr selbst politisch informierte Menschen Opfer einer gewissen Medienfalle (oberflächliches Berichten über wenige Krisenherde) werden können, sondern auch, wie wenig sich die Linke mit Entwicklungen beschäftigt, die außerhalb ihrer jeweiligen Modethemen liegen (Nicaragua, Palästina etc.). Drei Beispiele widerlegen den obrigen Satz:

Westsahara: 1976 von Marokko und Mauretanien aufgeteilt. Nach dem Rückzug Mauretaniens übernimmt Marokko das gesamte Territorium. Die Westsahara ist sogar Mitglied der OAU geworden, was zum Austritt Marokkos geführt hat.

Ost-Timor: Die ehemalige portugisische Kolonie wird am 7.12.1975 von Indonesien besetzt, 1976 zur indonesischen Provinz erklärt. Es wird geschätzt, daß 200000 Menschen (fast 1/3 der Bevölkerung) als Folge der Invasion umgekommen sind; wahrscheinlich der meist vergessene Völkermord seit 1945. — Besonders interessant ist, daß der Widerstand in Ost-Timor in Anlehnung an Palästina als *osttimoresische Intifada* bezeichnet wird.

West-Papua: 1963 besetzt und 1969 endgültig annektiert von Indonesien. Der noch stattfindende Völkermord soll 100000 - 150000 Opfer gekostet haben. Deutschland liefert Waffen an den indonesischen Aggressor!

In der Hoffnung, daß Ihnen die Völkermorde in Ost-Timor und West-Papua eine Veröffentlichung wert sind!

HUBERT GIESCHEN

Fortsetzung auf Seite 19

Kein Atommüllendlager in Schacht Konrad!

1982 wurde der Antrag auf Planfeststellungsbeschluß für das Atommüll-Endlager Schacht Konrad in Salzgitter gestellt. In dem ehemaligen Erzbergwerk Schacht Konrad soll die zentrale Entsorgungseinrichtung für alle schwach- und mittelradioaktiven Abfälle eingerichtet werden, die in bundesdeutschen Atomanlagen entstehen. Das sind 95 % des Gesamtvolumens der Atomabfälle.

Im Genehmigungsverfahren für das Atommüll-Endlager Schacht Konrad steht jetzt die schon mehrmals hinausgezögerte, nach Atomrecht erforderliche Beteiligung Dritter (Einwendungsverfahren) an. **Wir weisen nachdrücklich darauf hin: Es gibt nur diese einzige Möglichkeit für die Öffentlichkeit, direkten Einfluß auf die Entscheidung der Genehmigungsbehörde auszuüben.** Einwendungen können nur innerhalb der zweimonatigen Auslegungsfrist erhoben werden. Einwendungen, die einen Tag zu früh oder einen Tag zu spät ankommen, werden von der Genehmigungsbehörde nicht anerkannt! **Vor allem wollen wir viele Menschen dazu anregen, sich mit ihrer Unterschrift auf einer Sammeleinwendungsliste an den Einwendungen zu beteiligen.**
An vielen Orten in der Bundesrepublik gibt es bereits Gruppen, die sich am Sammeln der Einwendungen beteiligen werden. Auskünfte erteilen die Koordinationsgruppen.

KOORDINATIONSGRUPPEN:

✉ AG gegen HTR der Bürgerinitiativen, c/o BiU, Stepahnusstraße 25, 3000 Hannover 91, ☎ 0511/440579 oder 0511/445212

✉ FIGA Freie Initiative gegen Atomanlagen, c/o Steinbrenner, Bleichstraße 90, 7530 Pforzheim

(für Baden-Württemberg, PLZ-Bereich 68, 69, 70)

KOMMENTAR

PETER-ERWIN JANSEN

Waffenstillstand und Verhandlungen!

Der Streit um und innerhalb der deutschen Friedensbewegung hat in den letzten Wochen an Schärfe zugenommen. Die Friedensbewegung stand, fünfzig Jahre nach dem Krieg Nazideutschlands, für einen breiten gesellschaftlichen Konsens: ,,Nie wieder Krieg!''. Aber dieser Konsens war in dem jetzigen Konflikt *notwendigerweise* brüchig. Das hat weniger mit einer generell falschen Gewichtung der Protestierenden zu tun als mit den offiziellen politischen Handlungen und Äußerungen zur deutschen Vergangenheit in den letzten Jahren und der nur ungenügend stattgefundenen gesellschaftlichen Auseinandersetzung mit dem Zivilisationsbruch, aus dem der Imperativ ,,Nie wieder Auschwitz!'' folgt. Denn es zeigte sich bald, daß die jahrzehntelange offizielle Verdrängungspolitik in Bezug auf die barbarischen Verbrechen Nazideutschlands — die Vernichtung der europäischen Juden — in einem wichtigen Aspekt des Protest eine aktuelle Dimension gewonnen hatte: Die Bedrohung Israels durch Saddam Hussein wurde bis zum ersten Raketenbeschuß Tel Avivs kaum thematisiert. Auch der Anti-Kriegs-Konsens prallt auf die Erfahrungen der Opfer von Auschwitz. Beide Punkte gehören zur gesellschaftlichen Realität Nachkriegsdeutschlands und sind scheinbar dennoch nicht zusammenzubringen, weil die Emotionalität und Angst, die sich in der Anti-Kriegs-Haltung ausdrückte, größtenteils aus der Erfahrung der Kriegsleiden der deutschen Bevölkerung resultiert und nicht aus dem von Deutschen begangenen Völkermord.

Zusätzlich, so konnte man feststellen, machte sich ein weiteres, im Unterbewußtsein verhaftetes Ereignis als Folge des Zweiten Weltkrieges bemerkbar: daß der 8. Mai 1945 im kollektiven Gedächtnis der deutschen Bevölkerung nicht als ein Tag der Befreiung durch die alliierten Truppen erinnert, sondern von der Kriegsniederlage überlagert wird und die amerikanischen Truppen im Nachkriegsdeutschland häufig als Besatzungsmacht gedeutet wurden. Dieses Denken beherrscht sowohl konservativ-nationale Kräfte bis weit in die CDU wie orthodoxe linke Gruppierungen und antiimperialistische Hardliner.

Die pauschalen Vorwürfe von ,,Antiamerikanismus'' und ,,Gleichgültigkeit gegenüber Israel'' bis zum ,,Antisemitismus-Vorwurf'', die von Regierungsseite aus benutzt wurden, um von den eigenen Schweinereien und der eigenen verfehlten Vergangenheitsbewältigung abzulenken, sind in ihrer Pauschalität einzig als Instrumente von Diffamierung zu charakterisieren. Die Friedensbewegung sollte insgesamt in Verruf gebracht werden, weil sie zeigte, daß durch die deutschen Rüstungsexporte und mit Duldung der Regierungspolitiker vor und während des Embargos gegen den Irak, eine Mitschuld an der jetzigen Bedrohung Israels vorliegt. Nun wurde der Vorwurf des ,,Antiamerikanismus'' und des ,,Antisemitismus'' auch von einigen Kritikern hiesiger gesellschaftlicher Verhältnisse erhoben — auch in dieser Zeitung. Ich denke aber, daß diese Positionen keinesfalls den gleichen instrumentellen Zwecken dienen. Trotzdem wird nun in gleicher Pauschalität und gnadenloser Härte die ,,Kriegstreiber-Keule'' ausgepackt und damit auf den Kritikern herumgeschlagen. Es ist richtig, daß die vereinfachten Pauschalisierungen gegenüber der Friedensbewegung Vieles verzerren. Diese pauschalen Vorwürfe werden an den Stellen undeutlich, wo eine eindeutige Kritik anzusetzen hat: an den Stellungnahmen und Äußerungen solcher Gruppierungen, die den berechtigten Kern dieser Kritik an der Friedensbewegung ausmachen. Um nicht diesen Fehler zu begehen, einige Einzelheiten:

Der ,,Antisemitismus-Verdacht'' innerhalb der Linken, der sich in vielen Konflikten der letzten Jahre immer wieder gezeigt hat, findet sich auch explizit in dieser Auseinandersetzung: In der ,,Ami''-Nummer vom Februar liest man in dem gut gemeinten Artikel ,,Friedensarbeit'': ,,Der härteste Vorwurf stammt von dem linken Juden Henryk M. Broder.'' Kein antisemitisches Klischee? Ich weiß nicht, ob man bei Gerhard Zwerenz sagen würde: die peinlichste Äußerung gegenüber Henryk Broder stammt von dem linken Atheisten Gerhard Zwerenz. Er meinte in einer zweifelsohne heftig und emotional geführten Debatte, Broders Kritik sei kriegstreiberisch, und daher schien er sich legitimiert, zu fragen: ,,Ist Dein Platz nicht in Israel?'' und weiter: ,,Dann geh doch nach Israel!''. Aber hoppla, Herr Zwerenz! Sie sollten das nächste Mal mit Herrn Scholl-Latour diskutieren: ,,Mit richtigen Israelis und richtigen Arabern'' (vgl. dazu auch das Flugblatt der autonomen Gruppe L.U.P.U.S.: ,,Gerichtet an die ehemaligen linken Juden ...'').

Und weiter: In den von Prof. Arno Klönne herausgegebenen ,,Studien von Zeitfragen'' (Januar 1991) findet sich unter der Überschrift ,,Der Golfkonflikt — Ein Schritt zum arabischen Nationalstaat'' in einem Artikel von Michael Vogt folgende scharfe Analyse der kuwaitischen Gesellschaft: ,,Die volle Staatsbürgerschaft einschließlich des Wahlrechts haben lediglich etwa 90000 erwachsene Männer der sogenannten ,,alten Familien'' (...) eine Ansammlung von Nichtstuern, die beim Einmarsch der irakischen Truppen nicht zu fliehen brauchten, weil sie sich sowieso nur selten in ihrer Heimat aufhalten''. Davon, daß über 2000 dieser ,,Nichtstuer'' von der irakischen Armee brutal ermordet wurden, kein Wort.

Da dieser antiimperialistische Geist weiß, wer die arabische Einheit verhindert, sind wir auch schon bei Israel. Wie schnell aus einer berechtigten Kritik an der Unterdrückungspolitik der israelischen Regierung gegenüber den Palästinensern schon im Ansatz ein Legitimationsraster für die Politik Saddam Husseins werden kann, führt uns der Autor sehr plastisch vor: ,,Neben ihnen (den Feudalherren, P.E.J.) ist der entschlossenste Gegner der arabischen Einheit der militaristische Siedlerstaat Israel. Von den imperialistischen Mächten künstlich geschaffen (gründet sich) seine Existenz auf der Niederhaltung der arabischen Nation, weil Israel nur solange überleben kann, wie die arabische Nation gespalten ist''. So unglaublich falsch dieser Schwachsinn ist, so unglaublich schnell entlarvt sich beim Umkehrschluß, was Hussein Israel ankündigte: Seine Vernichtung. Denn die logische Umkehrung bedeutet: Ist die arabische Nation vereint, dann ist Israel verschwunden.

Eine andere weitverbreitete Meinung findet sich so oft, daß zu vermuten ist, hier liege ein breiterer Konsens vor. Die koloniale und künstliche Grenzziehung in der Golf-Region wird angeführt, um ein *Prinzip* der UNO-Charta von vorneherein zu diskreditieren: *Die Integrität territorialer Grenzen und die Souveränität eines Staates.* ,,Es gibt für Revolutionäre keinen Grund, in diesem Fall den Standpunkt des Völkerrechts einzunehmen, so ‚demokratisch' auch immer dies wirkt, weil das Völkerrecht hier lediglich die nachkolonialimperialistische Ordnung schützt'' (s.o.). Das ordnende Prinzip, das alle Staaten anerkannt haben und dessen Verletzung von der UNO zu Recht sanktioniert wurde, wird in diesem Konflikt deshalb als ,,Scheinargument'' verworfen, weil die Amerikaner als ,,Völkerrechtsverletzer Nr. 1'' moralisch nicht glaubwürdig erscheinen, nun der Durchsetzung dieses Prinzips Geltung verschaffen zu wollen. Richtig daran ist, die amerikanische Politik und die militärische Operation der Alliierten selbst mit diesem Prinzip und der Resolution der UNO zu kritisieren. Diese Kritik muß jetzt die Forderung eines Waffenstillstandes sein. Falsch daran ist, die historische Phase des Kolonialismus und dessen künstliche Grenzziehung unterschwellig zu einem Hilfsargument dafür zu machen, den Imperialismus in dieser Region zu kritisieren. Was im Extremen bei einer solchen Sichtweise herauskommen kann, läßt sich in etwa so interpretieren: Natürlich weiß keiner, daß Saddam Hussein ein ,,Befreiungskämpfer'' ist, aber ein geschulter antiimperialistischer Denker macht uns klar, daß das objektive Telos der Geschichte noch immer und überall die Revolution ist. Zitat: ,,Jenseits der individuellen Beweggründe der Beteiligten machen die realen Verhältnisse die Zerschlagung Kuwaits durch den Irak objektiv zu einem revolutionären Akt'' (Quelle s.o. und vgl. Flugblatt vom ,,Bund gegen Anpassung'').

Der Bewegung pauschal ihre Versäumnisse um die Ohren zu hauen, ist deshalb eine Verzerrung, weil so die gesellschaftliche Realität auf der sie beruhen völlig, aus dem Blick geraten. Es wurden Blockaden aufgerichtet, die die Fähigkeit zur Selbstkritik verhindern. Die Fähigkeit zur Selbstkritik ist bei den führenden Politikern eben keine Sache des Denkens, sondern der erneute Verkauf des Gewissens. Umso wichtiger ist jetzt die Forderung: Sofortiger Waffenstillstand und Aufnahme von Friedensverhandlungen! ■

LUDI LODOVICO

Der Krieg in den Köpfen

Die aktuelle Kriegskonstellation und der Weg, auf dem sie zustande kam, führen dazu, daß man sich mit keiner der kriegführenden oder am Krieg beteiligten Parteien identifizieren kann. Das hat zur Folge, daß man sich in ungewohnte Umgebungen und auf ungewohnte Demonstrationen begeben muß, um das, was man für richtig hält, und das, wogegen man protestieren möchte, auszudrücken. Das runde Ganze, das stimmige Weltbild ist auf keiner Veranstaltung zu kriegen — übrigens nicht erst seit gestern. Ein Plakat aus dem vielstimmigen Chor der Friedensbewegungen brachte den Tatbestand treffend aufs Leintuch: ,,O Herr, schmeiß Hirn vom Himmel".

Nur gehörige mediale Distanz zu den Realitäten und professionell trainierte Ignoranz läßt ,,die" Friedensbewegung noch im Singular auftreten. Wer einen einzigen Blick live mitgekriegt hat, wird derlei nicht mehr sagen angesichts des bunten Haufens, der sich in den Straßen bewegte und bewegt. Die mediale Ersatzrealität hat allerdings auch analytische Köpfe verwirrt.

Ein Gespenst geht um, der ,,Antiamerikanismus". Es wäre in der Tat sehr hilfreich, wenn jene, die den Begriff für substantiell halten und seelenruhig verwenden, gelegentlich darlegten, was sie meinen, wenn sie ,,Antiamerikanismus" sagen. Dieser Argumentationsjoker, den linke Analytiker genauso in die Debatte werfen wie die Boulevardpresse, bedarf der Klärung, die eigentlich jene leisten müßten, die ihn gebrauchen und nicht die Kritiker und Skeptiker. Auch der Krieg kehrt diese ,,Beweislast" nicht um.

Foto: Reinhold Sögtrop

Nach redaktionsinternen und anderen Diskussionen würde ich auf jeden Fall unterscheiden zwischen einem mehr oder weniger pauschal und plakativ angemeldeten Vorbehalt gegenüber der amerikanischen Großmachtpolitik und der Instrumentalisierung des Begriffs zu ganz anderen Zwecken. — Je platter solche Vorbehalte gegen die USA vorgetragen werden, desto eher verdienen sie die Bezeichnung ,,antiamerikanisch" — also z.B. Boykott-Aufrufe gegen amerikanische Waren oder Touristen. Spielten primitive Reaktionen dieser Art in den Friedensbewegungen der letzten Wochen eine nennenswerte Rolle? An den äußersten Rändern der vielfältigen Friedensbewegungen mögen sich auch ein paar Einfältige mit Parolen getummelt haben, die den Krieg einer Regierung mit der amerikanischen Bevölkerung und deren way of life verwechseln. Aber was und wen soll solcher Unsinn wozu bewegen? Und auch noch massenhaft! Dennoch müssen auch Randerscheinungen ernstgenommen und kritisiert werden.

▶ Radikale Machtkritik ◀

Ich habe allerdings den Eindruck, daß noch ganz andere Motive und Impulse der Friedensbewegungen pauschal unter ,,antiamerikanisch" abgebucht werden, ohne diese Abqualifizierung zu verdienen. Der Protest vieler entspringt einem soliden Mißtrauen gegenüber der Macht und den Mächtigen. Und dieses Mißtrauen gegenüber der Macht und den Mächtigen ist am Ende dieses Jahrhunderts, gerade dieses Jahrhunderts, weder naiv noch vorpolitisch, sondern historisch angemessen und notwendig. Mit dem Mißtrauen gegenüber jeder Macht und allen Mächtigen kann, soll und darf man nicht direkt ins politische Tagesgeschäft eingreifen. Das wäre auch unpraktisch. Aber jede politische Position oder auch Intervention, die als handlungsleitende Norm nicht eine abgrundtiefe Machtskepsis in der Hinterhand hat, mit der sie sich selbst und ihre Ziele reflektiert und korrigiert, ist schon an

den wirtschaftlich dominierten und dominierenden Betrieb verkauft und an beliebige Macht- und Gewaltkalküle ausgeliefert — wo es dann bekanntlich kein Halten mehr gibt vor lauter Wachstums- und Eskalations,,logiken", Sachzwängen etc. Elias Canetti hat in dem von Adorno hochgeschätzten Jahrhundertbuch ,,Masse und Macht" eben diese ethische Voraussetzung aller Politik jenseits des banalen Freund-Feind-Schemas dargestellt. Die Friedensbewegungen führen sich eben nicht als pfiffigere Politiker oder Militärs auf, sondern aktivieren das elementare politische Bewußtsein, wonach Macht und Herrschaft von Menschen über Menschen abgeschafft gehört. Ein Grundsatz, der nicht deshalb falsch ist, weil er (fast) unerfüllbar zu sein scheint. Die Friedensbewegungen legen die wunden Punkte jeder Kriegsführung Ende dieses Jahrhunderts schonungslos bloß: das skrupellose und verbrecherische Vorgehen Saddams, der mit der Handlungsunfähigkeit der UNO rechnete ebenso wie auf der anderen Seite die mangelnde Legitimität, die mangelnde Verhältnismäßigkeit von Zielen und Mitteln, die brutalen ökonomischen Interessen der ersten Welt und deren Vormachtanspruch gegenüber dem ,,Rest der Welt", das bigotte Waffenhändlertum, all die sogenannten ,,Notwendigkeiten" und ,,Normalitäten" sowie biederen Affirmationen dessen, was nun mal der Fall ist und als ,,Politik" gilt. Der historisch aufgeklärte Protest der Friedensbewegungen gegen die Arroganz der Macht und die Frivolität der Mächtigen in Politik und Generalstäben, hat mit ,,Antiamerikanismus" so wenig zu tun, wie die für jeden aufgeklärten Linken obligatorische Skepsis gegenüber dem staatlichen Gewaltapparat ein Plädoyer für die Rückkehr zum Faustrecht darstellt.

Die radikale Machtkritik als handlungsleitende Norm, die nicht der herrschenden Politik und Kriegsführung mit Ratschlägen oder immanenter Kritik beispringen will (wie z.B. parlamentarisch Opponierende den gerade Regierenden), sondern solche Politik und Kriegsführung als anachronistischen Wahnsinn ablehnt, ist der Kern der Friedensbewegungen. Es ist deshalb höchst problematisch, sich an oberflächlichen Erscheinungen der Friedensbewegungen festzuklammern.

▶ Mediale Ersatzrealität ◀

Mit der Wirklichkeit der Demonstrationen hat jedenfalls nichts zu tun, was D. Claussen in der letzten Nummer der *links* als ,,Grundausstattung" sehen möchte. Wahrscheinlich nimmt er, was er am TV-Schirm gesehen hat, für die Wirklichkeit: ,,Sensenmänner, Knochengerippe und Fäser voller Schweineblut" — hier geht der Plural, der der Bewegung durchaus nicht zugestanden werden woll, ganz leicht und dreifach von der Lippe. Tausende, Hunderte oder auch nur Dutzende von Fässern? Ein wenig präziser wäre besser und politisch wie sachlich angemessener. Das einzige Faß voll Schweineblut in der ganzen Republik wurde vom vereinigten Generalstab von ZDF-ARD-RTL-CNN so oft zelebriert, daß es sich in den Zuschauerköpfen märchenhaft vervielfältigte.

Die Kriegsrezeption per TV erzeugt — neben dürftiger Information und viel softer Desinformation — vor allem Wahrnehmungsverkrümmungen. Das gilt auch für Claussens Behauptung, ,,Kinder im Schulalter" bildeten den ,,unpolitischen Kern der (sic!) Friedensbewegung". Ein solches Bild mag ein ebenso interessiertes wie sehr lokales Fernsehen ausstrahlen, aber nicht die Realität auf den Straßen. Noch nie habe ich bei einem halben Dutzend Demonstrationen in verschiedenen Großstädten so viele Leute aller Altersstufen gesehen, besonders viele, die dem Aussehen nach über 50 sein dürften. Und gerade daß es *auch* viele Schüler-Demonstrationen — gegen den Eltern- und Lehrerwillen während der Schulzeit — gab, straft Claussen Lügen, der spontanen Protest als ,,unpolitsch" abqualifiziert. Es war ein genuin antiautoritärer Protest, insofern kein ,,unpolitischer", wenn auch vielleicht ein durchzogener. In einem Teil der Frankfurter Gymnasien, aber das berichten die Medien natürlich nicht, mußten die Schulleitungen die Schulhäuser von innen absperren, um die Demonstrationen abzuwürgen.

Zum Dritten: der ,,Antiamerikanismus"-Vorwurf, das zeigen schon seine Entstehung und sein schneller Zusammenbruch, wird instrumentell verwendet. Der Vorwurf ,,entstand" genau in dem Moment, als die Bundesregierung und das deutsche Exportkapital bei ihren Verbündeten und in der Weltpresse wegen der Waffenschieberei ins Gerede kamen. Der Vorwurf trägt ein stark instrumentell geprägtes Gesicht auf seinem Januskopf. Dieses Mal war es ein Ablenkungsmanöver und ein Mittel, den Protest im In- und Ausland zu diskreditieren. Ist überhaupt denkbar, daß die ganze innere Propagandafront aufgemacht worden wäre, wenn in den Friedensbewegungen nur ,,unpolitische" Schulmüde agiert hätten? Hätten die FAZ und all die anderen Organe zur ideologischen Notbremse gegriffen — der ,,Antiamerikanismus-Keule" (von ein paar Fanatikern von der Statur eines Th. Voss gleich zum ,,Antisemitismus-Vorwurf" hochgepuscht) wegen ein paar Schülern, die Nullbock auf Unterricht hatten?

▶ Abstruse Vergleiche ◀

Die Verwirrung in den Köpfen macht Fortschritte in dem Maß, wie der wirkliche Krieg von irakischen, amerikanischen, britischen, französischen, italienischen und israelischen Generalstäblern für die Wohnzimmer zugerüstet (,,cleared") wird. D. Diner versuchte auf einer Frankfurter Veranstaltung, den Krieg ins Korsett von begriffs-juristischen Nominalismen zu zwängen, versetzt mit ein paar geopolitischen Ladenhütern. Ohne Verluste an Rationalität ist das nicht zu haben. Die Total-Optik wird zur grauen Mattscheibe: handelte es sich zunächst um einen vertragsunfähigen ,,orientalischen Despotismus", so traten schon im 2. Akt ,,Saddam als Hitler" und ,,Assad als Stalin" auf — zum sprichwörtlichen Dreiklang fehlte noch das ,,Weltkind in der Mitten". Es wurde nachgeliefert als Produkt des ,,kollektiven Unbewußten", das heute angeblich als Friedensdemonstrant auslebt, was Väter und Großväter der demonstrierenden Akteure in Stalingrad verbockt und in Auschwitz verbrochen haben. Abstruse Vergleiche haben jetzt Saison, und von Saddams Überfall, vom Öl, von Machtpolitik und Hegemonie reden nur noch die linken Deppen.

Adornos Auschwitz-Diktum, das zu diesem Krieg paßt wie die Faust aufs Auge, mußte einem der intellektuell bescheidensten FAZianer auf der Titelseite (6.2.91) für

Foto: Reinhold Sögtrop

eine Abrechung mit ,,der" Friedensbewegung herhalten (der ganz nebenbei noch die Verantwortung für die Waffenexporte zugeschoben wurde). Auch der eben zum Nahost-Experten umgeschminkte H.M. Enzensberger will in Saddam den ,,Wiedergänger" Hitlers sehen. Die ,,Neue Zürcher Zeitung" (3./4.2.91) führte astrein vor, wie man Chiffren als Argumentationsersatz einsetzt, um den Preis freilich, daß dabei alle vernünftigen Relationen den Bach runter gehen: ,,Saddams Attacken auf die Großstädte Israels waren geeignet, die notwendige Selbstbesinnung herbeizuführen, weil sie an Auschwitz erinnerten". Bitte? So zügig wachsen sich im herrschenden Gemeingeist 10 - 12 Raketen zu Monströsitäten aus. Ist es noch Dummheit oder schon Verhöhnung der Opfer, was die Simplifizierer in allen Lagern umtreibt? Nicht durch Demonstrationen im Namen eines durchaus aufgeklärten, selbstreflexiven Pazifismus — heizt man die ,,Meinungsschlacht um Israel an" (Claussen), sondern durch anachronistische Vergleiche und Verhältnisblödsinn.

Selbstreflexiver Pazifismus

,,Pazifismus" heißt der andere pralle Pappkamerad, den sie sich erst schaffen, dann schußrecht auftreten lassen und schließlich aus allen Kanälen abschießen. Und die Realitäten? Jenen Pappkameraden, den neutestamentlich-naiven Pazifismus, mag es als dürre Randfigur da oder dort geben. Repräsentativ ist eher eine kritische und pazifistische Grundhaltung, die Selbstverteidigung — auch mit Gewalt — jedem einzelnen und jedem Land zugesteht, aber der herrschenden Politik und seinem militärischen Apparat bei der Zielsetzung wie bei Wahl der Mittel — aus historischer Erfahrung — auf die Finger klopft und vulgarisierte Clausewitz-Anleihen in der Preislage von Ultimaten und von der ,,Logik des Krieges" (so in diesem Konflikt zunächst Mitterrand, heute jeder Stammtischbruder) nicht hinzunehmen bereit ist; ganz zu schweigen von den Sprüchen jener Seminarstaatssekretäre und akademischen Generalstäbler, die mit Bush und Schwarzkopf die Stunde der ,,neuen Weltordnung" und der ,,Prinzipien" (D. Diner u.a.) herbeibomben wollen. Ob dabei mehr als das neu kostümierte Alte wiederkehrt? Bush's ,,Bericht zur Lage der Nation" (FR 5.2.91) kann man getrost als Schulbuch-Lektüre empfehlen — am wirksamsten neben einer der ,,Annual Messages" aus der Amtszeit (und Kriegszeit!) Thomas Jeffersons (1800 - 1809), um das Gefälle zu zeigen.

Für Enzensberger ist Saddam vor allem deshalb mit Hitler vergleichbar, weil jener wie dieser vom ,,Todeswunsch" umgetrieben werde bzw. wurde und jeder für sich nur ,,das Privileg, als letzter zu sterben", beansprucht habe. Dieses ,,Privileg" macht bekanntlich auch den Kern der Abschreckungsdoktrin im Atomzeitalter aus: wer zuerst schießt, stirbt als letzter (Afheldt). Werft alles nur mit allem zusammen, dann steckt schnell in jedem einfachen Abschreckungspolitiker der wahrhaftige Hitler, wahlweise Saddam! Sollten Enzensberger e tutti quanti mit ihrer Kinderschreckparole ,,Hitler = Saddam" über Churchill triumphieren, der in (atomaren) Abschrekkungsmitteln (,,provided that they deter") eine potentielle Quelle für Abrüstung sah, ,,by a process of sublime irony (...) where safety will be the sturdy child of terror, and survival the twin brother of annihilation"? Ganz nebenbei ließe sich mit der billigen Pauschalvermutung, dieser oder jener Potentat werde bald zum neuen Hitler, jeder Präventivkrieg rechtfertigen. Ein nettes, aber schon etwas altes Nebenprodukt von unbedarften historischen Vergleichen.

Die Geschichtsschreibung wird sich in einigen Jahren darüber streiten, ob dieser Krieg, der als Krieg des Aggressors und Diktators Saddam begann, ,,Erster Ölkrieg nach 1945" oder ,,Hegemoniekrieg der USA im Nahem Osten" oder ,,Vorgefecht zum Dritten Weltkrieg" genannt werden soll. Welcher markige Völkerrechtsexperte wird ihn ,,Befreiungskrieg für Kuwait" taufen wollen? Daß es eine Schlacht um vermeintliche und tatsächliche ,,westliche Werte" (D. Diner) gewesen sei, was wir eben erleben, werden dann nur noch Fundamentalisten des real existierenden Neoliberalismus beteuern.

Wirkliche und fiktive Werte

Die Zeiten erfordern weite Wege und Umwege, weil Passendes überall nur portionsweise zu bekommen ist. Deshalb ging ich selbstverständlich zur Demonstration, die die jüdische Studenteninitiative vor dem US-Generalkonsulat in Frankfurt veranstaltete (unterstützt von der CDU, SPD, FDP, der Jüdischen Gemeinde u.a. Organisationen). Das Existenzrecht Israels darf niemand zur Disposition stellen. Was auffiel: die Gesichter von vielen jungen Menschen, die schon nicht mehr ernst aussahen, sondern verhetzt (ganz anders als tags darauf in Bonn). Die junge Rednerin der jüdischen Studenteninitiative, Y. Zickmann, hatte nur Vorgekochtes aus der FAZ (,,Antiamerikanismus") und historisch wie politisch ganz Unausgegorenes anzubieten. Die freischwebende Assoziationskette von ,,Auschwitz" über den Export von know-how für die ,,Giftgasproduktion" in den Irak bis zu den ,,Gasmasken" in Israel und ,,den" Deutschen, sowie deren angeblich anrüchigster Fraktion — ,,der" Friedensbewegung also — ist sachlich-logisch so dürftig wie historisch-politisch dämlich.

M. Friedman (CDU), ,,eben aus Tel Aviv" zurück, aber natürlich bestens informiert über ,,die" Friedensbewegung, wagte eine humane Schlußgirlande: eine Gedenkminute für ,,die Opfer". Doch geriet die gute Absicht zur entlarvenden Peinlichkeit. Friedman vergaß zu sagen, ,,für die Opfer an allen Kriegsfronten und in allen Städten", was schlimm ist, — oder wollte er dies nicht sagen, was etwas schlimmer wäre, — oder wagte er es nicht zu sagen vor diesem Publikum und in diesem aufgeheizten Klima, was die schlimmste, aber wohl wahrscheinlichste Variante ist? Nach meinem Eindruck.

Zu dieser Peinlichkeit paßt allerdings, daß am gleichen Abend in einer Talk-Show Friedmans fanatisierte Claqueure die israelische Anwältin Felicia Langer mit halbrassistischen Zumutungen zusammenbrüllten, weil sie in der Frage des Krieges wie in jener des israelischen Umgang mit den Palästinensern Ansichten vertritt, die jenseits des regierungsamtlich Zuträglichen liegen. Frau Langer vertrat das humanitär Gebotene und Selbstverständliche — sonst nichts. Wenn es jedoch nach jenen brüllenden Leuten ginge, müßte wieder jeder Satz einen nationalen Echtheitsstempel oder ein semitisches Zuverlässigkeitssiegel tragen. So sieht der neue Universalismus, von dem einige schwärmen, in der Praxis aus. Wahrscheinlich sind die Zeiten bald danach, daß man mit der banalen Forderung ,,Gasmasken für alle" — wozu die halb konservative, halb rechtsradikale Regierung in Israel per Gerichtsbeschluß (den sie nur halbherzig befolgt) gezwungen werden mußte, — zum ,,Staatsfeind" werden kann. Einige von Friedmans forschen Nachwuchsleuten scheinen sich unter der Zensur so wohl zu fühlen, daß sie Lust verspüren, als Zensoren aufzutreten. — Die Weisheit kam einst aus dem Osten, die Pressefreiheit aus dem Westen — ich kann mich nur bemühen, *beides nicht zu vergessen*, trotz des Krieges und trotz des permanenten Verrats, den Regierende, Führende, Befehlende (und viele Nachredende) in Ost und West an ihren wirklichen und fiktiven ,,Werten" und ,,Traditionen" üben. ■

Liebe Autorinnen und Autoren,

Wir sind dabei ein Konvertierungsprogramm einzurichten, und da inzwischen die meisten von Euch am PC arbeiten, möchten wir Euch bitten, uns ab jetzt einen **Ausdruck Eures Textes sowie die entsprechende Diskette (5 1/4 Zoll) unter Angabe des verwendeten Textverarbeitungsprogramms** zuzuschicken.
Die Diskette erhaltet Ihr zusammen mit dem Belegexemplar zurück.
Im voraus vielen Dank.

Eure Redaktion

CARL-WILHELM MACKE

Große Worte und kleine Zweifel

Über merkwürdige Bündnisse an der „Heimatfront“

In Kriegszeiten blüht der Feindbildhandel. Auch Schwarz-Weiß-Bilder sind dann sehr gefragt. Die Kunst feiner Zwischentöne findet da scheinbar keine Interessenten mehr. Wohin man auch blickt: klare Linien, Fronten müssen her. Und eine dieser Fronten läuft seit Beginn des Golf-Krieges in Deutschland offensichtlich zwischen der „emotionalen“ Friedensbewegung und der „rationalen“ Politik. Wären diese „Frontlinien“ tatsächlich so leicht zu ziehen, wie es im Konsens der herrschenden politischen Klasse in Deutschland und zum Beispiel auch in dem Beitrag von Thomas Voss in der *links* Nr. 249 (Februar 1991) suggeriert wird, könnte man in der Tat ruhiger schlafen — trotz Krieg am Golf. Kann man aber angesichts angedrohter Giftgasangriffe auf israelische Städte und der dadurch möglichen entsetzlichen Opfer unter den Menschen der Zielorte dieser Raketen, ausschließlich „rational“ denken und handeln? Und wer, außer eiskalten Militärstrategen auf allen Seiten, äußert angesichts eines nie ganz ausgeschlossenen Einsatzes nuklearer Waffen keine „emotionale Irrationalität“?

Natürlich, wo Deutsche, und „Linke“ allemal, im Falle der Raketenangriffe auf Israel zu finden sein müssen, dürfte, zum Beispiel mit einem Verweis auf das Gespräch mit Raul Hilberg in der *links* Nr. 249, unzweifelhaft sein. Nur in Friedenszeiten ist es leicht, ein Pazifist zu sein. Doch sind die „Fronten“ in diesem Golf-Krieg tatsächlich so eindeutig festzulegen, sind die Emotionen und die Ratio so klar voneinander zu unterscheiden? Für Thomas Voss scheinen die Optionen ohne Wenn und Aber klar zu sein. Mit einer ausschließlich realpolitischen Perspektive sprechen vielleicht sogar einige starke Argumente für die Positionen von Voss und anderen, die sich bislang ähnlich geäußert haben. Trotzdem möchte ich meine Zweifel, meine politischen und moralischen Zerrissenheiten wenigstens zu Protokoll geben.

Hier in München (meinem Lebensort) lassen insbesondere Politiker und Journalisten aus dem Umfeld der CSU keine Gelegenheit aus, um mit kaum noch verhohlener Demagogie der *Friedensbewegung* (ähnlich unscharf sprach man zu früheren Zeiten in diesen Kreisen schon mal von „den Terrorsympathisanten“) die Legitimation ihrer öffentlichen Demonstrationen abzusprechen. Wer sich etwa an Mahnwachen für den Frieden oder an öffentlichen Kundgebungen gegen den Krieg beteilige, sei nolens volens ein Freund Saddam Husseins und lasse Israel in lebensbedrohlicher Situation im Stich. Ein einfaches Strickmuster, doch die bayerischen Christsozialen lieben nun mal die klaren Freund-Feindbilder.

So lesen wir zum Beispiel in einem Beitrag der SZ vom 22.1.1991 über die Rede von Umweltminister Peter Gauweiler anläßlich einer Gedenkstunde in der Münchener Hauptsynagoge, daß der Krieg am Golf nicht am 15. Januar 1991 (Ende des UN-Ultimatums), sondern am 2. August 1990 (Annektion Kuwaits durch den Irak) begonnen habe. Hinter der Fahne des 15. Januar scharen sich die „Anti-Amerikanisten“, hinter der des 2. August die „Freunde der Freiheit“. So einfach ist das. Könnte der Krieg am Golf nicht vielleicht viel früher mit den ersten Waffenlieferungen aus den Beständen der multinationalen Waffenproduzenten an den Irak begonnen haben? Die Rüstungslieferungen westlicher wie östlicher Militärproduzenten (Geldabwicklung wie immer via diskreten Schweizer Banken) haben doch erst die Besetzung Kuwaits, den Angriff auf Israel und — lange vorher — die Giftgasverbrechen an den Kurden im Irak (wie in der Türkei und dem Iran) ermöglicht. In einem Meer von Ungewißheiten und Zweifeln gibt mir wenigstens diese Erkenntnis Orientierung und Halt.

Die deutsche öffentliche Meinung, so klagte Gauweiler auf der Veranstaltung in der Münchener Synagoge weiter (und die Argumentation von Thomas Voss ist sinngemäß identisch), verliere bei ihren Protesten gegen den Krieg die Leiden des israelischen Volkes aus den Augen. Es fällt schwer, dieser Anklage zu widersprechen, nur wird Israel denn nun von den Pazifisten der deutschen Friedensbewegung bedroht oder von einer maßgeblich mit Hilfe deutscher Firmen aufgerüsteten Kriegsmaschinerie? Wieder wird Juden mit Giftgasen aus *deutscher* Produktion der Untergang gewünscht. Genau *das* ist der Skandal, dem gerade die bayerischen CSU-Politiker mit ihren Schelten gegen die *Friedensbewegung* und ihren publikumswirksamen Gebetsstunden aus dem Wege gehen. Nicht die Friedensbewegung, sondern gerade ihre Kritiker, die z.T. jedenfalls an verantwortlicher politischer Stelle die Kriegsindustrie und die Waffenexporte gefördert oder kommentarlos geduldet haben, müssen sich dem Skandal der auf Israel gerichteten Giftgasraketen stellen. In der Liste der Waffenlieferanten an den Irak stehen Firmen ganz weit oben, die entscheidenden Anteil an der wirtschaftlichen Prosperität Bayerns haben. Daran ist unbeirrt zu erinnern, anstatt sich von Rüstungslobbyisten und staatstragenden Politikern in die Ecke der Feinde Israels drängen zu lassen.

▶ Entscheidende Unterschiede ◀

Weiter: War das mit Recht so verurteilte Regime des Saddam Hussein auch nur um einen Deut humaner und zivilisierter als heute, als es sich noch in den achtziger Jahren im Krieg gegen den Iran befand? Wer hat Hussein in dieser Zeit denn politisch und materiell mit Kriegslogistik *made in Germany* unterstützt? *Pax Christi* oder *MBB?* Als die irakische Armee ihren Terror gegen das kurdische Volk unternahm, habe ich von *Amnesty International* und der *Gesellschaft für bedrohte Völker* sehr viel gehört, aber kein Wort von denen, die heute so lautstark

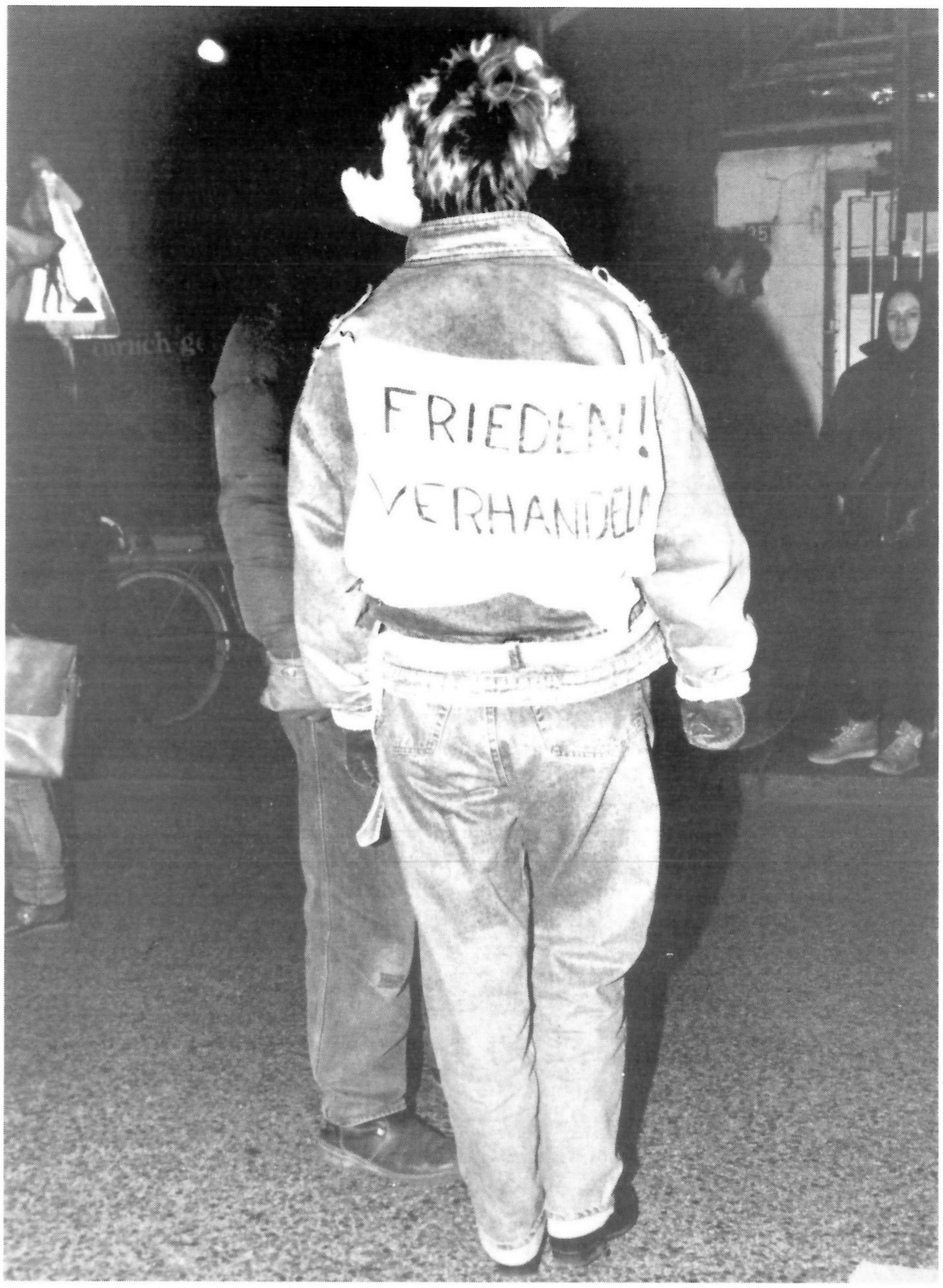


Foto: Reinhold Sögtrop

wie scheinheilig den Kniefall vor ,,unseren Freunden im Bündnis" verlangen. Allerdings kann auch nicht verschwiegen werden, daß dieser Terror des Saddam Hussein in vielen Gruppen, die sich der ,,Friedensbewegung" zurechnen, kaum zur Kenntnis genommen wurde. In den entsprechenden Jahrgängen der *links* zum Beispiel wird man außer Anzeigen der Kurdistan-Solidarität keinen einzigen Beitrag dazu finden. Hatten wir uns nicht spätestens mit der solidarischen Begleitung der ostmitteleuropäischen Emanzipationsbewegungen auf die Unteilbarkeit von Menschenrechten verständigt...? Statt in einem schwer erträglichen staatsmännischen Ton die *Irrationalitäten* der deutschen Friedensbewegung anzuklagen, hätte Voss lieber nach den Gründen für Versäumnisse und Defizite internationaler Solidarität linker Politik in Deutschland suchen sollen. Seine selbstherrliche Polemik gegen die ,,irrationale, antiamerikanische und antisemitische" Friedenskundgebung hätte ohne Kürzungen auch auf der Friedenskundgebung der CSU auf dem Münchener Marienplatz vorgetragen werden können. Nicht dieses Faktum ist bedenklich, denn schließlich haben wir uns von der Solidarität mit der polnischen Solidarnosc-Bewegung auch nicht durch Grußadressen des Kolping-Vereins aus Paderborn beirren lassen. Irritierend ist dabei nur, wenn die Begründung für eine politische Option deckungsgleich wird zwischen ,,rechts" und ,,links". In den Tagen der Anti-Springer-Kampagnen habe ich gelernt, daß es zwischen dem Philosemitismus der politischen Rechten und der linken Solidarität mit Juden in der Tradition des Antifaschismus immer noch entscheidende Unterschiede gibt. Konkret und auf ein zeitgeschichtliches Ereignis bezogen:

Wo bitte waren denn die Proteste von CSU-Gauweiler, IG Chemie-Rappe, FDP-Lambsdorff, die heute so laut zur Solidarität mit Israel und den Juden auffordern, als am 5. Mai 1985 auf dem Friedhof in Bitburg die Opfer und Täter aus der Nazi-Zeit mit großem Zeremoniell miteinander versöhnt wurden? Daß Linke bei den Protesten auch nicht in der zu erwartenden Lautstärke vertreten waren, stimmt zwar, aber wenigstens unter linken Intellektuellen ist über die Bedeutung dieses Ereignisses doch sehr ausführlich debattiert worden (s. diverse *links*-Artikel). Wer sich nicht an dieses einschneidende deutsche Nachkriegsdatum und seine eigene Haltung dazu erinnern lassen will, sollte auch etwas vorsichtiger sein mit allzu schnellen Verurteilungen der angeglich anti-israelischen Friedenskundgebungen in Deutschland. Das auch innerhalb der deutschen *Friedensbewegung* bedenkliche Verhamlosungen der Israel bedrohenden Gewaltpotentiale des Saddam Hussein existieren, wie Gauweiler und Voss beklagen, kann nicht übersehen werden. Nur haben sie nicht jenes ,,wahrhaft furchtbare Ausmaß" wie Voss ebenso unterstellt wie etwa die CSU und die ihr nahestehenden Medien. Da stimmen einfach die Proportionen nicht mehr!

Amerikanische Vorbilder

Die aktuelle Friedensbewegung, so hören wir weiter, sei nicht nur ,,anti-israelisch", sondern auch ,,anti-amerikanisch" eingefärbt. Daß es globalisierende Anklage gegen ,,die" USA bei öffentlichen Friedenskundgebungen gibt, ist unbestreitbar. Jede und jeder, die an Veranstaltungen von Friedensgruppen in den Wochen nach Beginn des Golf-Krieges teilgenommen haben, weiß da Beispiele zu nennen. Aber haben weder die ,,Anti-Amerikanisten" noch die bedingungslosen ,,Amerika-Freunde" registriert, wie viele Abgeordnete in den beiden amerikanischen Parlamenten *gegen* die militärische Intervention der Bush-Administration gestimmt haben? Sind z.B. die katholischen Bischöfe in den USA, die den Krieg im Nahen Osten ablehnen, deshalb schon ,,Anti-Amerikanisten"? Ist es denn nicht mehr statthaft, sich an das amerikanische Militär als Teil der Anti-Hitler-Alliierten und *gleichzeitig* an die Verantwortlichen des Atombombeneinsatzes in Hiroshima zu erinnern?

Die deutsche Protestbewegung verdankt in ihrer Formen wie Zielen sehr viel den Bürgerrechtsbewegungen in den USA und *gleichzeitig* ist aber auch die Empörung gegen die Massaker des Vietnam-Krieges, der Sturz Salvador Allendes in Cile oder die Unterstützung der Anti-Sandinistischen *Contras* durch die offizielle Politik Nordamerikas unauslöschlicher Teil unseres kollektiven Gedächtnisses. Soll man sich nicht mehr fragen dürfen, warum der Krieg am Golf laut Pressemitteilungen bei den schwarzen Amerikanern eine wesentlich geringere Zustimmung findet unter der weißen Bevölkerung? Von einem Peter Gauweiler verlange ich nicht diese Differenzierung, von einem Thomas Voss aber sehr wohl, wenn über den *Anti-Amerikanismus* in der *Friedensbewegung* gesprochen wird! (Daß schon eine Aktion des zivilen Ungehorsams vor einer US-Kaserne ,,schlimmen Antiamerikanismus" offenbart, wie Thomas Voss schreibt, verschlägt mir schlicht die Sprache. Von wem, wenn nicht von der amerikanischen Bürgerrechtsbewegung haben wir dann diese Aktionsform gelernt? Gehören

„In der Tat, die Wahrheit hat sich des Gewandes der Wahrscheinlichkeit ganz entledigt. Credo quia absurdum est, wird jetzt ein richtiger Wahlspruch. — Aber nicht bloß die Welt ist aus ihren Angeln gerissen, auch der Verstand der einzelnen Individuen. Die Hirnkasten bersten, weil auf einmal so viele Neuigkeiten, vielleicht auch neue Gedanken hineindrängen. — So plötzlich ist das alles gekommen! Doch wie ist das gekommen? Werden die Angelegenheiten dieser Welt wirklich gelenkt von einem vernünftigen Gedanken, von der denkenden Vernunft? Oder regiert sie nur ein lachender Gamin, der Gott-Zufall?“ Heinrich Heine

Foto: Reinhold Sögtrop

die Aktionen gegen die Raketenstationierung in Mutlangen und anderswo jetzt etwa auch schon zu den historischen Fehlern und Sünden der „irrationalen deutschen Friedensbewegung“...?)

Neben den in diesen Tagen viel zitierten, teils vorhandenen, teils aber auch völlig überzeichneten *Anti-Amerikanismen* und *Anti-Semitismen,* existieren aber bis weit hinein in linke Argumentationsgebäude auch nicht zu übersehende *Anti-Arabismen.* Auch Thomas Voss macht es sich in seinem Plädoyer für eine eindeutige pro-israelische Parteinahme einfach. Er konzentriert sich einzig und allein auf die Unberechenbarkeit des Aggressor Saddam Hussein, die auszuschalten jedes Mittel und das heißt eben auch der Militäreinsatz, gerechtfertigt ist. Es gibt überhaupt keinen Grund, Hussein mit der Glorie eines Befreiers der arabischen Massen zu umkränzen. Aber blendet man nicht mit der Fixierung auf diese üble Figur jedes genauere Hinsehen auf die *gesellschaftlichen* wie *politischen* Entwicklungen in den arabischen Staaten aus? In Übereinstimmung mit Nahost-Experten, auf deren Urteil ich wie wahrscheinlich viele andere unter uns schrecklich europazentrierten deutschen Linken angewiesen bin, ist für mich die kaum glaubliche Ignoranz gegenüber arabischer Kultur und Geschichte

▶ Anti-Arabismus ◀

durch die Bush-Administration ein entscheidender Grund (unter verschiedenen anderen), den in seinen verheerenden Auswirkungen *vorhersehbaren* Krieg abzulehnen. Natürlich sehe ich auch, wie mir wiederum andere *Experten* nahelegen, daß nichtmilitärische Sanktionsmaßnahmen eine Sicherheit weder für die Befreiung Kuwaits noch des Iraks von dem Regime des Saddam Hussein bieten konnten. Indem aber jetzt durch offensichtliche Flächenbombardements des Irak mit den damit unausweichlich verbundenen riesigen Opfern unter der Zivilbevölkerung der ursprünglichen pathetischen Ideen (Befreiung, Zivilisierung, Völkerrecht etc.) vollständig konterkariert werden, kann ich diesen Krieg um so weniger rechtfertigen. Daß diese anhaltende aggressive Ignoranz des Westens gegenüber arabischen Kulturen und Gefühlen wiederum neuen *Anti-Amerikanismus* und *Anti-Semitismus* unter den arabischen Massen aufkommen läßt, überrascht doch wohl außer den Oberbefehlshabern der kriegsführenden Streitkräfte niemanden mehr. Daß in diesem Kontext die Sicherheit des israelischen Staates in Zukunft besser geschützt wird durch den Krieg, fällt mir schwer nachzuvollziehen.

Ist es „irrational, antiamerikanisch und antisemitisch“, davon auszugehen, daß außer der Rüstungsindustrie und wahrscheinlich der islamischen Fundamentalisten alle an dem Golf-Krieg beteiligen Diktatoren und Demokraten, Soldaten und Zivilisten, Mächtigen und Ohnmächtigen nur verlieren können? Schon Anfang Februar erreichten uns ja die ersten Informationen von der Unmöglichkeit einer gezielten „Zwangsabrüstung“ (Konrad Weiß) der irakischen Militärlogistik. Wenn sich die Nebelwand der Zensur endgültig von den Schauplätzen des gegenwärtigen Kriegsgeschehens gehoben hat, wird es, da hat Felix Schneider völlig recht, „ein böses Erwachen geben“ (ebenfalls *links Nr. 249). Dann wird sich vielleicht angesichts des unendlichen Leids, mit dem alle Menschen im Nahen Osten* (und nicht nur da!) konfrontiert sind, die Fage beantworten lassen, ob nicht die Gegner dieses Golf-Krieges die eigentlichen Verteidiger der zivilen westlichen Werte gewesen sind. Vielleicht können wir dann auch wieder weniger aufgeregt, weniger „staatsmännisch“, weniger wichtigtuerisch miteinander reden. Wen, Hand aufs Herz, interessieren im Schlachtenlärm dieser Tage denn schon die Meinungen der Herren Voss und Macke in der *links* zum Golf-Krieg...? ■

ZWISCHEN ROSTOCK UND DRESDEN
2/3-WELT-GRUPPEN
EIN HANDBUCH

NEUERSCHEINUNG

SELBSTDARSTELLUNGEN
ADRESSREGISTER
UND
TEXTE DER
2/3 WELT-BEWEGUNG DER
EHEMALIGEN DDR

112 Seiten
DM 9,80

ZU BEZIEHEN ÜBER: iz3w · POSTFACH 5328 · 7800 FREIBURG
FÜR DEN BUCHHANDEL: PROLIT, POSTFACH 111008 · 6300 GIESSEN

AG WISSENSCHAFTSKRITIK

Der Krieg, die Vernunft und die Linke

Ein Gespenst geht um in Deutschland: Der erste Krieg, der in ,,Realzeit'' (Virilio) in die Wohnzimmer gelangt, das größte Bombardement in der Geschichte der Menschheit, hat Verwirrung ausgelöst. Diskurse purzeln durcheinander. Die *links*, laut Untertitel eine ,,sozialistische Zeitung'' und jahrelang Gralshüterin kritischer Rationalität, hat davor kapituliert. Im Editorial der Ausgabe Nr. 249 resigniert die Redaktion öffentlich: ,,Es scheint, als manifestiere sich hier der Verlust eines Zusammenhangs gesellschaftlicher Erfahrung (und Wahrnehmung), der argumentativ nicht mehr (...) einzuholen ist''. Was das konkret heißt, wird dem staunenden Publikum wenig später klar, wenn es Texte liest, die es eher aus den Leitartikeln der FAZ gewohnt ist: etwa, wenn Thomas Voss die Position der Bundesregierung als eigene, vermeintlich kritische, verkauft, um schließlich offen seine deutschen Großmachtträume zu verkünden.

Wenn einige ,,linke'' Autoren in einer solch ungewohnten Einmütigkeit mit der traditionellen Rechten oder auch mit Vertretern der Neuen Rechten wie Michael Wolffsohn Legitimationsgründe für einen Krieg suchen, sollte man nachdenklich werden — denn welche Existenzberechtigung gibt es dann noch für ,,linke'' Positionen, welche für eine Zeitschrift namens *links*? Das Problem bei dem linken (Anti-)Kriegs-Diskurs ist, daß einige — eigentlich triviale — Punkte außer acht gelassen werden.

Zunächst: Wo liegen die Verantwortlichkeiten für diesen Krieg? Wo ist moralisches oder politisches Fehlverhalten anzusiedeln? In einer vorgeblichen Appeasement-Politik der Demonstranten, die angeblich ,,Saddam Husseins Aggression verniedlicht'' haben? (Detlev Claussen, Deutschland ein Friedensmärchen, in *links* Nr. 249). Festzuhalten bleibt doch, daß der Irak jahrelang mit Erlaubnis der westlichen Regierungen aufgerüstet wurde, daß wichtiges Kriegsgerät mit der Sicherheit deutscher Hermes-Bürgschaften exportiert wurde, daß ,,dem Irren'' oder ,,Hitler'' (BILD, H.M. Enzensberger) sogar Atomanlagen geliefert wurden. Dies geschah nicht ungeachtet, sondern gerade wegen der Tatsache, daß Saddam Hussein den Iran angegriffen hat. Bei solcher Unterstützung einer offensichtlich menschenverachtenden Diktatur richtet sich der Appeasement-Vorwurf gegen die westlichen Regierungen, die an der Unterstützung festhielten, auch nachdem Saddam irakische Kurden mit Giftgas ermordete. Im Januar 1989 bettelten die Vertreter der derzeit so gerne zitierten ,,Völkergemeinschaft'' sogar, daß er bei der Pariser Chemiewaffenkonferenz erscheinen möge und daß er für die Vergasung der Kurden nicht verurteilt werde. Das alles wurde — auch in der *links* — wiederholt kritisiert. Ist das schon vergessen?

Weiter: Den deutschen Ingenieuren war es schlichtweg egal, daß die Scud-Raketen, deren Reichweite sie verlängerten, damit auch Israel erreichen könnten. Die Verantwortung dafür, das hat die israelische Bevölkerung richtig erkannt, trägt die Bundesregierung — wobei die ehemalige SPD-Regierung wohl alles andere als Frei von Schuld ist. Deutschland ist damit längst in den Krieg verwickelt. Eine Debatte, ob deutsche Truppen künftig gegen BRD-Waffen und von DDR-Beratern trainierte Soldaten bekämpfen sollen, läßt sich nur vor diesem Hintergrund führen. ,,DeutscheWaffen / deutsches Geld / morden mit in aller Welt'' — selten war ein Slogan zu treffend wie dieser bei den Friedensdemonstrationen.

Was folgte nach dem 2. August 1990? Die ,,Völkergemeinschaft'', respektive ihr ,,Weltpolizist'' wachte erst auf, nachdem sich der Irak anschickte, die Richtung seines Begehrens zu wechseln. Plötzlich erfuhren die verblüfften ZeitungsleserInnen, daß dieses merkwürdige Wüstenland über die viertgrößte Armee der Welt verfüge. Daß es sich anschicke, zur hegemonialen Macht in der Region zu werden. Daß die Menschenrechte dort täglich mit Füßen getreten werden. Daß es von einem Despoten regiert wird, der die Inkarnation des Bösen und psychisch Abartigen zu sein scheint.

Angetrieben von den Medien machte die deutsche Öffentlichkeit die Kehrtwendung: Der Garant westlicher Werte gegenüber dem islamischen Fundamentalismus wurde binnen weniger Wochen zum Teufel den es auszutreiben gelte — und sei es mit dem Beelzebub. Es ist inkonsequent, wenn Linke zwar angesichts eingeblendeter Untertitel, wie ,,cleared by xy-army'' auf unseren TV-Bildschirmen, von ,,wohlfeiler Medienkritik'' reden (Claussen), aber den Wechsel von medialer Affirmation des irakischen Regimes zur medialen Produktion von Feindbildern nicht in ihre Analyse aufnahmen.

▶ Wackelige Solidarität ◀

Joachim Hirsch hat vermutlich recht, wenn er schreibt (*links*, Nr. 249), daß der Krieg von Anfang an gewollt wurde — vom Irak und von den USA. Die kürzlich veröffentlichten Zahlen über den Erfolg der UNO-Blockade weisen zumindest darauf hin. Rücksicht auf Verbündete hat die US-Administration dabei nicht genommen — am allerwenigsten auf Israel. Denn das Vabanquespiel der Pentagon-Strategie impliziert, daß Israel sich erstmals in seiner Geschichte nicht gegen Angriffe von außen zur Wehr setzt — um nicht zu riskieren, daß das fragile ,,Bündnis'' zwischen einigen westlichen Industrienationen und einigen mehr oder weniger despotisch regierten arabischen Anliegerstaaten zerfällt. Um es klar zu sagen: Die Interessen der USA sind *nicht*

neu im

Verlag Westfälisches Dampfboot

Elmar Altvater
Die Zukunft des Marktes
Ein Essay über die politische Ökonomie der Regulation von Geld und Natur nach dem Scheitern des 'real existierenden' Sozialismus.
ca. 300 S. - ca. DM 34,80 - ISBN 3-924550-48-4

Rainer Gries
Die Rationen-Gesellschaft
Versorgungskampf und Vergleichsmentalität: Leipzig, München und Köln nach dem Kriege
ca. 400 S. - ca. DM 39,80 - ISBN 3-924550-50-6

Logie Barrow, Dorothea Schmidt, Jutta Schwarzkopf (Hrsg.)
Nichts als Unterdrückung?
Geschlecht und Klasse in der englischen Sozialgeschichte
ca. 250 S. - ca. DM 45,00 - ISBN 3-924550-51-4

Johannes Gröll
Das moralische bürgerliche Subjekt
ca. 190 S. - ca. DM 29,80 - ISBN 3-924550-49-2

Rainer E. Zimmermann (Hrsg.)
Das Sartre-Jahrbuch Eins
ca. 150 S. - ca. DM 29,80 - ISBN 3-924550-52-2

Gesamtverzeichnisse beim Verlag: 4400 Münster - Achtermannstr. 10 - 0251/56268

die Interessen Israels. Daß Saddam Israel im Falle eines amerikanischen Angriffs bombardieren wird, war evident — spätestens seit dem von ihm aufgestellten Junktim der Kuwait-Okkupation mit der Palästinenserfrage. Das Problem ist, daß Saddam Hussein gerade nicht ,,nicht vertragsfähig'' ist, wie es von Teilen der Linken behauptet wurde, sondern, daß er im Gegenteil alles, was er bislang ankündigte auch erfüllte — vom Raketenangriff auf Israel bis hin zur Entzündung von Ölfeldern. Das Bestreben deutscher Friedensdemonstrationen, eine Deeskalation zu erreichen, mag vielleicht naiv sein, genuin antisemitisch ist es jedenfalls nicht.

Heimatlosigkeit linken Denkens

Sicher: Die Solidarität mit Israel steht bei den deutschen Linken auf wackeligen Füßen, sei es die Invasion Israels im Libanon 1982, der Grünen-Besuch in Israel 1984 oder der Ausbruch der Intifada: Immer wieder ergab sich die Gelegenheit selbsternannter Internationalisten, die unselige Denkfigur aus den Archiven des Antisemitismus zu holen, die die Palästinenser als ,,Opfer der Opfer'' sieht — und dadurch Auschwitz auf grauenvolle Weise zu relativieren. Was immer noch fehlt, ist ein ,,Bewußtsein davon, daß Israel nicht zuletzt aus Auschwitz hervorgegangen ist'' (Dietrich Wetzel). Doch was ist die Konsequenz daraus? Eine legitime Möglichkeit ist es, Patriot-Abwehrraketen aus deutschen Arsenalen nach Israel zu schicken. Einem Bedrohten das schützende Schild zu verweigern, ist auch für Gesinnungspazifisten moralisch kaum vertretbar. Die Forderung, Deutschland solle als neue Großmacht mit Truppen oder Schiffen ins das Kriegsgeschehen eingreifen, läßt sich mit der Bedrohung Israels jedoch nicht begründen.

Was also steht hinter der auch von einigen *links*-AutorInnen vertretenen Forderung nach der Wahrung deutscher Verantwortung als Großmacht und der affirmativen Haltung zu einem Krieg, der auch ein neokolonialer ist? Wohl zweierlei: Zum einen kann man wohlfeil über einen Krieg raisonnieren, der ,,nicht stattfindet'' (Baudrillard), und allenfalls als Nintendo-Krieg via Bildschirm wahrgenommen wird. Ob die linken Lehnstuhl-Generäle dies fortsetzen, wenn mit dem Bodenkrieg ,,das blöde Sterben im Sand'' (Detlev zum Winkel) beginnt, bleibt abzuwarten. Zum anderen leiden die in die Jahre gekommenen Apo-Kämpfer unter einem Verlust an Orientierung. Gegen einen Krieg (Vietnam, Algerien, Mittelamerika) zu kämpfen, hieß für sie immer, auch Stellung für eine revolutionäre Identifikationsfigur zu nehmen. Dies ist heute nicht mehr möglich. Denn einerseits ist der Krieg des Irak kein Befreiungskrieg, Saddam ist hier nur bei der extremen Rechten ein Held. Zum anderen bedeutet der Zusammenbruch des Sozialismus für einen Großteil der Linken den Verlust eigener Wahrnehmungsraster und die Unterwerfung eigener Prinzipien unter herrschende Kollektivsymbole. Statt diese Heimatlosigkeit des Denkens produktiv zu nutzen, übernehmen viele linke AutorInnen die Werte der Sieger: Was Habermas mit seiner Konzeption des ,,Verfassungspatriotismus'' vormachte, ist heute bei weiten Kreisen en vogue. Nicht umsonst taucht bei den linken Legitimationsdiskursen für den Krieg immer wieder das Argument auf, die westlichen ,,zivilisatorischen Werte'' (Diner) müßten gegenüber der Aggression des Irak verteidigt werden. Gegenüber dem ,,nicht vertragsfähigen'' Saddam wird der Krieg somit zur ,,ultima ratio'' (Voss). Wer sich dieser Argumentation verschließt, gilt als VertreterIn eines ,,moralischen Rigorismus und (...) emotionalen Irrationalismus'' (Voss).

Daß durch diese Haltung konservative Argumentationen von links geadelt werden, ist fatal genug. Schlimmer ist jedoch ein anderer Punkt. In den Kriegsreden derjenigen, die das Che Guevara-Poster durch das von Georg Bush ersetzen, taucht ein Aspekt nicht mehr auf, der für linke Diskurse immer konstitutiv war: ,,Die Abschaffung des Leidens, oder dessen Milderung hin bis zu einem Grad, der theoretisch nicht vorwegzunehmen, dem keine Grenze anzubefehlen ist, steht nicht bei dem Einzelnen, der das Leid empfindet, sondern bei der Gattung, der er dort noch zugehört, wo er sich subjektiv von ihr lossagt und objektiv in die absolute Einsamkeit des hilflosen Objektes gedrängt wird.'' (Adorno). Wer über das Gerede der ,,Werte'' das Leiden der zivilen Bevölkerung in der Region, der Soldaten auf beiden Seiten und ihrer Angehörigen vergißt, oder diejenigen als ,,irrational'' denunziert, die das Leiden thematisieren, hat die gemeinsame Ebene des Diskurses verlassen. ■

BUNTE HILFE FRANKFURT

c/o Club Voltaire, Kleine Hochstr. 5, Tel. 069/283940

Die Demonstrationen gegen den Golf-Krieg haben uns zusätzliche Arbeit gebracht. Begleitet vom Versuch, die Friedensbewegung in die antiamerikanische und antiisraelische Ecke zu stellen und damit von der eigenen Verantwortung für den Krieg abzulenken, hat auch die Polizei zu einer schärferen Gangart zurückgefunden. 115 Festnahmen bei einer Straßenblockade in Frankfurt haben das direkt erfahren.

Für die juristische Betreuung der bei Antikriegsdemonstrationen, Mahnwachen und Blockaden Festgenommenen bitten wir dringend um Spenden.

Sonderkonto Volker Luley, Postgiroamt Ffm, Kto.-Nr. 160 71-603

DEUTSCH-ISRAELISCHER ARBEITSKREIS

Offener Brief an die israelischen Friedenskräfte

Die Eskalation des Krieges am Golf einerseits und große Antikriegsdemonstrationen in der Bundesrepublik andererseits haben im westlichen Ausland — vor allem auch in Israel — zu kritischen Fragen an die deutsche Friedensbewegung geführt.

In einem offenen Brief an die israelischen Friedensgruppen, den wir hier in leicht gekürzter Fassung dokumentieren, nimmt der ,,Deutsch-Israelische Arbeitskreis für Frieden im Nahen Osten'' (DIAK) zu einigen Vorwürfen Stellung und erläutert seine eigene Position.

Liebe Freundinnen und Freunde,

Hunderttausende von Menschen gehen in diesen Tagen und Wochen in Deutschland auf die Straßen, um gegen den Krieg am Golf zu demonstrieren, der inzwischen auch zu einem Krieg am Mittelmeer geworden ist. Unter den Demonstranten befinden sich überwiegend junge Menschen, die sich aus Sorge um die Zukunft gegen die ,,Logik des Krieges'' wehren und den Krieg als ein Mittel zur Lösung politischer Konflikte nicht mehr akzeptieren wollen. Wir sehen in dieser Opposition gegen den Krieg ein hoffnungsvolles Zeichen: Gerade vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte wird das Denken in militärischen Kategorien, die von vielen Politikern beschworene ,,Logik des Krieges '' immer mehr in Frage gestellt.

Die Opposition gegen den Krieg erhält ihre Schubkraft zum einen aus einer prinzipiell pazifistischen Grundhaltung, die Krieg und Gewalt generell ablehnt. Aber nicht alle Teile der deutschen Friedensbewegung sind Pazifisten. Dies gilt auch für den DIAK. Ein großer Teil der Demonstranten geht auf die Straße, weil ihr Protest sich gerade gegen *diesen* Krieg richtet, weil er a) für vermeidbar gehalten wird, b) angesichts von Massenvernichtungsmitteln wegen der unabsehbaren humanen, politischen ökologischen und wirtschaftlichen Folgen abgelehnt werden muß.

Nun wird auch in Israel heftige Kritik an der deutschen Politik im allgemeinen und der Haltung der deutschen Friedensbewegung im besonderen geübt. Vor allem die Kritik von Euch, die in einer Erklärung der RATZ (Haaretz vom 21.1.1991) kulminiert, hat bei uns erneut heftige Diskussionen in Gang gesetzt, da die Haltung der israelischen Friedenskräfte für uns als DIAK immer ein wesentlicher Orientierungspunkt gewesen ist.

Aufgrund unserer Kontakte und der Zusammenarbeit in der Vergangenheit sind wir mit Euch in Bezug auf den israelisch-palästinensischen Konflikt in vielen grundsätzlichen Punkten einig. Zur Sicherung der Existenz Israels und des nationalen Selbstbestimmungsrechts des palästinensischen Volkes lauten unsere gemeinsamen Überzeugungen:

- Ablehnung jeder militärischen Option zur Lösung des Konflikts.

Friedensdemonstration in Hamburg. Aus Protest gegen deutsche Waffenexporte wird eine Rüstungsfirma belagert. Ähnliche Aktionen fanden seit Kriegsbeginn im ganzen Bundesgebiet statt.

Foto: Reinhold Sögtrop

● Verwirklichung der Menschenrechte in den besetzten Gebieten.
● Verhandlungen mit der PLO.
● Einberufung einer internationalen Nahostkonferenz.
● Errichtung eines palästinensischen Staates neben Israel.

Wir sehen nun unsere Opposition gegen den Golfkrieg als eine konsequente Forderung unserer gemeinsamen politischen Überzeugungen. Nach unserer Einschätzung sind die Möglichkeiten des Embargos und der Diplomatie zum Druck auf den Irak nicht konsequent ausgeschöpft worden. Vielmehr fiel in der Anti-Irak-Koalition die Entscheidung für ein militärisches Vorgehen — gegen deutlich vernehmbare Stimmen nicht zuletzt aus dem politischen und militärischen Establishment der USA. Diese Entscheidung für den Krieg gegen den Irak ist von der Anti-Irak-Koalition getroffen worden, auch wenn Saddam Husseins völkerrechtswidriger Akt der Annexion Kuwaits die Ursache war.

Foto: Reinhold Sögtrop

▶ Forderungen einer nicht-militärischen Lösung ... ◀

Wir bezweifeln die von Euch geäußerte Vorstellung von der Möglichkeit eines schnellen „entscheidenden Schlages" gegen das Militärpotential des Iraks und fragen nach dem Preis dieses Krieges:

● Inwieweit kann durch das militärische Vorgehen der Anti-Irak-Koalition die Bedrohung für Israel sogar wachsen durch konventionelle wie chemische Angriffe durch den Irak einerseits und die möglichen Folgen des Krieges für die Region und die Destabilisierung dort betehender Regimes (Jordanien, Marokko, u.a.) andererseits?
● Wird dieser Krieg nicht alle Ansätze für einen Friedensprozeß im israelisch-palästinensischen Konflikt zunichte machen?
● Welche Folgen wird dieser Krieg für das ohnehin schon gespannte Verhältnis zwischen der westlichen Welt und den islamischen Gesellschaften haben?
● Welche ökologischen Folgen wird dieser Krieg haben? Wir befürchten, daß die katastrophale Ölpest jetzt nur der Anfang ist.
● Und nicht zuletzt: Wieviele Menschen sollen für die Ziele dieses Krieges sterben?

Die Folgen des Krieges erscheinen uns unkalkulierbar und unabsehbar. Daher treten wir — auch nachdem Saddam Hussein seine Drohung wahrgemacht hat, und Israel, das an diesem Konflikt *nicht* beteiligt ist, mit Raketen unter Beschuß nehmen ließ — für einen sofortigen Waffenstillstand ein. Wir sind uns bewußt, daß unsere Position für Euch schwer nachvollziehbar ist, weil Ihr unmittelbar von den irakischen Raketen bedroht seid und wir können Euer Verlangen, diese Bedrohung ganz schnell zu beenden, gut verstehen.

Unserer Ansicht nach kann nur ein sofortiger Waffenstillstand verhindern, daß weiterhin Scud-Raketen auf Israel abgeschossen werden. Die Breite des Bündnisses gegen den Irak, die bisherigen UN-Sicherheitsratsresolutionen und die verabredeten Sanktionen bieten realistische Chancen, diesen Konflikt anders als militärisch zu lösen.

Außerdem fordern wir eine sofortige Nahostkonferenz zur Frage der Rüstungskontrolle und Abrüstung der Region. Zugleich müssen die industrialisierten Länder, die bisher ohne Skrupel die Aufrüstung des Nahen Ostens betrieben haben, in ihren eigenen Ländern konsequent dafür sorgen, daß Exporte von Rüstungsgütern, vor allem für Massenvernichtungsmittel verwendbare Güter, nicht mehr möglich sind. Da nicht zu erwarten ist, daß dies in diesen Ländern per Regierungsbeschluß realisiert wird, haben die Friedensbewegungen und die Opposition hier eine wichtige und kontinuierliche Funktion.

Weiterhin muß es zu einer Nahostkonferenz bezüglich des israelisch-palästinensischen Konfliktes kommen, wie wir und Ihr dies im Interesse eines gesicherten Lebens von Israelis und Palästinensern schon lange fordern. Nur so kann verhindert werden, daß dieser Konflikt weiterhin instrumentalisiert wird wie gegenwärtig von Saddam Hussein, auch wenn ziemlich sicher ist, daß Saddam Hussein die Einberufung einer solchen Nahostkonferenz als sein politisches Verdienst ausgeben würde.

RATZ-Erklärung vom 21. Januar 1991

Die Bürgerrechts- und Friedensbewegung RATZ aus Israel ruft die Friedensbewegungen in Europa dazu auf, ihre Proteste gegen Saddam Hussein zu richten, den wahren Kriegstreiber im Nahen Osten und ihre Proteste gegen die USA zu beenden, die im Moment die Rolle erfüllen, dem Aggressor Einhalt zu gebieten. Die Friedensbewegungen sollen sich daran erinnern, daß Saddam Hussein diesen Krieg begonnen hat und daß er ohne jede Provokation aus Haß unschuldige Bürger angreift und verletzt.

Als israelische Friedensbewegung sieht die Bürgerrechtsbewegung RATZ in den anti-amerikanischen Demonstrationen bestenfalls einen Ausdruck von Naivität, schlimmstenfalls den von Verantwortungslosigkeit.

Diese weltweiten Demonstrationen lassen die Frage nach der Zukunft des Nahen Ostens und im Besonderen nach der Zukunft Israels außer Acht. Diejenigen, die ernsthaft um den Frieden in unserer Region besorgt sind und sich für Verhandlungen zwischen Israelis und Palästinensern einsetzen, sollten zum jetzigen Zeitpunkt ein Interesse an der totalen Niederlage des irakischen Diktators haben.

Jeder, der die Situation objektiv betrachtet, kommt nicht umhin, die weise Entscheidung der israelischen Regierung, unter sehr schwierigen Bedingungen Zurückhaltung zu zeigen, positiv zu sehen. Die Position der Regierung ist ein Ausdruck der inneren Stärke der Nation.

***RATZ** ist eine linksliberale „Partei für Bürgerrechte und Frieden", die mit fünf Parlamentariern in der Knesset vertreten ist. Sie ist damit ein parlamentarisches Standbein der breiten außerparlamentarischen Friedensbewegung.*

Neben diesen Überlegungen gibt es eine Position, die die folgenden Punkte betont:

- Aufgrund unserer friedenspolitischen Beschäftigung mit Israel und dem Nahen Osten können wir nicht die Position eines prinzipiellen Pazifismus vertreten.
- Der Aggressor in diesem Krieg ist eindeutig der Irak und Saddam Hussein. Das irakische Regime hat alle dipolmatischen Verhandlungsangebote ausgeschlagen; es hat vor und während der Kriegshandlungen Zivilisten und die Natur als Geisel genommen und erweist sich auch während der Kriegsführung als ein verbrecherisches Regime, das vor keinen Greueln zurückschreckt.
- Das Potential der Massenvernichtungsmittel, die seit langem aufgebaute militärische Infrastruktur des Irak zielen langfristig auf die Vernichtung des Staates Israel. Im Zusammenhang mit wiederholten Raketenangriffen auf Israel, das an diesem Konflikt *nicht* beteiligt ist, wird die Vernichtungsdrohung realistisch. Die Masenvernichtungsmittel des Irak sind daher zu zerstören.

... und kritische Fragen an Teile der Friedensbewegung

Aufgrund dieser Einschätzung werden kritische Anfragen an Teile der Friedensbewegung formuliert:

- Wo sind bei einem verbrecherischen Regime wie dem Irak die Grenzen des Hinnehmbaren gegeben und folglich Gewaltoptionen legitim?
- Läßt die mangelnde Empörung über die Raktenangriffe auf Israel nicht darauf schließen, daß es in der Friedensbewegung eine latente Antisemitismusbereitschaft gibt, die die Verbindung insgeheim akzeptiert, die Saddam Hussein zu anderen Problemen wie dem Palästinakonflikt hergestellt hat, und die bedeutet, daß letztlich doch Israel an allen Problemen im Nahen Osten schuld ist?
- Bedeutet der Antiamerikanismus von Teilen der Friedensbewegung nicht die heimliche Identifikation mit der bedrohten Zivilbevölkerung des Irak? Und ist diese Identifikation Ausdruck eines spezifisch deutschen Traumas, welches auf die Situation reagiert, in der eine alliierte Streitmacht einem Diktator mit seinem Volk gegenübersteht? Führt diese Situation nicht zu einer Verwechslung von Täter und Opfer?
- Ist die Friedensbewegung zu der selbstkritischen Einsicht bereit, daß wir hier unmittelbar weder den Preis für Gewalt- noch für Friedensoptionen zu zahlen haben und daß angesichts eines unberechenbaren Diktators wie Saddam Hussein eine Friedensoption falsch sein und mehr Zivilisten das Leben kosten könnte als eine Gewaltoption?
- Wie soll eine realistische Sicherheitsordnung für den Nahen Osten ohne eine militärische und politische Entmachtung des irakischen Regimes aussehen?

Diese Anfragen muß die Friedensbewegung

„Zeit ist Blut. . ."

Redebeitrag der israelischen Rechtsanwältin und Menschenrechtlerin Felicia Langer auf der Bonner Friedensdemonstration am 26. Januar in Bonn:

„Heute ist der zehnte Kriegstag — zehn Kriegstage zuviel. Es ist bereits die zweite Woche dieses sterilen, antiseptischen Krieges ohne Tränen, ohne einen Tropfen Blut.

Ein Krieg der Computer und lakonischen Berichte über die Anzahl der Bomben, die man auf Baghdad wirft und über die Piloten, die so fleißig sind, daß sie schon vor dem Frühstück bombardieren und nach einer Pause — und einer Portion ‚ham and eggs' — weitermachen. Gibt es wirklich keinen amerikanischen Soldaten oder englischen Piloten, der geweint hat, als er zurückkam? So eine zensurierte Schlacht hat es noch nie gegeben. Auch die ‚ästhetische' Seite der Bombardements wurde betont: Ein amerikanischer Pilot hat gesagt, daß es fantastisch ist, wie Baghdad in Flammen steht und wie ein Weihnachtsbaum leuchtet! Ein amerikanischer General erklärt: ‚Wir zählen keine Leichen'.

Ich bin mit meinem ganzen Herzen bei allen Bewohnern von Tel Aviv, Haifa, Jerusalem, bei jedem Menschen, der in meiner Heimat lebt und ich fürchte jeden verbrecherischen Angriff auf Israel. Und gleichzeitig spüre ich auch das Leid der irakischen und kuwaitischen Kinder, Mütter und Väter, das Leid der Palästinenser.

Leid ist Leid, Blut ist Blut — und die sind universal.

Saddam Hussein ist ein aggressiver Diktator, und er muß sich aus Kuwait zurückziehen. Seine Invasion von Kuwait war ein Verbrechen, die Besetzung ist ein Verbrechen. All seine Handlungen verletzten Menschenrechte und sind ein Bruch des Völkerrechts, sie verstoßen gegen die UNO-Resolution. Aber ein Krieg ist eine hunderttausendfache Verletzung von Menschenrechten. Man kann doch nicht ein Verbrechen mit anderen, noch größeren Verbrechen gutmachen.

Saddam Husseins Verbrechen hat nicht in einem politischen Vakuum stattgefunden, sondern im Nahen Osten, wo seit 23 Jahren alle UNO-Resolutionen mit Arroganz abgelehnt werden. Die jüngste Resolution der UNO gegen die Deportation von vier Palästinensern aus den besetzten Gebieten, die Israel verurteilt, weil Deportation ein Verstoß gegen die Vierte Genfer Konvention ist, wurde von der israelischen Regierung abgelehnt. Herr Sharmir sagte im israelischen Fernsehen, daß diese Resolution wie frühere ähnliche Resolutionen in den Archiven verstauben werde.

In einer Region, wo seit 23 Jahren eine grausame, militärische Besatzung existiert, wo UNO-Resolutionen in Archiven versteckt zu einer Farce geworden sind, hat Saddam Hussein die Arroganz, Irak betreffende UNO-Resolutionen nicht zu beachten. Und diejenigen, die die Arroganz unserer israelischen Regierung mit Verständnis toleriert haben, sind jetzt heuchlerisch empört! Es sind die USA und die Staaten der EG. Sie waren es auch, die Saddam Hussein aufgerüstet haben. Sie zahlen jetzt den Preis der doppelten Moral, die unmoralisch ist. Die Alliierten haben den Verhandlungen keine Chancen gegeben, sie haben zynisch und willkürlich den 15. Januar als Termin festgelegt. Warum? Weil die ‚boys' die Hitze in der Wüste im April nicht ertragen können.

Bush hat die Verknüpfung der Golfkrise mit der Lösung der palästinensischen Frage abgelehnt, der israelischen Haltung entsprechend, weil — so Bush — Saddam Hussein nicht Kuwait besetzt hat, um dieses Problem zu lösen.

Ja, das ist wahr, aber wer hat diese Karte in Saddams Hände gegeben, wer hat ihm dieses Manövrieren ermöglicht? Es ist unsere hartnäckige israelische Politik der Ablehnung jeder Möglichkeit einer friedlichen Lösung der palästinensischen Frage durch die Anerkennung des Rechts der Palästinenser auf Selbstbestimmung und einen palästinensischen Staat neben Israel, nicht anstatt Israel und durch ihre Anerkennung unserer Rechte. Diese Politik wurde von allen amerikanischen Regierungen seit 23 Jahren gebilligt und unterstützt. Sie findet ihren Ausdruck in schweren Menschenrechtsverletzungen in den besetzten Gebieten, wo alles ‚American made' oder ‚American paid' ist.

Die israelischen Friedenskräfte verstehen das, und Hunderte unserer Söhne und Brüder verweigern den Militärdienst in den besetzten Gebieten. Viele gingen lieber ins Gefängnis. Sie verstehen die Botschaft, daß die Besetzung nicht nur eine Tragödie für das unterdrückte palästinensische Volk ist sondern ebenso für unser Volk. Wir haben diese Verknüpfung selbst hergestellt, weil wir das Völkerrecht seit 23 Jahren verletzen — straffrei. Wir müssen den Krieg stoppen.

Es muß eine internationale Friedenskonferenz einberufen werden, um endlich die Probleme Israel und Palästina, Irak, Kuwait, das der Kurden und aller anderen zu lösen. Es muß eine Zone geschaffen werden, die frei von Massenvernichtungswaffen ist, und das wird auch uns Israelis die Sicherheit garantieren. Weisheit und Diplomatie müssen jetzt das Wort ergreifen. Ein Krieg in der letzten Dekade dieses Jahrhunderts ist ein Anachronismus. Zeit ist Blut! . . .

Foto: Rinascita

Die Friedenssehnsucht hat völlig verschiedene Gesichter — und der Wunsch, daß die Waffen schweigen mögen in Rom (oben) und in Haifa (unten) eine höchst unterschiedliche Dringlichkeit und existentielle Dimension.

Foto: l'espresso

sich auch von innen gefallen lassen — trotz des Interesses konservativer Kreise an einer Diffamierung der Friedensbewegung insgesamt.

Ihr seht, daß wir uns in der Friedensbewegung in einem intensiven Diskussionsprozeß befinden. In der Berichterstattung über die Aktionen und Demonstrationen vermissen wir natürlich eine differenzierte Darstellung unserer Positionen, wobei die Slogans und Parolen der Antikriegsbewegung unsere Zweifel, Bedenken, Überlegungen und auch die Vielfalt der Friedensbewegung nicht widerspiegeln können. Wir stimmen auch mit manchen Parolen nicht überein. Wir bitten Euch deshalb, aufgrund einer vielfach entstellenden und verkürzenden Berichterstattung, die Friedensbewegung in Deutschland nicht pauschal zu verurteilen.

Die VertreterInnen beider Positionen sind sich darin einig, daß für uns keinerlei Anlaß zur Selbstgerechtigkeit gegeben ist. Die Tatsache, daß durch das Verhalten von Menschen aus Wirtschaft und Regierung in unserem Land eine Situation entstanden ist, bei der zum zweiten Mal in diesem Jahrhundert und nach der Shoah die Worte ,,Deutsche" — ,,Juden" — ,,Gas" in einem Zusammenhang genannt werden müssen, läßt uns innehalten.

Euren Vorwurf fehlender Proteste gegen deutsche Rüstungslieferungen an den Irak nehmen wir sehr ernst. Gerade aus der Friedensbewegung gibt es aber seit Jahren Proteste und Kampagnen gegen deutsche Waffenexporte, denn die deutsche militärische Unterstützung für den Irak ist ja seit langem bekannt und fand keineswegs nur in der Illegalität statt. Wir müssen uns jedoch fragen lassen, ob wir genug getan haben. Wenn von der deutschen Regierung nunmehr ,,tiefe Scham" über die deutschen Waffenlieferungen geäußert wird, so halten wir dies für Heuchelei, denn gerade der deutsche Außenminister gehört einer Partei an, die in den letzten Jahren alle Initiativen zur Unterbindung oder nur zur wirksamen Begrenzung deutscher Rüstungsexporte sabotiert hat. Anti-amerikanisch und anti-israelisch sind nach unserer Ansicht eher jene ,,Exporteure des Todes" und mitverantwortlichen Regierungen, die Saddam Hussein das Waffenpotential verschafft haben, mit dem er heute amerikanische Soldaten und israelische Zivilisten bedroht und tötet.

Wir maßen uns nicht an, zu behaupten, unsere Positionen seien frei von Gefahren und Risiken, die in aller erster Linie nicht wir, sondern Ihr tragen müßt. Zugleich gestehen wir uns untereinander zu, daß in beiden Positionen — auch wenn sie unterschiedlich sind — die Frage nach der Zukunft Israels und des Nahen Ostens einen zentralen Stellenwert einnimmt. Darum begrüßen wir gemeinsam die Entscheidung der Bundesregierung, Israel militärische Abwehrmittel zum Schutz vor irakischen Angriffswaffen in dieser lebensbedrohlichen Situation zur Verfügung zu stellen. ■

Mit solidarischen Grüßen
gez. der Vorstand des DIAK
29. Januar 1991

*Der **Deutsch-Israelische Arbeitskreis für Frieden im Nahen Osten e.V.** informiert seit 13 Jahren in der Zeitschrift **israel & palästina** und einer Schriftenreihe über den Nahostkonflikt, unterstützt die israelischen und palästinensischen Friedensvorstellungen auf der Basis des Existenzrechts beider Völker und führt Veranstaltungen mit den dialogbereiten Kräften auf beiden Seiten durch.*

Fortsetzung von Seite 5

LESERBRIEFE

Betr.: links Nr. 249

Selbstzerstörung Kritischer Vernunft

Soeben habe ich die Kommentare und Artikel von Claussen, Voss, Cliupke, Bonavita-Lindloff gelesen in der Februar-Nummer.

Als jemand der als Kind am Ende des Zweiten Weltkriegs den Bombenterror im ,,Luftschutzkeller'' erlebt und der ab 1963 in Frankfurt bei Horkheimer und Adorno Kritische Theorie gelernt hat, bin ich erschrocken, traurig und empört darüber, daß derzeit, wie mir scheint, der Widerstand gegen den Golfkrieg geschwächt wird innerhalb des linksalternativen Bereiches und der Friedensbewegung selbst durch einen höchst problematischen Gebrauch von ,,linkem Anti-Amerikanismus'' und ähnlichen Vorhaltungen. (...)

Herausragend an solchen statements ist der Rationalisierungsaufwand, mit welchem — gleichsam als Beitrag zur postmodernen Zerstörung von Kritischer Vernunft — in diesen Texten die Tabukeule ,,Anti-Amerikanismus'' zur Abwehr von Analysen des militärisch-industriellen Komplexes innerhalb des real existierenden Kapitalismus in den USA erhoben wird und wie Versatzstücke linker Theorie instrumentiert werden für die publizistische Unterstützung eines Bombenterrors, der wohl eine halbe Million Tote und Verletzte, vor allem unter der Zivilbevölkerung Iraks, schon nach 2/3 Wochen gefordert hat und damit in die Weltrangliste der Kriegsverbrechen und Massenmorde des 20. Jahrhunderts gehört.

Felicia Langer, die jüdische Rechtsanwältin, hat gesagt — in einem von der FR publizierten Interview —, die israelische Regierung mißbrauche für ihre Nahost-Politik ,,das Blut unserer Väter und Mütter''. Nicht wenige Linke hierzulande teilen diesen Mißbrauch, indem sie mit der Massenvernichtung in der Vergangenheit eine Massenvernichtung in der Gegenwart rechtfertigen und befürworten. Sie rechtfertigen damit auch die Verlagerung der Waffenexporte von der deutschen Industrie zur deutschen Armee, von Irak zu USA, England, Frankreich, Türkei, Israel als Empfängerländern und für den direkten voraussehbaren Einsatz — deutsche Bomben auf Bagdad als ,,linker Verantwortungspazifismus''?

Neben dem sittlichen fällt auch der politisch-pragmatische Aspekt dieser abstrusen ,,Argumentation'' auf ihre TrägerInnen zurück. Denn über 40 Jahre Unterdrückung des palästinensischen Volkes (...) waren zugleich über 40 Jahre Selbstbedrohung Israels durch sein politisches Establishment und durch alle, die diese potentiell selbstzerstörerische Politik öffentlich unterstützt haben — von der Springer-Presse bis zu manchen Linken. Wo waren alle diese offiziellen falschen und auch die linken zwangsneurotischen Israelfreunde, als es darum ging, das Friedensangebot der PLO von Algier 1988, die Sicherheit Israels und den Staat Palästina verbindend, in politische Praxis umzusetzen? Der erste Tag eines uneingeschränkt souveränen Palästina wird allererst auch der Tag sein, von dem an Israel wirklich in Frieden leben kann — im Unterschied zum National Security genannten permanenten Kriegszustand. (...)

Die Rechtfertigung der faktischen bundesdeutschen Beteiligung am Krieg gegen den Irak mit der Verantwortung vor dem Holocaust an den Juden ist eine schreiende Absurdität. Moshe Zuckermann in Tel Aviv schrieb in der Zeitschrift Babylon: die einzige, den jüdischen Opfern angemessene Haltung sei, für alle Opfer zu allen Zeiten einzutreten. Auf welchen Hund, frag man sich, ist Kritische Theorie bei einigen Linken gekommen? Adorno und Marcuse zumal haben, das ist in ihren Schriften und anhand der Adorno- und Marcuse-Archive zu zeigen, zu unterscheiden gewußt zwischen ihrer Dankbarkeit gegenüber dem Gastland USA, rechtem Anti-Amerikanismus und einer Kritik an der in den USA entfalteten konkreten Gestalt von Kapitalismus, die politischen Opportunitätserwägungen oder der Furcht vor den Konsequenzen eines rückhaltlosen theoretischen Denkens kein sacrificium intellectu bringt. (...)

Nicht allein theoretisch abstrus und politisch kontraproduktiv, sondern auch unglaublich provinziell ist dieser neudeutsche Anti-Amerikanismus-Vorwurf. Das verrät schon der Sprachgebrauch selbst, der das Zusammenfallen des geographischen Bereiches der USA mit Amerika unterstellt und darin wie selbstverständlich eine Ideologie mitschleppt, die etwa nach Darstellung von Eduardo Galeano oder Gregorio Selser in ca. 100 Jahren ca. 80 mal in Überfällen, Militärinterventionen oder covert actions gegen das übrige Amerika praktisch geworden ist. Anti-Amerikanisch ist dieser Anti-Antiamerikanismus selbst indem er der Ideologie einer Politik angehört, die sich gegen die Völker und Länder Amerikas zwischen Rio Grande und Feuerland richtet. Vielleicht können Leute, die so argumentieren, soweit sie noch theoretische Ansprüche an sich selbst haben, einmal die religionskritischen Fragestellungen von Marx, Freud, Nitzsche auf ihren Aberglauben an das auserwählte Goldene Kalb auf dem Capitol-Hügel anwenden. Das wäre ein Stück kreativer kritischer Theorie heute, statt sie zu tabuieren oder wie schlechte Schüler zu kastrieren.

In der Hilflosigkeit des linken Anti-Nazismus, nicht wegen der Verstocktheit alter und neuer Rechter allein oder scheinbarer Desorientierung von Bewegungen wie der augenblicklichen gegen den Nahostkrieg, sondern wegen der Spießigkeit, der Provinzialität, der unaufgearbeiteten neurotischen Symptomatik oder dem schlichten Opportunismus gegenüber den stärkeren Bataillionen bei einigen seiner derzeitigen Wortführer selber liegt ein ganz besonderer deutscher Hund begraben.

HELMUT THIELEN

Betr.: *links* Nr. 249

Liebe *links*-Redaktion, liebe Leute vom SB!

Ich verabschiede mich von Euch. Ich kann die Claussen' und Voss' nicht mehr verkraften. Die *links* hat sich aus der Diskussion um *die* Grundfrage unserer Zeit, die Entmilitarisierung der Politik, selbst verdrängt. Mit der weiteren Kultivierung der einst selbstgesetzten Dolchstoßlegende gegen die Friedensbewegung, sie sei antisemitisch, hat die *links* aufgehört, ein Dialogpartner zu sein. Perfide als politisches Kalkül war in Deutschland immer ein Privileg der Rechten. Und solange ich politisch noch etwas tun kann, wird es dabei bleiben.

KLAUS SCHLESIGER

Betr.: *links* Nr. 249

Die ,,zivile Gesellschaft'' frißt ihre Kinder

Beim Lesen der Februar-*links* habe ich mich manchmal ernsthaft gefragt, auf welchen Demonstrationen denn manche Autoren waren, daß sie soviel Schweineblut, Skelette, Irrationalismus, Antisemitismus und Antiamerikanismus wahrgenommen haben statt friedensdienlicher Forderungen nach Rüstungskonversion und gegen Rüstungsexport.

In einer Zeit, da die Bundesregierung und große Teile der veröffentlichten Meinung alles versuchen, ,,der'' Friedensbewegung die Schuld für Saddam Husseins mörderische Politik zuzuschieben, hätte ich doch ein differenzierteres Bild erwartet. (...)

In den Protesten gegen den Golfkrieg drücken sich eben alle Facetten dessen aus, was in den letzten Jahren an latenter Friedensbewegung, oppositioneller Bewegung in der BRD existierte. Die einzelnen Facetten können gerne einer kritischen Betrachtung unterzogen werden. Aber hinter mancher verallgemeinerter Kritik, wie sie in der *links* zu finden ist, scheint mehr zu stecken.

Was als Kritik zu akzeptieren ist, ist das lange Schweigen zu Israel bzw. zur von Saddam vorgenommenen Verknüpfung der Besetzung Kuwaits mit dem Problem Israel/Palästina. Aber soweit ich sehe, sprechen allenfalls ein paar unverbesserliche Antiimpis dem Staat Israel das Existenzrecht ab. Daß darin auch ein latenter Antisemitismus steckt, wird

LESERBRIEFE

wahrgenommen und auch diskutiert. Daß ,,die'' Friedensbewegung dem israelischen Volk gar eine berechtigte Angst abspricht, wie Detlev Claussen unterstellt, kann ich so nicht sehen. Wenn die Kritik der israelischen Politik in den besetzten Gebieten und der staatliche Umgang mit den Palästinensern als Befürwortung der Verknüpfung Kuwait/Israel, oder gar als ,,Selber-Schuld''-Vorwurf gesehen wird, so halte ich das für eine Unterstellung. Es ist sehr wohl möglich, die Palästinapolitik des Staates Israel zu kritisieren und für das Existenzrecht (was auch heißt Verteidigungsrecht) dieses Staates einzutreten. Das machen ja auch nicht wenige Israelis selber.

Des weiteren wird so getan, als ob der Krieg gegen den Irak die einzige Möglichkeit ist, um Israel zu schützen. Die innerisraelische Debatte um Ausgleich mit den Palästinensern wird damit quasi aufgegeben und zum politischen Randproblem gemacht, ein Ziel übrigens, das Saddam Hussein auch verfolgt mit seinen Angriffen auf Israel. Das Argument, daß jeder weitere Kriegstag noch weniger Frieden für Israel entstehen läßt, hat mir noch niemand schlüssig widerlegt. Ich finde es äußerst auffällig, daß diejenigen, die mitgeholfen haben, dem Irak die perfide Möglichkeit zu geben, *deutsches Gas* und andere Waffen gegen Juden zu richten, nun am lautesten ihre eigene Verantwortung abstreiten, von ihr ablenken und ihr schäbiges Gewissen mit schneller Militärhilfe beruhigen wollen. Immerhin sind das doch die gleichen politischen Kräfte, die ,,Bitburg'' inszeniert haben und die Entsorgung deutscher Vergangenheit betrieben.

In die öffenltiche Auseinandersetzung um den Golfkrieg scheint sich mir eine andere ,,linkage'' eingeschlichen zu haben. Israel wird als willkommener Grund genommen, diesen Krieg als gerechten zu weihen: ,,Weil Israel bedroht wird, mußt *du für diesen Krieg* sein!'' Das Gut/Böse-, Freund/Feind-, Schwarz/Weißschema, welches die Friedensbewegung so bestimmen soll (ach bitte: wer in ihr stellt die Politik Saddams als richtig hin?) bestimmt die öffentliche Debatte. Statt Erklärungsversuchen und Analysen ist Parteinahme gefordert: es wird nur noch am Rand erlaubt zu diskutieren, ob Krieg ein Mittel von Politik sein kann bzw. er wird als ,,unausweichlich'' inszeniert. Die Frage, mit der auch Linke uns in die Logik des Krieges hineinziehen, ist: Für wen ergreifst Du Partei? Auf welcher Seite der Front stehst Du? Einfach ,,Nein'' sagen, ist out. Und wenn nun der Platz ,,der'' Friedensbewegung genau *zwischen den Fronten* wäre? Wenn dies nun ein Konflikt ist, wo Linke keine Partei ergreifen können und auch nicht wollen?!

Tja dann, dann kommt der Irrationalismusvorwurf bzw. der des ,,naiven Pazifismus''. Wie weit sind wir denn eigentlich gekommen, daß eine Haltung, die keine Toten hinnehmen will, als naiv, irrational diffamiert wird? Haben also doch immer diejenigen recht, die in den KDV-Verhandlungen die gemeinen Fragen gestellt haben? Sind vernünftig-rational also doch die Herren der Militärmaschinerie, die Bomben mit ihren Autogrammen versehen? Fällt nicht, wer die Rationalität eines ,,begrenzten'' Krieges gegen Saddam (er hat seinen Bunker!) vertritt, auf die Ideologie herein, daß Krieg einem politischen Zweck unterordenbar bleibt? Diese Ideologie verdrängt systematisch, daß militärische Auseinandersetzungen eine Eigendynamik der Eskalation entwickeln. Das kann jede/r an diesem Krieg sehen — aber auch an den Erfahrungen mancher Befreiungsbewegungen.

Wie nett von Thomas Voß, daß er der Friedensbeweung ,,berechtigte Angst'' zugesteht (ich hab Wut und Trauer!) — aber selbst die läßt er nur zu wegen der furchtbaren Auswirkungen eines Krieges vor allem auf die Umwelt. Ihm täte das schlichte Nachdenken über den ethisch-moralischen Sinn und Unsinn von Mord und Totschlag sicher gut. Denn was bitte schön ist *falsch*, gar *schlimm* daran, an die Kaserne einer kriegsführenden Armee das Wort *Mörder* zu schreiben??? Ich erinnere mich da schwach an eine sogar gerichtliche Auseinandersetzung um ,,Soldaten sind potentielle Mörder'', die auch in der *links* Beachtung fand. Oder steht das Wort Mörder nur an der falschen Kaserne???

Ein weiteres Argument, das mich auf die Seite einer Kriegspartei ziehen will, ist das Argument, dieser Krieg sei ein Krieg der UNO, die legitimer Weise ein Gewaltmonopol zur Wiederherstellung der völkerrechtlichen Ordnung ausübt. Ich wüßte nicht, daß die UNO diesen Krieg beschlossen hat. Der UN-Sicherheitsrat hat eine Resolution verabschiedet, die militärische Zwangsmittel gegen die Besetzung Kuwaits ermöglicht, aber keineswegs notwendig macht. Daß inzwischen selbst der UNO-Generalsekretär bezweifelt, ob dieser Krieg noch im Sinne der UNO-Resolution ist, dürfte zu denken geben. Bei der Kriegsbefürwortung im Sinne der ,,Völkergemeinschaft'' (selber noch ein ideologischer Begriff, der reale Welt-Macht-Verhältnisse nicht gerade aufklärt) wird ja auch immer darauf hingewiesen, daß die Interessen der USA nur ,,angeblich'' imperialistisch sind. Das sei nur eine antiamerikanische Vereinfachung, ja Denunziation. Wer bitte, kann mir ernsthaft belegen, daß die Interessen der USA in diesem Krieg ganz uneigennützig-menschenrechtliche sind? Ich denke, sowohl Michael Klare in der Januar-*links* als auch Joachim Hirsch in der Februar-*links* haben Argumente gebracht, daß es der Fraktion der herrschenden Klasse in den USA, die sich mit dem Kriegskurs durchgesetzt hat, durchaus um die Sicherung einer politischen Führungsrolle der USA nach dem Ende des Ost-West-Gegensatzes geht. Die Visionen des Mr. President belegen dies auch — oder können seine Argumente nicht ernst genommen werden?

Besonders peinlich finde ich an diesem Punkt die Erklärung von Paul Ciupke u.a., die den ,,Antiamerikanismus'' mit dem Hinweis ins Feld führt, daß gerade die westdeutsche Oppositionsbewegung von der US-amerikanischen Bürgerrechtsbewegung gelernt hat, was Freiheit und Demokratie heißen kann. Richtig, von dieser Bewegung haben wir gelernt — aber werden die Träume dieser Bewegung jetzt mit diesem Krieg verteidigt??? Und waren die Anlässe, die Erniedrigungen und Konflikte, an denen sich diese Bewegung entzündet hat, nicht gerade auch Ausdruck dessen, was jetzt nur noch als ,,angeblicher'' Imperialismus durchgeht?

Was mir ebenfalls garnicht einleuchten will: Warum muß die Kennzeichnung der US-Politik und der Politik anderer westlicher Staaten als ,,imperialistisch'' zwangsläufig dazu führen, daß Saddam Hussein als ,,unschuldiger Dritter'' dasteht? Gibt es für Euch Imperialismus nur im Zusammenhang mit Anti-Imerpialismus? Also wiederum nur mit ,,Parteinahme''?

Und wieso wird der Begriff des ,,Antiamerikanismus'' eigentlich so unreflektiert übernommen? Die USA sind nur ein Teil Amerikas, eine Lektion, die jede/r deutsche Linke lernen muß, die/der mal in die USA kommt und dort mit AktivistInnen sozialer Bewegungen spricht. Zweitens wird so getan, als ob eine Kritik an der US-Regierung sich gegen eine ganze Kultur richtet, mit der sich eine Auseinandersetzung sicher lohnt; aber die wird gerade durch diesen Begriff verhindert. Drittens wird nicht gesehen, daß ,,Antiamerikanismus'' von hiesigen Regierungen und hegemonialen Gruppen immer auch als Kritik an ihnen verstanden wird — und das nicht zu Unrecht. Denn ihr ,,Amerikanismus'' ist die Befürwortung eines Modells gesellschaftlicher Entwicklung, welches soziale Ungerechtigkeit im Weltmaßstab wie national ebenso beinhaltet wie die systematische Zerstörung dessen, was gemeinhin als ,,natürliche Lebensgrundlagen'' bezeichnet wird. Der ,,Amerikanismus'' bundesdeutscher Politik war immer auch ein Mittel der Verdrängung des deutschen Faschismus. Daß viele Facetten von ,,Amerika'' auch eine kulturelle und politische Bereicherung für unsere Geschichte waren, ist ein anderes Kapitel.

Ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, daß es bei der Debatte um den Golfkrieg noch um eine andere Debatte geht, die an diesem Thema weitergeführt wird: die um die Verabschiedung linker Analyse und linker Kritik an gesellschaftlichen Verhältnissen. Die von vielen euphorisch begrüßte ,,zivile Gesellschaft'' frißt ihre Kinder derzeit mit den Mitteln militärischer Logik.

WOLFGANG VÖLKER

Wegen der Vielzahl der LeserInnenbriefe war es der Redaktion leider nicht möglich, erstens alle und zweitens alle hier vertretenen Stellungnahmen in voller Länge abzudrucken.

Für die Kürzungen bitten wir AutorInnen und LeserInnen um Verständnis.

Die Redaktion

THOMAS FERGUSON

Ökonomische Anreize des Krieges

Dieser Artikel aus „The Nation" wurde kurz vor dem 16. Januar 1991 geschrieben. Eine Aktualitätskorrektur hätte nur die Argumentation verzerrt. Der Titel hätte auch lauten können: Die ökonomischen und politischen Nachteile eines Nichtangriffes. Am Tag nach den Kongreßwahlen Anfang November erhöhte George Bush mit seinem Entschluß, massive Verstärkungen in die Golfregion zu entsenden, den Einsatz des Kriegsspiels dramatisch. Zwei Tage später widerrief er die geplante Rotation der bereits in Saudi-Arabien stationierten Streitkräfte. Aus „Wüstenschild" war „Wüstenschwert" geworden.

Will man verstehen, warum die Operation Wüstenschild gerade diesen und keinen anderen Verlauf genommen hat, muß man notwenidgerweise die Binsenwahrheit vorausschicken, daß sich die USA in der Region nur des Erdöls wegen engagiert haben — eine Behauptung, die der Wahrheit allerdings gerade so gefährlich nahe kommt, daß sie leicht in die Irre leiten kann. Selbstverständlich: Erdöl ist es, was den Nahen Osten so wertvoll macht. Aber es ist notwendig, die spezifische Form zu verstehen, in der diese Ressource in die Weltwirtschaft eintritt. So mancher Analytiker, insbesondere unter den rechten Republikanern, hat ganz richtig festgestellt, daß die nahöstlichen Ölfelder als Energiequelle für die Europäer und Japaner ungleich bedeutsamer sind als für die USA, woraus sie klar und kurz geschlossen haben, die Intervention der USA sei heller ökonomischer Wahnsinn, hieße sie doch nichts weniger, als ihren schärfsten Wirtschaftskonkurrenten eine Riesensubvention in den Rachen zu werfen.

Eine solche Argumentation ist simplistisch. Erstens deshalb, weil die konkurrenzlose Fähigkeit der USA, eine überwältigende Militärmacht in der Region zu entfalten, ihnen gleichzeitig beträchtliche Druckmittel für die Verhandlungen mit ihren Verbündten in die Hände spielt, zum Beispiel in der Frage des Zuganges zum europäischen oder japanischen Markt. Nicht weniger wichtig ist die offenkundige Tatsache, daß demjenigen, der eine dominierende Position in der Region erobern kann, wahrscheinlich auch eine Quasivollmacht über den Ölpreis erwirbt.

Noch mehr ins Gewicht fällt freilich, daß Ölverkäufe nach Japan und Europa ein finanzielles Surplus erzeugen. Diese überschüssigen Geldströme müssen irgendwohin fließen — als Ersparnisse, die dann zu einem bestimmten Preis investiert werden. Die überschüssigen Petrodollars der Nahoststaaten sind nicht mehr wie noch vor knapp einem Jahrzehnt der Amazonas des Weltkapitalismus (das sind heute die zumal im Verhältnis zu den USA erzielten Handelsbilanzüberschüsse Japans). Sie sind vermutlich nicht einmal mehr der Nil (das dürften die hübsch wuchernden Fonds der Deutschland GmbH sein). Aber den Golf kann man gewiß noch als den Mississippi der Weltwirtschaft bezeichnen, dessen Gewässer immer noch majestätisch nach New York und London fließen (wo die größten US-Banken — die derzeit Trübsal blasen müssen — Niederlassungen besitzen).

Obwohl die arabischen Investoren ihr Wertpapierportefeuille klug zu streuen verstehen, wird der Großteil ihrer Überschüsse immer noch über amerikanische und britische Finanzinstitute geleitet. Außerdem errechnen die arabischen Staaten den Ölpreis nach wie vor in Dollar — ein Faktum, das für die internationale Rolle des Dollars so viel bedeutet wie das Gravitationsgesetz dem Sonnensystem.

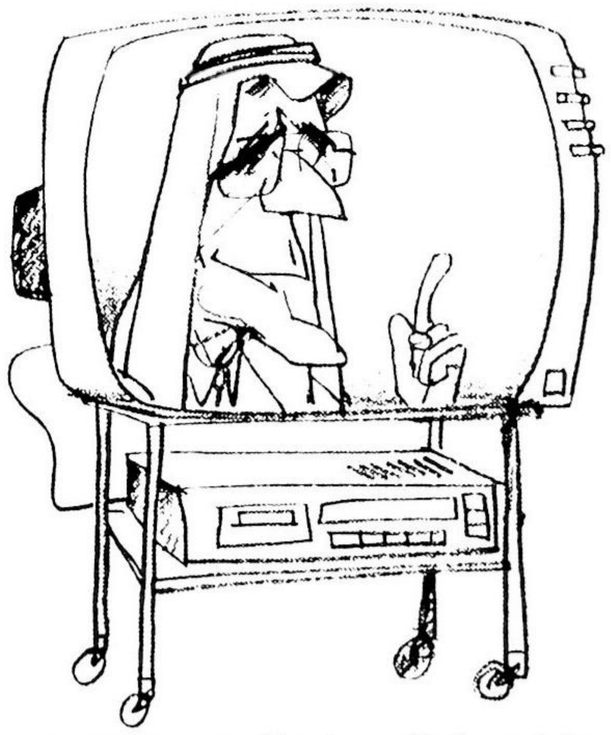
Weshalb die USA die nach Saddam Husseins Einmarsch in Kuwait vielerorts befürwortete Entsendung einer multinationalen Streitkraft an den Golf ablehnten, dürfte nun klar sein. In der realen Welt der 90er Jahre werden diejenigen, die die Ölfestung verteidigen, eine alle Träume Aladins übertreffende de facto-Kontrolle über den arabischen Schatz ausüben können. Immer mehr bedrängt durch die wieder emporstrebenden Wirtschaftsblöcke Europa und Japan, denken die USA und Großbritannien (jenes Land, das die Bush-Administration auf der ganzen Linie unterstützt) nicht daran, das Surplus zu internationalisieren.

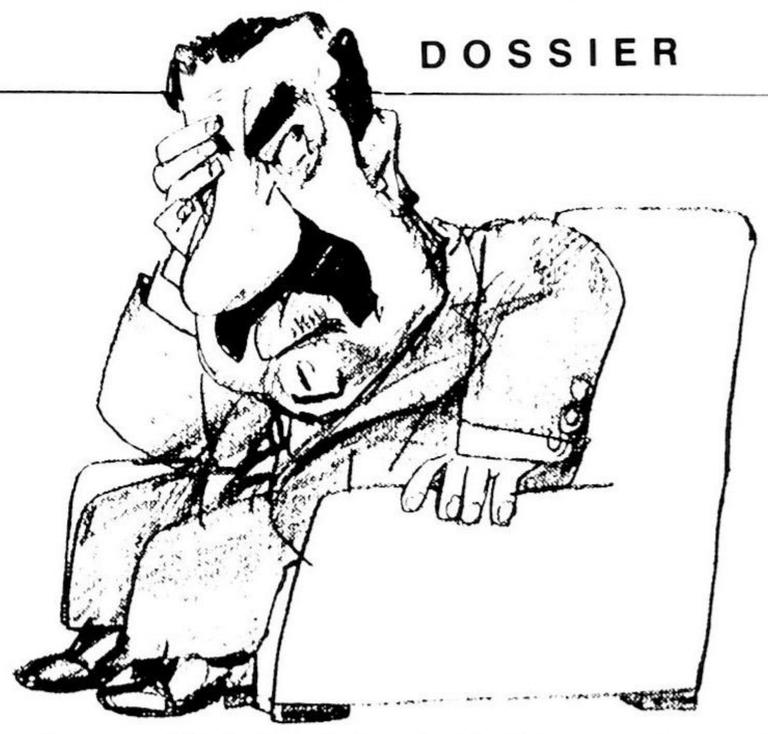
Einmal beschlossen, sich überhaupt einzulassen, war es für die Bush-Administration sinnvoll, entschlossen aufs Ganze zu gehen, denn nur ein paar Divisionen zu schicken, hätte die politischen Strukturen der Golfstaaten arg bedrängt, ohne den USA oder jenen Regierungen die erforderliche Power an die Hand zu geben, den eskalierenden Gefahren wirksam zu begegnen.

„Zeit ist Geld"

Dies führt uns direkt zu der Kernfrage und ihrer Beantwortung. Warum hat die amerikanische Regierung nicht versucht, Zeit zu gewinnen und die Sanktionen zur Wirksamkeit gelangen zu lassen? Die Antwort ist genauso schlicht wie ergreifend: Zeit ist Geld, echtes, hartes Geld, und gerade das — das wußte die Administration genau — hatte sie nicht.

Derzeit flattern die Kostenveranschlagungen für die Operation Wüstenschild umher wie Mücken im Laternenlicht. Nicht zuletzt deswegen, weil Kostenveranschlagungen Waffen in der politischen Debatte geworden sind. Gegner des Krieges können Pluspunkte sammeln, indem sie die Kosten hoch- und höherrechnen; Anhänger der Administration stapeln die Kosten tief. Aber zumindest die wahre Größenordnung der Kosten ist offenkundig. Bis zum 21. November schätzte das Washingtoner Informationszentrum für Verteidigung, daß die Operation Wüstenschild täglich 74 Mio. Dollar kostet (ca. 27 Mrd. Dollar jährlich). Nicht nur hat sich der Aufmarsch seitdem beträchtlich ausgeweitet (hinzu kommt, daß die Regierung offenbar für etliche kurzfristig abberufene Leistungen Zuschläge hinblättert), sondern unberücksichtigt bleiben bei diesen Rechnungen die milliardenhohen Entschädigungsauf-





PANCHO

wendungen für jene Drittweltländer, deren Volkswirtschaften durch die Krise schwer getroffen sind.

Es gab einmal eine Zeit, da die US-Wirtschaft solche Kosten vergleichsweise locker hätte wegstecken können. Aber heute steht die Bush-Administration vor einem noch nie dagewesenen Haushaltsdefizit, während zugleich die kolossale Zeche des Spar- und Darlehenskassendesasters, die Sanierung des Gesundheitsfürsorgesystems, die Entsorgung der Kernkraft- und sonstwie bedingten Umweltschäden zu zahlen sind. Und der Rosenkranz beistandswürdiger Bittsteller rankt sich um den ganzen Globus: bankrotte Städte, bankrottes Osteuropa, bankrottes Mittelamerika, verrottende Infrastrukturen, verrottetes Bildungsssytem, usw. Und all dem setzt die Krone auf: das Hinabgleiten der USA in die Rezession und das Tag für Tag an Land geschwemmte Strandgut aus dem Ozean der Finanzspekulation (einigen Großbanken kommt die Krise freilich zugute. Einige Firmen sind sich bekanntlich sehr wohl dessen bewußt, daß ein Freund der SAMA, der saudiarabischen Zentralbank, deren früherer Leiter David Mulford, heute Unterstaatssekretär für Finanzen, wahrhaft ein guter Freund ist. Solche ,,Gegenabhängigkeiten'' sind sicher dazu angetan, keimende Zweifel der Wirtschaftswelt hinsichtlich der US-Politik zu ersticken).

Nur wenige Tage vor Bush's dramatischer Ankündigung der Truppenverstärkungen, waren diese Sorgen mit voller Wucht ins Weiße Haus eingeschlagen. Beim größten politischen Desaster seiner Amtszeit verlor Bush daheim die Schlacht um das Budgetdefizit. Er und seine Berater konnten nunmehr sicher sein, daß Forderungen nach neuen Ausgaben oder neuen Steuern die eigene Partei spalten und seine Gallupprozente in den Keller absinken lassen würden. Zu diesem Zeitpunkt war der US-Regierung auch klargeworden, daß die Beiträge der Alliierten, die der politischen Brisanz wegen nicht offen verkünden können, wer welche Vorteile zu welchem Preis aus der Operation Wüstenschild bezieht, und deshalb so wenig wie möglich herausrücken, die Rechnung nicht annähernd begleichen würden. Damit blieben Saudiarabien, Kuwait und die Golfstaaten als einzige Finanzierungsquelle übrig. Weder die Saudis noch die Kuwaitis dürften ihre Beiträge aus einer stetigen Veräußerung ihrer Vermögenswerte finanzieren. Also muß die Finanzierung aus laufendem Einkommen erfolgen. Also muß die Bush-Administration dafür sorgen, daß der Erdölpreis hoch bleibt, um nicht wieder den Gang nach Canossa, zum Kongreß also, antreten zu müssen. Dieses Ziel erreichte sie einfach dadurch, daß sie allen Vorschlägen, den Ölmarkt durch die Freigabe bestimmter Mengen aus der strategischen Ölreserve zu beruhigen, eine Absage erteilte.

Auf lange Sicht kann dies nun keine Lösung sein. Obwohl noch jedesmal die Ölpreise bei heraufziehender Kriegsgefahr in die Höhe schossen, ist auf dem Weltmarkt Erdöl im Überfluß vorhanden, weshalb die langfristige Preistendenz fallend ist.

Die volle Tragweite des Dilemmas, dem sich die Administration gegenübersah, ist klar. Daß die Kritiker im Land und die Verbündeten in Europa und Japan empfahlen, die Streitkräfte einfach ein halbes Jahr oder länger in der Wüste stehen zu lassen, wurde in Washington zwar durchaus als vernünftig betrachtet, aber eben nur von deren eigenen Prämissen aus. Der Standpunkt, von dem aus Washington das Problem stellte, war: Wer wird bereit sein zu zahlen, wenn die Kosten immer größer werden? Daß die Allianz über längere Zeit ,,zusammenhalten'' würde, hielt die Administration für ausgeschlossen; sie entschloß sich fürs Draufgängertum. In einem Artikel zur bevorstehenden Haushaltsfrage stellte *The Boston Globe* Anfang Janauar fest: ,,Die Administration räumt ein, daß ihre Haushaltsansätze eine schnelle, saubere Lösung des Golfkonfliktes voraussetzt, vermutlich bis März, und gesteht ein, daß, sollte es irgendwie anders kommen, die wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Landes sich verschärfen werden.''

▶ Wenig Hoffnungsvolles ◀

Was bedeutet nun die imperative Tatsache, daß Zeit Geld ist, und wer Zeit gewinnen will, reelles Geld einsetzen muß, für die Friedensinitiativen? Nichts sonderlich Hoffnungsvolles. Der Schlußtag vom 15. Januar braucht nicht automatisch zum Schußtag zu werden. Kein Finanzzwang ist so unerbittlich, daß die Frist nicht einige wenige Wochen oder gar Monate gedehnt werden könnte, indem man die zusätzlichen Kosten einfach in dem Defizit verstaute. Aber wenn die USA über eine längere Zeit Kriegshandlungen vermeiden wollen, müssen andere gefunden werden, um die Zeche zu zahlen. Hier war nun ein kleiner Hoffnungschimmer erkennbar. Während eines Besuches von Vize-Präsidenten Dan Quayle in Nahost, berichtete die *New York Times*, würde er die Saudis und die Kuwaitis um mehr Geld bitten, ,,da es wahrscheinlich sei, daß die amerikanischen Streitkräfte länger als ursprünglich angenommen am Golf bleiben müßten''.

Zum anderen: der Ölpreis fällt. Hinzu kommt, daß sowohl den Saudis als den Kuwaitis und den anderen Golfstaaten gewiß sehr an einem baldigen Rückzug der Amerikaner gelegen ist, weshalb ihnen umgekehrt wenig daran gelegen ist, unbefristete Verpflichtungen für zusätzliche Kosten zu übernehmen (diese Einschätzung läuft darauf hinaus, daß auch sie mit einem ,,netten, schnellen, kleinen Krieg'' rechnen). Das wollen wahrscheinlich auch Japan oder die EG nicht; statt dessen werden ihre Lippen Frieden bekennen, so lange wie nur möglich, das heißt: bis sie draufblechen müssen. In dem Augenblick, wo sie dies tun müssen, dürften sie sich unter die Obhut der USA begeben (,,um das Bündnis zu wahren'') ... und die Zähne blecken.

Können die Iraker die Katastrophe verhindern? Etwa indem sie sich teils oder ganz aus Kuwait zurückziehen? An diesem Punkt wird die Kosten-Nutzen-Analyse des Unternehmens Wüstenschild so recht zum Omen, so ominös. Die Amerikaner halten dafür, daß die irakische Armee und vielleicht auch Saddam und seine Nuklearprojekte einfach außer Betrieb gesetzt werden müssen. Es kann nicht angehen, daß die amerikanischen Streitkräfte diesen langen ,,Weg'' zurückgelegt hätten und die amerikanische Regierung dieses viele Geld ausgegeben hätte, damit der irakische Dikatator seelenruhig zurück über die Grenze spaziert, falls sie wieder abzuziehen bereit wären.

Aus dieser Sicht wird verständlich, wieso frühe Presseberichte die am meisten diskutierte Kompromißmöglichkeit, nämlich ein gerade vor Ablauf des Ultimatums erfolgender Rückzug aus Kuwait, als ,,Alptraumszenario'' beschrieben. Diese Möglichkeit, die Präsident Bush und prominente Investmentbanker öffentlich zurückwiesen, ist mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit einer der Gründe, weshalb die Administration so eifrig bemüht war, den Ablauf der Verhandlungsfrist vorzuverlegen. Aus innenpolitischen Gründen kann Saddam vermutlich keinem vollständigen Rückzug zustimmen, wenn er auch Neigung dazu verspüren sollte. Aber wenn das reale Problem seine Armee ist, wäre sogar der vollständige Rückzug kein hinreichender Grund zur Vermeidung des Kriegs.

Und weiter: Eine Friedensregelung brächte Kuwait und Irak zurück auf den Ölmarkt, und wäre es nur, um den Irak seine Schulden an die EG und andere abtragen zu lassen. Doch wie der Vorsitzende der OPEC voriges Jahr bemerkte, würde dies den Ölpreis erheblich senken, und wenngleich die Saudis durch eine Drosselung der Produktion dem teilweise abhelfen könnten, gingen ihre Einnahmen zurück und erhöhten damit den Druck für einen baldigen Rückzug der US-Truppen. ■

(aus dem Amerikanischen übersetzt von Bob Detobel)

JAMES O'CONNOR

US-amerikanische Kriegspolitik am Golf

US-amerikanische Kriegspolitik am Golf — Warum? Und warum jetzt? Das sind akademische Fragen, die wohl erst lange nach dem Krieg von Historikern beantwortet werden können, die Zugang zu den Archiven des Innenministeriums, des Pentagon und anderer Institutionen haben. Dennoch handelt es sich dabei auch um durchaus praktische Fragen. Schließlich hängt die Strategie der Antikriegsbewegung gegen diesen Krieg (und zur Verhinderung zukünftiger Kriege) von ihrer Theorie des Krieges ab. Deshalb müssen bereits heute Antworten auf diese Fragen, wenn auch nur unzulänglich und mehr in Form einer Annäherung gefunden werden.

Geht es in diesem Krieg um kollektive Sicherheit? Um amerikanischen Imperialismus? Um Öl? Um die Stabilität der Weltwirtschaft? Oder um was sonst? Als erster Schritt zur Beantwortung dieser Fragen ist ein Exkurs in die amerikanische Politik notwendig.

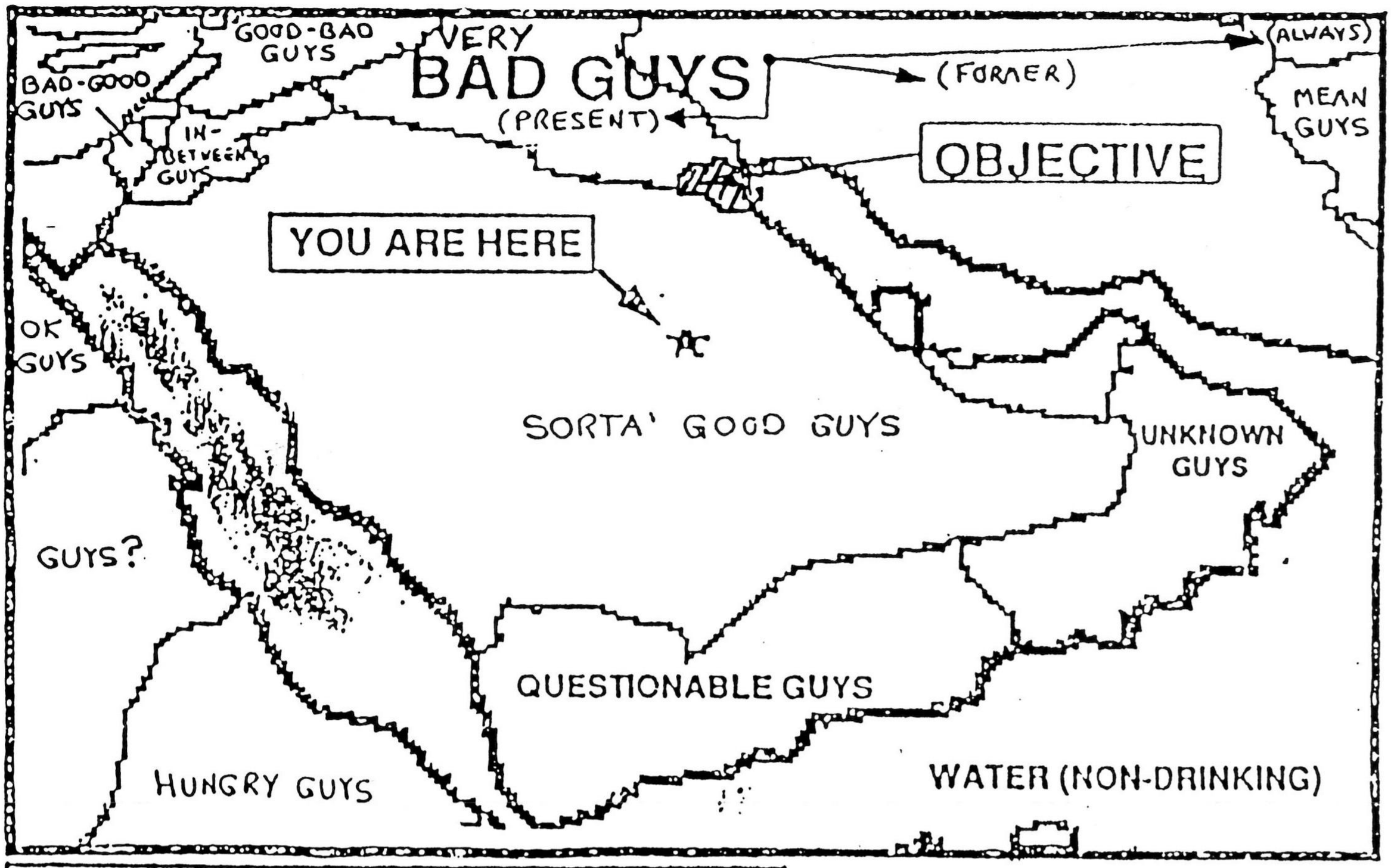
James O'Connor ist Professor für Politologie an der University of California in Santa Cruz.

Die amerikanische Politik wird beherrscht von dem Konflikt zwischen überseeischer Expansion und radikaler innerer Reform — „radikal" weil die Expansionisten oftmals oberflächliche Reformen durchgeführt haben, um breite Unterstützung für die Idee des Empire zu gewinnen, wenn es ihnen nicht gelang, Reformen durch expansionistische Politik zu umgehen. Dieser Konflikt enthält viele Dimensionen. Eine davon ist eine wirtschaftliche Expansionspolitik gegen die Umverteilung des Kuchens. Andere Dimensionen sind Militärstaat gegen Wohlfahrtsstaat (nach Bristow Hardin ist das Militär der amerikanische Wohlfahrtsstaat: Kern der amerikanischen Keynesianischen Wirtschaftspolitik waren die Militärausgaben), eine weiße männliche Machtstruktur gegen Multikulturalität, Zentralisation gegen Dezentralisation und breitere Teilhabe an politischer und wirtschaftlicher Macht, eine vom Öl abhängige Ökonomie gegen sanfte Energie und Umweltschutz, Privatverkehr gegen öffentliche und alternative Transportmöglichkeiten, Ungleichheit gegen Gleichheit, ein kolonialistischer, rassistischer Diskurs gegen die „Zelebration der Differenz", ein imperiales Präsidentenamt gegen eine republikansiche Regierungsform. Dies sind einige der „Knackpunkte" an den wichtigsten Grenzlinien zwischen sozialen Klassen, Rassen und Geschlechtern. Jeder „Knackpunkt" unterliegt sowohl seiner eigenen Logik als er auch Gegenstand der alles umspannenden Logik des Konflikts zwischen äußerer Expansion und radikaler innerer Reform ist.

Der Kampf gegen den Expanionsismus und den Militarismus und für den Frieden ist gleichzeitig ein Kampf für radikale Reformen in den USA, wie denn der Kampf für innere Reformen auch ein Kampf gegen Weltmachtanspruch und Kriegspolitik ist. Das heißt, daß eine allgemeine Unterstützung des von Amerika angeführten Kriegs gegen den Irak die Chancen auf innere Reformen auf Jahre hinaus verunmöglichen kann. Die USA als ein expansionistischer Staat von Kriegern, der das Militär als tugendhaftesten Teil der Gesellschaft feiert und Konsum als Ersatz für Reformen anbietet, ist eine durchaus reale und bedrohliche Zukunftsperspektive.

Der Weg in den Expansionsimus

Nach dem Ersten Weltkrieg waren politische als auch Wirtschaftsführer in den USA und Europa davon überzeugt, daß die Zukunft auf dem Öl basieren würde. Aufgrund dieser simplen Tatsache etablierten die Siegermächte eine strenge politische Kontrolle



DESERT SHIELD SITUATION MAP
SPECIFICALLY TAILORED
FOR COLONELS OF INFANTRY

Diese Darstellung stammt von GIs und wurde Angehörigen in USA und Europa von Saudi-Arabien aus zugesandt.

über den Nahen Osten. Diese hegemoniale Stellung war auch zwischen den beiden Weltkriegen nie ernsthaft gefährdet. Der wirtschaftliche Boom nach Ende des Zweiten Weltkriegs trieb den weltweiten Bedarf an Öl in bisher nie dagewesene Höhen. Urbanisierung und schneller sozialer Wandel, die wirtschaftliche Entwicklung, kurze, fehlgeschlagene Versuche arabischer Einheit, neu entstandene Arten von Nationalismus, die die alten und neuen Formen des israelischen und palästinensischen Nationalismus einschlossen, und regionale Machtkämpfe waren die Ursachen für die nun permanente Krise im Nahen Osten. Amerikanischer und europäischer Einfluß und Kontrolle in dieser Region wurden zunehmend problematisch.

Zu Ende des Zweiten Weltkriegs erbten die Vereinigten Staaten die geschlagenen und zerfallenen Empire der Achsenmächte und der Alliierten. Ohne nennenswerte Diskussion entschied sich die amerikanische Politikerklasse im Zusammenhang mit einer weltweiten antikommunistischen Politik für den Weg des Expansionismus. Mit der Übernahme der Rolle des Weltpolizisten konnten die USA innere Reformen beiseite schieben. So wurde der natonale Sicherheitsstaat, der die National Security Agency, den CIA, das Pentagon, den militärisch-industriellen Komplex und das Präsidentenamt umfaßte, zur dominierenden Institution der USA.

Trotz des Verlustes von China (1949) und Kuba (1959) konnte sich die anglo-amerikanische Vorherrschaft in den meisten Teilen der Welt erfolgreich durchsetzen. Erreicht wurde das einerseits dadurch, daß die USA die reaktionärsten politischen Strömungen in den Ländern unterstützten, die sich bereits vom Kolonialismus befreit hatten, dazu gehörten Griechenland, die Philippinen, Guatemala und der Iran. Korea stellt in diesem Zusammenhang sozusagen einen Modellfall dar: Amerika verbündete sich mit den Koreanern, die im Süden mit der japanischen Besatzungsmacht kollaboriert hatten, gegen das nördliche Korea, das Widerstand gegen die Okkupation leistete. Auf der anderen Seite wurde die amerikanische Hegemonie dadurch durchgesetzt, daß die USA in Ländern und Regionen, die wie z.B. Indonesien und Westafrika dabei waren, sich von der Kolonialherrschaft zu befreien, als Freund der jeweiligen progessiven Kräfte auftraten.

Allerdings drohte diese Struktur einer von Amerika dominierten Weltpolitik durch den Krieg und die Niederlage in Vietnam zu zerbrechen. Darüberhinaus wurde der nationale Sicherheitsstaat durch folgende Ereignisse bedroht: den Watergate Skandal, die Enthüllungen über die Arbeit des CIA, das „Vietnam-Syndrom", die erfolgreichen Befreiungskämpfe in den südafrikanischen Frontstaaten, das Ende des Faschismus in Spanien und Portugal und das Aufblühen des Eurokommunismus.

Gleichzeitig verschlechterte sich in den 70er Jahren die wirtschaftliche Situation der USA. Die Weltwirtschaft befand sich in einer Rezession. Ein Grund dafür war die Ölkrise von 1973. Diese war Ausdruck sowohl der geschwächten europäisch-amerikanischen Kontrolle über den Nahen Osten als auch der neuen wirtschaftlichen Unabhängigkeit vieler wichtiger ölexportierender Staaten. In ihrer Folge machten sich vielfältige ökonomische Probleme bemerkbar. Auf den in- und ausländischen Märkten nahm die nordostasiatische Konkurrenz gegen die USA zu. Eine neue wirtschaftliche Konfiguration, die sog. Stagflation, verunsicherte die Ökonomen. Am Ende des Jahrzehnts versetzte die Hyperinflation die Banken- und Finanzkreise in Angst und Schrecken.

„Militärischer Keynesianismus"

Am wichtigsten aber war die Tatsache daß weltweit die Wachstumsrate des Warenbedarfs fiel. Die Wirtschaft reagierte auf diese Krise mit der radikalen Senkung der Produktionskosten, um ihre Profite zu retten. Besessen von dem Wahn, die Produktivität zu steigern und die Inflation zu bekämpfen, unterstütze die Wirtschaft die geplante Rezession der Jahre 1981 und 1982, woraufhin die Reallöhne weiter sanken und die Arbeitslosigkeit anstieg. Die Strategie der Senkung der Produktionskosten, die das

wirtschaftliche Krisenmanagement verfolgte, ließ ein weiteres Absinken des Bedarfs an Waren und Dienstleistungen befürchten, was die logische Konsequenz sinkender Reallöhne, der Arbeitslosigkeit, der Bankrotte kleiner Unternehmen und einer zunehmenden Krise der Landwirtschaft ist. Da allerdings die Expansionisten an der Regierung waren, standen weder eine Reformpolitik oder eine Umverteilung von Vermögen und Einkommen noch eine Erhöhung der Arbeitslöhne, die alle den Bedarf hätten ankurbeln können, zur Debatte.

Stattdessen wurde folgende Politik durchgesetzt: Während die Wirtschaft die Produktionskosten niedrig hielt und damit die Inflation kontrollierte, vergrößerten die Bundesbank und die anderen Finanzinstitute das Kreditvolumen (und damit letztlich die Schulden) in einem Ausmaß, wie es in der Geschichte des Kapitalismus bis dahin noch nicht vorgekommen war. Durch die Kredite, mit denen die Konsumenten, die Wirtschaft und auch die Regierung ihre Ausgaben finanzierten, wurde der effektive Waren- und Dienstleistungsbedarf in die Höhe getrieben. Die Kredite (und damit die Schulden) der Verbraucher stiegen in Relation zu ihren Einkommen auf eine nie zuvor dagewesene Höhe. Aber auch die Wirtschaft und die Regierung liehen im Verhältnis zu ihrem Kapital bzw. Einkommen mehr Geld als je zuvor und häuften so einen immer größer werdenden Schuldenberg an, wobei der US-Haushalt und die Staatsverschuldung von Japan und Europa abgesichert wurden.

Während Konsumzwang, Spekulation und Gier dazu führten, daß die Verbraucher immer höhere Kredite und die Wirtschaft größere Anleihen aufnahmen, betrieben die nationalen Sicherheitsexperten unter der Führung von Ronald Reagan eine immense Staatsverschuldung, indem sie einen „militärischen Keynesianismus" durchsetzten. In den USA wie auch in anderen Ländern wuchsen die Militärausgaben doppelt so schnell wie die zivilen Ausgaben. Zur Ankurbelung der Nachfrage bei sinkenden Reallöhnen einerseits und vor dem Hintergrund der weltweit schwindenden „Glaubwürdigkeit" der USA andererseits, förderte die Regierung ein militärisches Wachstum, dessen ständig steigenden Bedarf sie selbst decken mußte. Folglich wurden Gelder für nationale Sozialprogramme eingefroren. Da auch die Haushalte der Kommunen zusammenbrachen, konnten nicht einmal lokale Reformen durchgeführt werden.

Mit dem Ende des Kalten Krieges, dem Abflauen der Befreiungskämpfe in den Ländern der Dritten Welt und dem Triumph der „freien Marktwirtschaft" im Süden und in vielen sozialistischen Ländern verloren der amerikanische Sicherheitsstaat und der militärisch-industrielle Komplex ihre grundsätzliche „Rechtfertigung". Im Gegensatz zu den 70er Jahren begannen zwischen 1989 und 1990 liberale Demokraten, Umweltschützer, Feministinnen, Gruppierungen für den Umbau des militärischen Komplexes und zahlreiche andere Reformer, das nun entstehende politische Vakuum zu füllen. Viele regionale und lokale Regierungen, die finanziell runiniert waren, bekannten sich inzwischen zur Reformpolitik. Ein Wunsch nach Isolationismus breitete sich aus, und zum ersten Mal seit Ende der 60er Jahre schienen innere Reformen sowohl auf der sozialen wie auch auf der wirtschaftlichen Tagesordnung zu stehen.

Währenddessen sahen sich die Manager des nationalen Sicherheitsstaates, das Pentagon und die Bastionen expansionsorientierter weißer männlicher Macht und Privilegien im Finanz- und Wirtschaftswesen und in der Industrie nach Wegen zur Wiederherstellung ihrer Macht und zur Unterdrückung von Reformideen um. Schließlich hatten sie nicht nur ihre Raison d'être verloren, sondern waren auch mit einem Verlust an Glaubwürdigkeit konfrontiert, der selbst durch die Invasionen in Grenada und Panama nicht wettgemacht werden konnte. So gab es eine ausreichende Motivation für die Kriegspolitik. Auch die Waffen — Ergebnis der hochtechnologischen Aufrüstung der 80er Jahre — standen bereit. Man mußte nur noch auf eine passende Gelegenheit warten. Die bot der irakische Angriff auf Kuwait.

Öl und Krieg

Von 1985 bis 1986 fielen die Ölpreise von 27 auf 15 Dollar pro Barrel. Der Grund dafür war, daß Saudi Arabien, um den noch gegen Iran Krieg führenden Irak zu schwächen, seine Ölförderung mehr als verdoppelt hatte. Um trotz sinkender Preise ihre Öleinkommen stabil zu halten, folgten andere Länder dem saudi-arabischen Beispiel. 1990 stabilisierten sich die Ölpreise auf ungefähr dem Niveau, das sie vor der Ölkrise von 1973, als die Raffinerien fast ihre ganzen Kapazitäten auslasten konnten, gehabt hatten. Die USA, Japan und auch Europa waren beglückt über die fallenden Ölpreise, die die Wachstumsmaschine der fortgeschrittenen kapitalistischen Länder in Gang hielten. Japan und Südkorea importieren 70 % ihres Öls aus dem Nahen Osten und zwar vorwiegend aus Saudi Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten; nur 11 % kommen aus dem Irak und Kuwait. Auch Deutschland und die kontinentalen EG-Staaten beziehen den größten Teil ihres Rohöls aus dieser Region. Die Ölimporte der USA sind von 1983 bis 1990 kontinuierlich angestiegen. Im ersten Halbjahr 1990 machten sie bereits 50 % des Gesamtbedarfs aus. 50 % des importierten Öls kommen aus dem Nahen Osten (18 % aus Saudi Arabien, an zweiter Stelle liegt der Irak mit 7 %, aus dem 1980 noch gar kein Öl bezogen wurde). Nicht nur die USA, sondern die ganze Welt ist immer abhängiger vom Öl geworden.

Während die Ölpreise fielen, zeichnete sich gegen Ende des irakisch-iranischen Krieges ein neuer Interessenkonflikt zwischen Irak und Kuwait ab. Aufgrund des Verhältnisses von Ölfördermenge zur Bevölkerungszahl konnte Kuwait den größten Teil seiner Öleinkünfte im Westen investieren. In den Jahren 1986 und 1988 überstiegen Kuwaits Einkünfte aus ausländischen Investitionen sogar seine Öleinkommen. Kuwait vertritt deshalb die Interessen eines industrie-kapitalistischen Rentnerstaates. Es hat also ein besonders starkes Motiv, die westliche Wirtschaftswachstumsmaschine durch die Erhöhung seiner Ölförderung und die Senkung der Ölpreise zu schmieren. Im Gegensatz dazu sieht das Verhältnis von Ölfördermenge und Bevölkerungszahl im Irak wesentlich ungünstiger aus. Deshalb investierte der Irak seine Öleinkommen vorwiegend in die eigene wirtschaftliche Entwicklung und soziale Einrichtungen wie auch in den Ausbau seines militärischen und Sicher-

heitsapparates. Irak muß also ein besonderes Interesse an hohen Ölpreisen haben. Diese in die Höhe zu treiben, versuchte der Irak auch Anfang 1990, indem er die Ölproduzenten am Golf zu einer Senkung der Fördermenge zu überreden versuchte.

Zur gleichen Zeit verlangte Kuwait die dem Irak während des Kriegs mit Iran gewährten Kredite zurück. Verhandlungen zwischen den beiden Staaten blieben ergebnislos. Die Auseinandersetzungen über die Schuldenfrage, der Konflikt hinsichtlich der Ölpolitik und der Anspruch auf den Zugang zum Golf waren dem Irak Grund genug, der aus seiner Sicht unzumutbaren Unnachgiebigkeit und der servilen Haltung Kuwaits gegenüber dem Westen ein Ende zu setzen. Darüber hinaus hatte der Irak schon lange versucht, eine von den USA und Europa unabhängige Vormachtstellung in der Golfregion zu erlangen. Iraks Waffe, die kriegserfahrene Armee, stand bereit. Es brauchte nur noch einen Anlaß, Kuwait überfallen zu können. Den lieferte ironischerweise die unverantwortliche Diplomatie der USA.

Seit dem Aufleben des arabischen Nationalismus gab sich die amerikanische Außenpolitik im Nahen Osten verwirrend und widersprüchlich. Sie war gekennzeichnet durch eine laxe Führung, durch Konflikte zwischen den verschiedenen Regierungsagenturen und einen etwas lockeren Umgang mit Waffen. Hier sei nur an den Libanon-Konflikt von 1981/82 und die Iran-Contra-Affäre 1986-1988 erinnert. Konfusion und Verantwortungslosigkeit wurden auch in den irakisch-kuwaitischen Konflikt hineingeschleppt, insbesondere im Hinblick auf das Ausmaß von Verpflichtungen, das die USA gegenüber Kuwait übernommen hatten. Auf die Frage des demokratischen Abgeordneten Lee Hamilton, Vorsitzender des Unterausschusses für Auswärtige Angelegenheiten im Nahen Osten, ob die USA im Falle eines irakischen Angriffs Truppen nach Kuwait entsenden würden, versicherte Ende Juli 1990 John Kelly, Staatssekretär für den Nahen Osten und Südostasien, daß die USA gegenüber Kuwait keine vertraglichen Verpflichtungen hätten. Bereits einige Tage zuvor hatte Margaret Tutwiller, Sprecherin des State Department, ähnliches behauptet. Zur gleichen Zeit verkündete allerdings der amerikanische Verteidigungsminister Dick Cheney, daß die USA durchaus ein Verteidigungsabkommen mit Kuwait getroffen hätten. Ganz offensichtlich gab es hier Meinungsverschiedenheiten zwischen dem State Department und den Führern des nationalen Sicherheitsapparates. Daraus konnte Saddam Hussein nur schließen, daß die Amerikaner über seinen Konflikt mit Kuwait entweder verwirrt oder uneinig waren.

Daraufhin überfiel der Irak Kuwait mit der massierten Kraft seiner Armee. Die anfängliche Entsendung von Truppen zur Verteidigung Saudi Arabiens wurde allgemein unterstützt und kann als eine multinationale Aktion betrachtet werden. Das trifft auch auf den internationalen Boykott des Irak zu. Dann aber brachten die USA einige Mitglieder des UN-Sicherheitsrats durch Zwang und Bestechung dazu, für das Auslaufen des Ultimatums am 15. Januar zu stimmen. Heute ist es offensichtlich das Ziel der USA, das irakische Waffenpotential zu zerstören und Saddam Hussein zu stürzen — Ziele, die nur wenige amerikanische Alliierte unterstützen. Das ist der eine Grund, warum Bush diese Kriegsziele nicht früher publik machte. Der andere liegt darin, daß die Amerikaner über die Frage nach Unilateralismus oder Multinationalismus in zwei Lager geteilt waren. Eine im August bis November durchgeführte Analyse von 600 Meinungsbeiträgen und Editorials führender amerikanischer Zeitungen zeigte, daß

Unilateralismus versus Multinationalismus

nur ein Viertel für einen Alleingang am Golf waren, etwa ein Drittel ein multilaterales Vorgehen befürwortete und ein weiteres Drittel eine isolationistische Position bezog. Zumindest bis der UN-Sicherheitsrat das Ultimatum auf den 15. Januar festlegte, wurde eine Kriegspolitik, die Kuwait gewaltsam zu „befreien" und den Irak als eine wichtige Macht der Region auszuschalten gedachte, nur von wenigen Amerikanern unterstützt. Bushs Strategie bestand nun darin, die Multilateralisten für sich zu gewinnen und die Isolationisten zu isolieren, um so das Umfeld für eine einseitige Kriesgpolitik herzustellen.

Hier stellt sich die Frage, warum die amerikanische Politik unilateral ist, auch wenn sie in multinationaler Verkleidung auftritt. Um das erklären zu können, muß man die spezifischen Wege verstehen, auf denen der Ölreichtum in den Weltwirtschaftskreislauf gerät *(Hier verweist der Autor auf die Erklärungen von Thomas Ferguson in dieser Nummer, die er zum größten Teil für unzutreffend hält. Die Übers.)*: Der Ölpreis wird in Dollar berechnet, und der größte Teil der Öleinkommen wird durch die amerikanischen und britischen Finanzinstitute in Umlauf gebracht. Das bedeutet, daß die Überschüsse aus dem Ölgeschäft von großer Bedeutung für die Aufrechterhaltung des Dollar als weltweite Leitwährung sind und damit den Anschein aufrechterhalten, die USA seien die größte wirtschaftliche Macht. Das wiederum beinhaltet, daß die britischen und amerikanischen Finanzinstitute auch in Zukunft über ein unglaubliches Profitpotential verfügen.

Die anglo-amerikanische Allianz hatte somit zwei wichtige Motive dafür, eine Internationalisierung des Golfkriegs zu verhindern, die ja auch eine Internationalisierung der Ölprofite bedeutet hätte. Das erste besteht darin, die Macht der amerikanischen und britischen Banken in einer Welt zu wahren, deren zehn größte Banken japanische sind. Das zweite Motiv ist die Aufrechterhaltung des Dollar als Leitwährung, wodurch die amerikanische wirtschaftliche Macht größer wirkt, als es ihre reale ökonomische Stärke rechtfertigen würde. Somit erscheint die Kontrolle über die Öleinkommen wesentlich wichtiger zu sein als die Kontrolle über die Ölpreise. Gegenüber den an Kapital reichen Deutschen und Japanern scheint das eine für die an Kapital armen Briten und Amerikaner sinnvolle Position, insbesondere da diese Geld und Leben investieren, um den Irak davon abzuhalten, ein unabhängiges subimperialistisches Land zu werden.

Die Expansionisten haben den Krieg dazu genutzt, die politische Initiative zurückzugewinnen: der Weltmeister im Schwergewicht beweist, daß er jeden leichtgewichtigen Herausforderer k.o. schlagen kann. Allerdings werden die „schlauen Bomben", die im Golfkrieg eingesetzt werden, nicht zur Ausbildung unserer Jugend beitragen, noch werden sie den Analphabetismus bekämpfen. Die Straßen, die wir in Saudi Arabien bauen, können nicht nach West Virginia reimportiert werden. Die mit Hochtechnologien ausgerüsteten Flugzeuge können nicht in Software umgewandelt werden, mit der die Verkehrsplanung und der Umweltschutz in den USA verbessert werden könnten. Die Medikamente, die gegen chemische und biologische Waffen entwickelt wurden, richten nichts aus gegen AIDS und Krebs. Die Feminisierung der Kämpfe im Golfkrieg wird weder das Problem der Kinderversorgung noch das der Feminisierung der Armut lösen. Der überdurchschnittlich hohe Einsatz schwarzer Soldaten an der Front wird keinen Einfluß auf den Kampf gegen den Rassismus in den USA haben. Dazu wird nun auch keinesfalls die Tatsache beitragen, daß dies ein Krieg ist, der von weißen Politikern und Generälen angeordnet wurde, um die Araber und ihr Land zu vernichten. Die unglaubliche Arbeitskraft, die in der Golfregion eingesetzt wird, kann nicht für die Wiederherstellung Amerikas benutzt werden. Und die Milliarden, die für militärische Transporte, Ausrüstungen und Waffen ausgegeben werden, fehlen inländischen Reformprogrammen.

Auch wenn es sehr unterschiedliche Meinungen darüber gibt, wie man diesen Krieg beenden, zukünftige expansionistische Kriege verhindern und für radikale innere Reformen kämpfen kann, so ist doch eines von zentraler Bedeutung. Im Sinne von sozialen Veränderungen im Land muß als erster der nationale Sicherheitsstaat abgebaut werden. Dazu ist die Konfrontation mit dem Expansionismus an allen seinen „Knackpunkten" erforderlich: Arbeiter und Umweltschützer gegen die kapitalistischen Machtstrukturen, Schwarze und Frauen gegen weiße männliche Dominanz und Privilegien, alternative Energien gegen das militärisch-industrielle Komplex, Demokratie gegen ein imperiales Präsidentenamt, die Friedensbewegung gegen das Pentagon und seine Verbündeten. ■

(Übersetzung aus dem Amerikanischen von Eva-Maria Krampe)

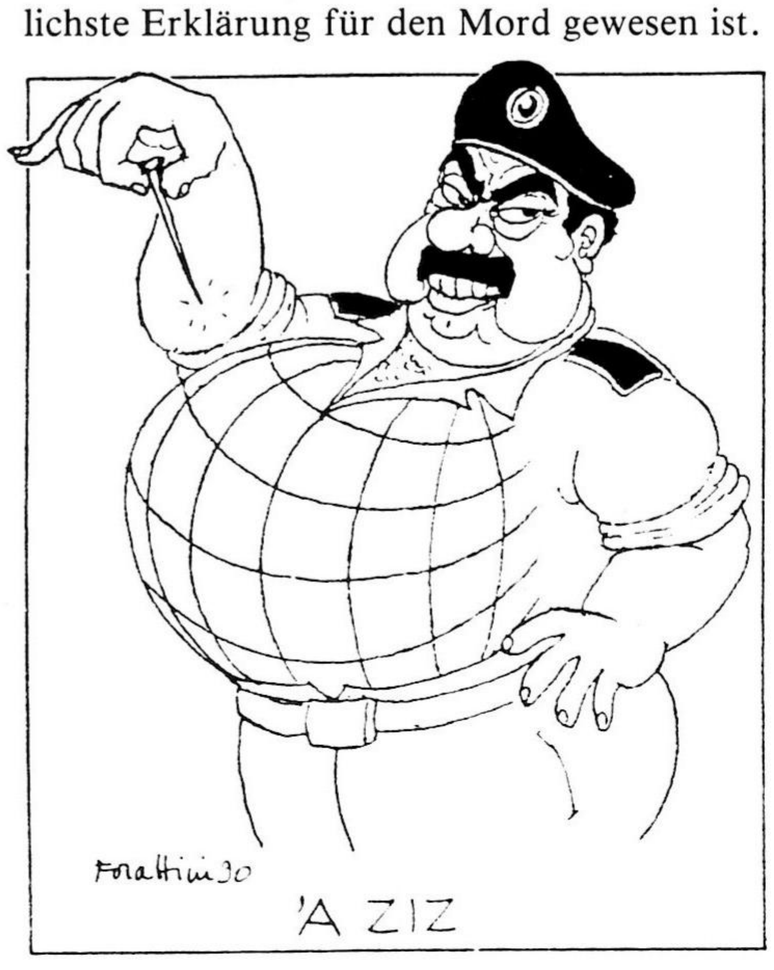
Europa gehört zu den Verlierern

Gespräch mit Alain Gresh über die Rolle Europas im Golf-Konflikt

Über fünf Monate wurde der Krieg wie ein möglicher Alptraum angesehen. Unmittelbar nach Beginn des Krieges fragten sich alle, wie lange er dauern kann und ob er sich noch ausweitet. Über diese Fragen hinaus bleiben viele andere Probleme offen: war der Krieg wirklich unvermeidlich, konnte man nicht mit dem Embargo fortfahren? Und vor allem, wurde wirklich alles unternommen, um das Explodieren des Konfliktes zu vermeiden? Welche Auswirkungen wird dieser Krieg im gesamten mittleren Orient haben? Über diese Fragen sprach Lorenzo Miracle mit Alain Gresh, dem Herausgeber von „Le monde diplomatique" und einem der kompetentesten Journalisten für Fragen des Mittleren Orients.

Der unmittelbare Ausbruch des Krieges erfolgte in der Nacht des 16. Januar. Aber kann man nicht auch die Ermordung von Abu Iyad und El Hol in Tunesien als das erste Ereignis des Krieges ansehen?

Gresh: Ich verfüge derzeit nicht über ausreichende Informationen über diesen Mord, aber sicherlich lassen sich dazu verschiedenen Hypothesen aufstellen. Die erste Hypothese, daß es eine singuläre Tat gewesen ist, überzeugt nicht sonderlich. Die zweite Vermutung schließt eine israelische Verwicklung in diesen Mord nicht aus. Schließlich wäre es nicht das erste Mal, daß Israel in dubiose Morde an Palästinenserführern verwickelt ist. Man kann in der Tat annehmen, daß jemand Interesse weniger an dem Mord als an dessen Zeitpunkt am Vorabend des Golf-Krieges gehabt hat. Und dann ließe sich auch noch eine dritte Hypothese aufstellen: sie würde eine Verstrickung von Abu Nidal in diesen Mord unterstellen. Abu Nidal ist jetzt im Irak. Seit Anfang 1990 hat Saddam Hussein deutlich seinen Willen gezeigt, die PLO unter seine Kontrolle zu bringen. Das konnte man gut sehen, als das Kommando des Abu Nidal versucht hat, am 31. Mai des vergangenen Jahres in Israel einzudringen. Dieser Versuch wurde von Bagdad aus ferngesteuert und hat seitdem jeden Kontakt zwischen den USA und der PLO unterbunden. Von diesem Moment an war die PLO die vollständige Beute des Irak. Ich denke, daß dieses die wahrscheinlichste Erklärung für den Mord gewesen ist.



Und welche Rolle spielt Arafat dabei?

Gresh: Man darf nicht vergessen, daß Saddam für viele Palästinenser ein völlig unkalkulierbarer Abenteurer ist. Alle arabischen Regime haben irgendwann einmal versucht, die PLO unter ihre Kontrolle zu bringen. Aber wir haben nur wenige verläßliche Anhaltspunkte, um die Haltung von Arafat besser beurteilen zu können.

Besonders schwer ist in diesem Krieg die Reaktion des arabischen Volkes einzuschätzen. Wenn die Regierungen die internationalen Streitkräfte unterstützen, heißt dies ja nicht, daß die Regierten genau dasselbe denken.

Gresh: Was in diesem Krieg geschehen wird, ist nur schwer vorhersehbar. Vieles hängt auch davon ab, wie lange der Krieg dauern und wie er sich weiter entwickeln wird. Saddam kann nur hoffen, diesen Krieg in die Länge zu ziehen, um so eine Opposition in den USA wie im ganzen Westen entstehen zu lassen. Sein Interesse ist es auch, die Massenreaktionen in allen arabischen Ländern mit der Dauer des Krieges weiter heranreifen zu lassen. Man kann davon ausgehen, daß es in Jordanien, in den besetzten Gebieten und im Magreb große Bewegungen für Hussein gibt. In anderen Zonen wiederum sind diese Stimmungen pro Hussein weniger ausgeprägt. Das ägyptische Volk ist sicherlich kein Freund der USA, aber es steht auch Saddam nicht sonderlich nahe. Für Saudi-Arabien gilt gleiches. Über Syrien läßt sich genaues nicht sagen, da die Kontrolle des Volkes durch das Assad-Regime total ist.

Alles wird sich aber sicherlich ändern, wenn Israel in den Krieg einbezogen wird. In diesem Fall haben bereits Ägypten und Syrien angedeutet, daß sich dann ihre Position in diesem Krieg grundsätzlich ändern wird. Und deshalb ist es schwer vorherzusehen, wo die Kampffelder und Fronten in diesem Krieg schließlich liegen werden. Daß aber die ganze Region, egal wie der Krieg ausgehen wird, in Zukunft noch stärker destabilisiert sein wird, wie sie heute schon ist, steht außer Frage.

Aber die Destabilisierung der Region ist bereits in den fünf Monaten seit der irakischen Invasion in Kuwait erfolgt.

Gresh: Ein ähnlicher Prozeß dieser Art hat

sich bereits im schwächsten Element dieser Region, in Jordanien, ereignet, wo wir Zeugen eines entstehenden Machtverlustes sind, mit allen Risiken, die das mit sich bringt, einschließlich eines Krieges mit Israel. Das würde die Vertreibung der Palästinenser und die Eskalation eines neuen Konflikts bedeuten.

Man hat den Eindruck, daß das irakische Volk nicht unbeschränkt Saddam unterstützt. Trotz des Verbotes, die Hauptstadt zu verlassen, erschien Bagdad schon vor dem Angriff der Vereinigten Staaten als eine tote Stadt. Ist dieser Eindruck richtig?

Gresh: Ich glaube ja. Ich möchte da auch einen Vergleich wagen zwischen den Demonstrationen für Saddam, die sich in letzter Zeit im Irak ereignet haben und denjenigen, die noch vor dem Ende der Diktatur Ceaucescu in Rumänien für den ,,Titan der Titanen" organisiert wurden. Der Irak wird vollständig von der Baath-Partei kontrolliert und alle Demonstrationen werden von oben angeordnet. Die Iraker betrachteten Kuwait selbstverständlich als integrativen Teil ihrer Nation. Aber wieder in einen Krieg verwickelt zu werden, fand keineswegs die Unterstützung von allen. Der Krieg mit dem Iran mit seinen Zehntausenden von Toten war im Volk noch sehr präsent. Mit der Machtübernahme Saddams wurden alle Kräfte der Opposition vollständig ausgeschaltet und deshalb ist es natürlich schwierig, die Stimmen des Dissenses in diesem Land zu organisieren.

Ist es möglich, daß Saddam weniger einen endgültigen Sieg will, sondern vielmehr den Amerikanern schwere Verluste bereiten will, um sich dann einen vorteilhaften Frieden auszuhandeln?

Gresh: Sicherlich hat er den Krieg nicht gewollt, um ihn zu gewinnen, sondern um ihn hinauszuzögern und dann zu verhandeln. Auf diese Art könnte er auch sein Regime retten.

Glauben Sie, daß Europa seine Möglichkeiten zur Verhinderung des Krieges wirklich ausgeschöpft hat?

Gresh: Man hat gesagt und ich schließe mich dem an, daß dies der erste Konflikt nach dem Kalten Krieg ist. Es würde sich deshalb um einen neuen Typ von Konflikt handeln. Wir haben aber gesehen, daß Europa sich in der dem Krieg vorhergehenden Phase verhalten hat, als befänden wir uns immer noch im Kalten Krieg. Es hat sich vollständig unter die Positionen der USA untergeordnet. Dies betrifft vor allem Großbritannien, aber auch Frankreich und die EG. Offensichtlich ist dies geworden während der Verhandlungen mit dem Irak.

Nachdem Washington zunächst eindeutig ,,Nein" gesagt hatte zu Verhandlungen, hat Europa sich sofort dieser Position angeschlossen. Am 30. November hat Bush angekündigt, daß er noch einmal Verhandlungen versuchen würde und wieder hat die EG eine ähnliche Erklärung formuliert. Schließlich hat Bush die Verhandlung abgebrochen und Europa hat es ebenso gemacht. Es gab eine vollständige Unterordnung unter die Politik der USA, die nicht gerechtfertigt war.

Sicherlich, die Forderung nach einem Rückzug des Irak aus Kuwait muß aufrechterhalten werden. Der Aggressor Saddam Hussein muß bestraft werden. Aber dies heißt doch nicht, daß das Einverständnis mit den rigorosen Positionen der USA im Interesse der EG liegt. Und diese europäische Nicht-Position hat sicherlich die Suche nach einer pazifistischen Lösung des Konflikts sehr erschwert.

Also gehört Europa zu den Verlierern dieses Krieges?

Gresh: Ja, ohne Zweifel, auf jeden Fall.

Gilt dieselbe harte Kritik auch gegenüber der UNO?

Gresh: Nun, die UNO hat einige Resolutionen verabschiedet, aber deshalb kann man nicht sagen, daß sie in der Krise eine leitende politische Rolle gespielt hat. Nicht Perez de Cuellar hat mit Tarek Aziz verhandelt, sondern James Baker. Die UNO hat bedauerlicherweise akzeptiert, sich den Positionen Washingtons vollständig unterzuordnen. Weder von der EG noch von der UN wurde wirklich alles unternommen, um diesen Krieg zu vermeiden. Man hätte *um jeden Preis* verhandeln müssen, weil der Preis des Krieges unendlich höher sein wird. Kriegerisch können die Probleme in dieser Region nicht gelöst werden.

Was denken Sie über das Scheitern des Friedensplanes von Mitterrand?

Gresh: Der Plan des französischen Präsidenten wurde sowohl von den USA als auch vom Irak sabotiert. Da kann man auch eine gewisse Korrelation zwischen dem irakischen Extremismus und dem Willen der USA sehen, den Konflikt unbedingt mit Waffen lösen zu wollen.

Ist die Position von Bush, daß er nur die Befreiung Kuwaits wolle, glaubwürdig?

Gresh: Absolut nicht. Es ist doch offensichtlich, daß die USA in diesen Konflikt hineingezogen sind, um ihre Führerschaft in dem Moment des Zerfalls der UdSSR nicht nur im Mittleren Orient, sondern auf globaler Ebene zu festigen.

Warum hält sich Lybien aus dem Konflikt so auffallend heraus?

Gresh: Die Positionen von Ghaddafi zu verstehen, ist immer ein schwieriges Unterfangen gewesen. Er hat in diesen Monaten wichtige Beziehungen mit Ägypten entwickelt und offensichtlich scheint er eine Rückkehr in die Internationale Gemeinschaft zu wollen. Darüberhinaus ist es auch wichtig, daran zu erinnern, daß die Beziehungen zwischen Lybien und dem Irak schon seit längerer Zeit extrem schlecht waren.

Glauben Sie, daß der Krieg auch den Westen einbezieht?

Gresh: Ich glaube ja. Aber wahrscheinlich nur in Form von Terroranschlägen. Und wenn man vom Westen spricht, muß man Europa und die USA unterscheiden. Europa hat weder politisch noch historisch noch geographisch dieselbe Position wie die USA. ■

(aus ,,Rinascita", 27.1.1991, Übersetzung aus dem Italienischen von Carl Wilhelm Macke)

MOHSSEN MASSARRAT

Krieg der Kulturen

„Kein Blut für Öl" — diese zentrale Parole der internationalen Anti-Kriegsbewegung wirkt zweifellos mobilisierend. Sie benennt einen wichtigen Kriegsgrund und hebt die Tatsache ins Bewußtsein, daß der Krieg am Persischen Golf auch für die Beibehaltung des bisherigen Konsumverhaltens im Westen geführt wird. Dieser Krieg ist aber weitaus mehr als nur ein Krieg um Öl.

Seit September 1990 habe ich mich in verschiedenen Beiträgen bemüht, neben den Ölinteressen des Westens auch die US-Hegemonialinteressen, den Führungsanspruch Saddam Husseins in der arabischen Welt, die Beweggründe des militärisch-industriellen Komplexes und die kulturellen Aspekte herauszuarbeiten. Je länger der Krieg aber andauert, je klarer sich die Fronten auf beiden Seiten herausbilden, desto überzeugter werde ich, daß die kulturelle Dimension dieses Krieges inzwischen alles andere überlagert — auf beiden Seiten.

Khomeinis Islamische Revolution war die erste bedeutende kulturelle Kampfansage aus der um Autonomie ringenden Dritten Welt an den Westen. In seiner einzigartigen Kompromißlosigkeit gegen das die westliche Modernität verkörpernde Schah-Regime bis zu dessen Sturz gewann Khomeini Autorität und avancierte zum uneingeschränkten Fürsprecher Millionen gedemütigter, bis dahin dem Fatalismus verfallener und ohnmächtiger Menschen weit über die Grenzen des Iran und der islamischen Staaten hinaus.

Auf westlicher Seite war die tiefe Abscheu gegen diese Revolution und die Person Khomeinis weniger in dessen Fundamentalismus begründet. Denn mit zumindest ebenso rückwärtsgewandten fundamentalistischen Herrschern in Saudi-Arabien kann der Westen nicht nur gut leben, sondern — wie wir sehen — sogar einen gemeinsamen Krieg führen. Khomeinis Vergehen war grundlegender: Er hatte mit der Schah-Dynastie das Vorzeigesymbol der westlichen Kultur in einem Land der Dritten Welt zerstört.

Die Motive Saddam Husseins bei seinem Überfall auf Kuwait waren nicht ideeller Natur, ihm ging es vor allem um eine äußerst verlockende Beute. Er verläßt sich nicht auf die Opferbereitschaft und Begeisterung der Iraker, sondern bedient sich derselben Logik und Vernichtungsmaschinerie der westlichen Zivilisation. Seine ungeahnte Kompromißlosigkeit gegenüber der Weltmacht Nr. 1 und deren Verbündeten hat ihn bei Millionen Menschen — nicht nur in der arabisch-islamischen Welt — zu einem neuen Helden werden lassen. Eine südkoreanische Zeitung bekundet offene Sympathie für den „Helden", philippinische, indische und kenianische Studenten an einer US-Universität freuen sich über die irakischen Scud-Raketen-Attacken gegen Israel. In Bangladesh, Pakistan, Algerien, Tunesien, Jordanien gehen Hunderttausende zur Unterstützung von Hussein auf die Straßen. In Marokko wird aus demselben Grund gestreikt. Präsident Hosni Mubarek hält die ägyptischen Universitäten geschlossen, um Sympathiekundgebungen für den Irak zu unterbinden.

Der Krieg und die drohende militärische Niederlage haben offensichtlich das verachtenswerte, terroristische Vorgehen Saddam Husseins gegen die Kurden und die Opposition im eigenen Land sowie seine Aggression gegen den kleinen Nachbarstaat Kuwait längst in Vergessenheit geraten lassen. Saddam Hussein ist aber kein wirklicher Held der Araber und der Dritten Welt. Er ist und bleibt ein grausamer Diktator und Besatzer. Der Krieg erst macht ihn zum Helden und Fürsprecher der Gedemütigten der Dritten Welt. (Manche Kriegsbefürworter mögen argumentieren, daß eine Strategie der ökonomischen Sanktionen gegen Saddam Hussein zum selben Ergebnis geführt hätte. Sie verkennen aber, daß erst der Krieg und die Vernichtung der Zivilbevölkerung in Bagdad und anderen irakischen Städten es Saddam Hussein erheblich erleichtern, gleichzeitig in die Rolle des Opfers und Helden zu schlüpfen. Eine sozial und politisch gut durchdachte und von der UNO getragene friedliche Strategie hätte mit ziemlicher Wahrscheinlichkeit Saddam Hussein auch bezüglich der Palästina-Frage isoliert.)

Iraner, die unter den expansionistischen Ambitionen Saddam Husseins mehr als jedes andere Volk litten, sehen der Zerschlagung seiner Kriegsmaschinerie zwar mit einer gewissen Genugtuung entgegen, ihre

▶ Kulturelle Konfrontation ◀

Gefühle im gegenwärtigen Krieg am Persischen Golf sind indes auf Seiten des verhaßten ehemaligen Gegenspielers Saddam Hussein; aus ihrer „Dritte-Welt-Identität" heraus würde eine massive Zerstörung möglicherweise gar Vernichtung des Irak als eine Demütigung empfunden werden. Es geht im gegenwärtigen Krieg nicht um Kuwait, auch nicht um die Niederhaltung eines Expansionisten. Es geht um die Vernichtung Saddam Husseins als Symbol eines selbständig handelnden Repräsentanten einer Welt, die seit langem nach kultureller und ökonomischer Autonomie strebt, aber bisher scheiterte und eine Niederlage nach der anderen hat

Mittelalterliche Darstellung der Ölgewinnung

express

die Zeitung der
undogmatischen
Gewerkschaftslinken

Zweideutig und verständnislos

„Nach dem ersten ungläubigen Erstaunen über die Beteiligung Deutscher und deutscher Firmen an der Aufrüstung des Irak, kam es zu einer großen Verbitterung — daß hier auf der einen Seite die Möglichmachung der israelischen Bedrohung in einem Satz mit Deutschland, Deutschen und auch deutschem Gas genannt werden muß. Und auf der anderen Seite ausgerechnet dann auch noch dieses Land, mit dem man in einem sehr besonderen, in einem schwierigen und belasteten Verhältnis steht, sich so schleppend zweideutig und oft verständnislos der israelischen Position, den israelischen Ängsten nähert."

Grischa Alroi-Arloser,
Sozialattaché
der Israelischen Botschaft
im *express*-Gespräch

Außerdem
in der **März-Ausgabe** des *express*:

Micha Brumlik zur Israel-Politik des Frankfurter DGB ● Betriebsgründungen von Frauen ● Made in USA — Kinderbetreuung ● Unternehmenskultur: Dokumentation der Podiumsdiskussion mit Vertretern von ÖTV, IG Metall, IG Medien ● Neues Deutschland: Wird der Osten der deutsche Süden? ● Von der Betriebsbesetzung zum Co-Management — ein Beispiel in Frankfurt/M. ● Buchbesprechungen ● Betriebs- und Gewerkschaftsspiegel ● u.v.m.

Einzelheft DM 5,—
Abonnement DM 54,—
(incl. Porto)

☐ Bitte schicken Sie mir **kostenlos** „express" zum Kennenlernen.

Vor- und Zuname

Straße

PLZ Wohnort

Bezug: **Verlag 2000,**
Postfach 10 20 62,
6050 Offenbach 1,
Tel. 069/88 50 06

hinnehmen müssen.

Anmaßende Überlegenheitsgegfühle im Westen bestimmen das Denken und Handeln im gegenwärtigen Konflikt. Der kulturelle Konsens zwischen Politikern, Massenmedien und dem Mann auf der Straße, das feindliche Symbol Saddam Hussein im Krieg besiegen und vernichten zu wollen, läßt keinen Raum für friedliche Lösungsstrategien. Die von Rationalität und Aufgeklärtheit geprägten Kritiker verstummen, die Friedensbewegung wird — wie in den USA — nicht zur Kenntnis genommen oder aber — wie in Deutschland — als Handlanger des Irak diffamiert.

Daß die morgenländisch-islamisch-arabische und die christlich-abendländische Welt sich seit der islamischen Revolution im Iran in der vordersten Reihe eines Krieges der Kulturen gegenüberstehen, ist nicht zufällig. Die jahrhundertelange unterlegene morgenländische Kultur sieht ihre Zeit gekommen, jene Bedeutung, die sie einst in der Geschichte hatte, zurückzugewinnen und die islamische Identität wiederherzustellen.

In diesem Sinne erscheint auch der Israel-Palästina-Konflikt in einem anderen Licht. Welche Gründe auch immer zum israelischen Staat geführt haben, dieser ist inzwischen zu einem Symbol der westlichen Überlegenheit inmitten der islamisch-arabischen Welt geworden. Die uneingeschränkte Unterstützung der USA und anderer westlicher Staaten gilt dem Symbol Israel und — zu einem geringeren Teil — dem jüdischen Volk aus historischer Verantwortung. Die israelische Lobby in den USA hat es in einem solchen Kontext leicht. Umgekehrt richtet sich das wachsende Ressentiment der Moslems und Araber noch nicht gegen die Juden, sondern gegen das westliche Symbol, eben den Staat Israel.

Dieser wird von seiner islamisch-arabischen Umwelt verbal, aber auch mit Gewalt bedroht, gemeint ist aber in Wahrheit der Westen. Sind Israel und Palästina historische Schauplätze der Kulturen, so sind der Irak und Kuwait erst im Begriff, solche zu werden. Man kann es drehen und wenden wie man will, die Verbindung zwischen den beiden Konfliktfeldern drängt sich auch auf der Ebene der kulturellen Dimension auf. Beide Konfliktfelder sind zu einem guten Teil Produkte derselben kolonialistischen Intervention im Mittleren und Nahen Osten und west-zentristischen Arroganz, die noch heute den stolzen islamisch-arabischen Völkern vorschreiben will, wer ihr Freund, ihr Feind und wer nicht ihr Held sein darf.

▶ Sackgasse Gewalt ◀

Der Krieg am Persischen Golf ist die bislang größte Eskalation der Gewalt seit der Besetzung Palästinas. Die Raketenattacken Saddam Husseins gegen Israel zeigen, daß es eine militärische Sicherheit des kleinen jüdischen Staates in einer stärker werdenden arabisch-islamischen Umgebung nicht geben kann. Da helfen weder Patriot-Raketen, noch atomare Bedrohungspotentiale.

Der Krieg gegen Saddam Hussein, wie auch immer er ausgehen wird, enthält keine andere Perspektive als eine Gewalteskalation. Ihn aus Zorn wegen Husseins Attacken gegen Israel zu wollen, ist verständlich, keineswegs aber vernünftig. Wer glaubt, durch die Vernichtung des Militärapparates von Saddam Hussein für eine größere Sicherheit Israels einzutreten, der irrt und verbreitet Illusionen. Entweder führt die weitere Eskalation der Gewalt im Nahen und Mittleren Osten zum Chaos, was gleichsam den israelischen Staat zur Disposition stellt. Oder aber Israel schöpft die Kraft und den Willen, seine westliche Hülle und deren Symbolfunktion abzulegen und sich mit Palästinensern und Arabern zu verständigen. Je früher dieser Prozeß beginnt — wenn es nicht schon zu spät ist —, desto größer sind die Chancen zu verhindern, daß anti-israelische Ressentiments in anti-jüdische umschlagen. Historisch sind Juden und Moslems jedenfalls nicht schlechter miteinander ausgekommen als Juden mit Christen. Zu einem im umfassenden Sinne kulturellen Zusammenleben zwischen Juden und Moslems in der Region, so schwer dieser Weg erscheinen mag, gibt es keine Alternative.

Der Krieg und dessen Fortsetzung bis hin zu einer neuen militärischen Niederlage für viele Araber und Moslems wird diesen Prozeß hinausschieben, wenn nicht gar unmöglich machen. Dagegen birgt die Alternative der ökonomischen Sanktionen gegen Saddam Hussein noch immer die Chance in sich, eine Vertiefung der Wunden zu verhindern und das Klima für eine friedliche Lösung der Palästina-Frage entscheidend zu verbessern. Warum sollte es nicht möglich sein, parallel zu internationalen Sanktionen gegen Hussein in einer regionalen Abrüstungskonferenz die Reduzierung der Militärpotentiale aller Staaten der Region für die Ära nach Saddam Hussein auf einem möglichst niedrigen Niveau auszuhandeln, die irakische Bedrohung nicht durch Krieg, sondern auf friedlichem Wege zu beseitigen? Es muß doch möglich sein, Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß langfristig weder Israel sich durch die Araber und Moslems bedroht fühlt noch umgekehrt.

Die Friedensbewegung hat nicht den geringsten Anlaß, in ihrem Engagement für eine solche Perspektive einen Millimeter zurückzuweichen. Sie muß allen Versuchen der Kriegsbefürworter widerstehen, die bemüht sind, durch schamloses Instrumentalisieren von Schuldgefühlen und der historischen Verantwortung gegenüber den Juden die Friedensbewegung zu spalten und sie in ihrem Kampf für den sofortigen Stopp des mörderischen Krieges zu verunsichern. Die europäischen Friedensbewegungen, die Friedens- und Verständigungsbewegungen in Israel-Palästina, die ernsthaften Abrüstungsinitiativen in der Region in ihrer wechselseitigen Verbindung, könnten zu einem Hoffnungsträger zur Überwindung kultureller Gegensätze werden. ■

EVA SENGHAAS-KNOBLOCH

Bewährungsprobe für die Weltgemeinschaft

Oder warum sich die UNO das Gesetz des Handelns nicht aus der Hand nehmen lassen darf

„Für die Gewalt des Rechts gegen das Recht der Gewalt" sammelte am Vorabend der Jahrhundertwende Margarethe Selenka besorgte Frauen aus 18 Ländern. Eine Dokumentation der 565 Versammlungen die zwischen dem 13. und 16. Mai 1899 parallel stattfanden, um dem Friedensgedanken Ausdruck zu geben, wurde von Selenka gemeinsam mit Bertha von Suttner am 22. Mai 1899 dem Präsidenten der Haager Internationalen Friedenskonferenz überreicht. Diese Haager Konferenz beschloß die Errichtung eines internationalen Schiedsgerichtshofes, dessen Tradition heute der Internationale Gerichtshof in Den Haag aufbewahrt, der auch zu wichtigen internationalen Konflikten Rechtssprüche gefällt hat. Zu erinnern ist hier aus jüngerer Zeit an den Streitfall: Nicaragua gegen USA. Obwohl Nicaragua Recht bekam, bleib es beim „Recht des Stärkeren", aber mit dem entscheidenden Unterschied, daß nicht nur der Haager Rechtsspruch weltweit bekannt wurde, sondern auch seine Mißachtung durch die stärkere Partei in diesem Konflikt keine Anerkennung fand.

Die Haager Konferenz an der Jahrhundertwende war nur Vorbote zu einer Reihe weiterer internationaler Konferenzen, die sich dem Ziel verpflichtet hatten, den zwischenstaatlichen Umgang zu zivilisieren. Am Ende des Ersten Weltkrieges wurde als Teil der Friedensverträge der Völkerbund gegründet, dazu eine Reihe solcher internationaler Organisationen, die sich weniger den hochaufgeladenen Problemen zu widmen hatten, die durch staatliche Hoheitsrechte charakterisiert sind, sondern vielmehr denjenigen Aufgaben, die für jedes Land, zu den inneren Lebensbedingungen gehören: Postverkehr, Gesundheit, Arbeitsschutz, Rechte der Beschäftigten. Diese Organisationen überlebten, als der Völkerbund zerbrach, und als nach dem Zweiten Weltkrieg die Anti-Hitler-Koalition anstelle des Völkerbunds die Organisation der Vereinten Nationen (UNO) gründeten. Diese Organisationen sind ein elementarer Audruck der realen gesellschaftlichen Vernetzungen, die zwischen den Staaten bestehen.

Die UNO war seit ihrer Gründung durch den Ost-West-Konflikt im Bereich derjenigen Zielsetzungen und Maßnahmen, die den staatlichen Hoheitsbereich unmittelbar betreffen, also in sicherheitspolitischen Maßnahmen, stark behindert. Das für Sicherheitspolitik zuständige Organ, dem fünf ständige und zehn im 2-Jahresabstand wechselnde Mitglieder angehören, wurde allein bis Juli 1987 in 598 Fällen durch das Veto eines der ständigen Mitglieder in seinem Handeln gelähmt. Das Jahr 1990 brachte hier die entscheidende Wende, die sich als hochbedeutsam für die gegenwärtige Situation am Persischen Golf erweist. Der Sicherheitsrat verabschiedete bis Ende November 1990 einstimmig oder mit nur wenigen Enthaltungen (Jemen und Kuba) zwölf Resolutionen, die die militärische Annexion Kuwaits Anfang August 1990 durch das Militär Iraks verurteilten. Mit einer Gegenstimme (Kuba) wurde auch ein Wirtschaftsembargo gegen den

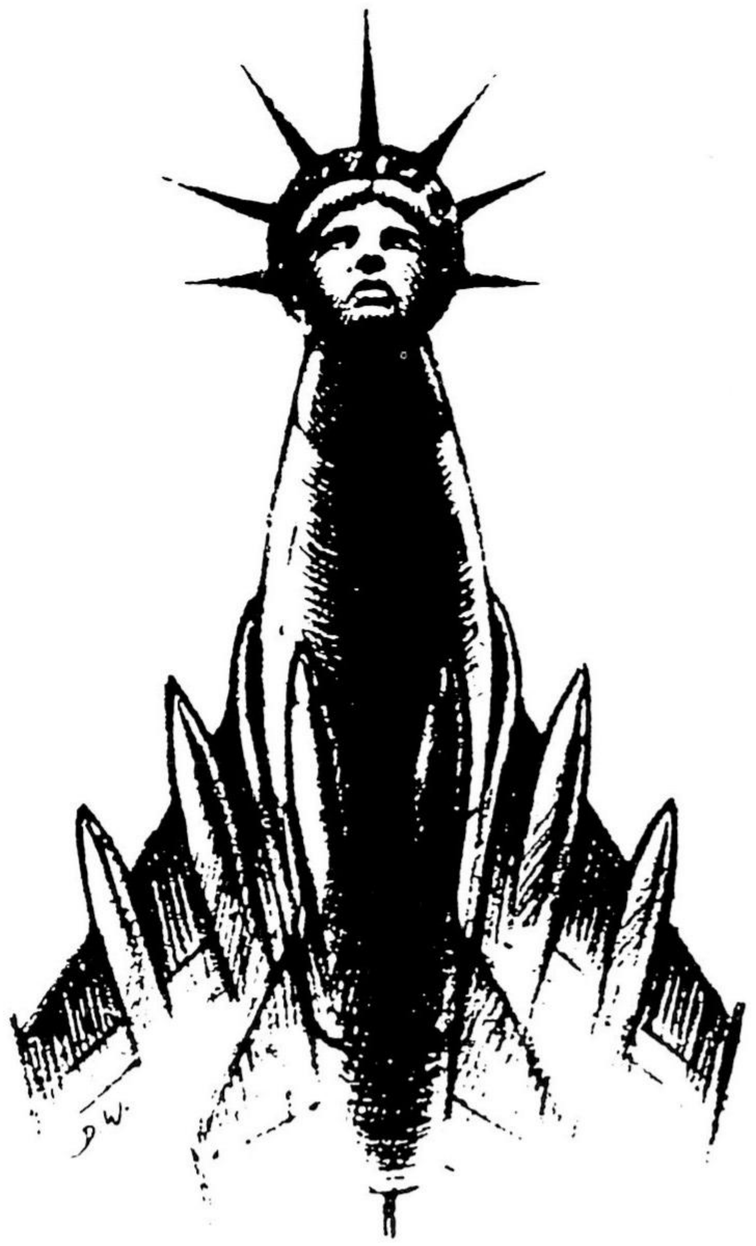
Irak beschlossen. Das irakische Regime erklärte aber wiederholt, daß es von seiner Rechtsauffassung, derzufolge Kuwait eine Provinz Iraks sei, nicht abrücken werde. Die Weltgemeinschaft in Gestalt des Sicherheitsrats der UNO entschloß sich in dieser Situation mit der Resolution 678 vom 29.11.1990 zu der Drohung, ,,alle nötigen Mittel" (d.h. auch militärische) zur Wiederherstellung des Rechts für den Fall einzusetzen, daß der Irak an seinem Standpunkt festhalte. Die Drohung war mit einem Ultimatum (15.1. 1991) verbunden und wurde mit zwölf Stimmen gegen zwei (Kuba und Jemen) bei einer Enthaltung (China) angenommen.

Die ,,Gewalt des Rechts"?

Dieses Ultimatum beeindruckte viele Friedensfreunde, das irakische Regime beeindruckte es nicht. Durch die Geiselnahme hatte der Diktator seine eigene Bereitschaft unterstrichen, ,,alle Mittel" für die eigene Seite einzusetzen. Durch eine Reihe diplomatischer und gesellschaftlicher Initiativen kamen die Geiseln vor Auslaufen des Ultimatums frei. Mir ist heute noch nicht klar, ob eine Weigerung Iraks, die Geiseln freizugeben, die in der Nacht vom 16. zum 17. Januar in Gang gesetzte Militärmaschinerie gegen den Irak ver- oder gehindert hätte. Das irakische Regime zog etwa eine halbe Million Soldaten zusammen und begann, von dem ,,heiligen Krieg" zu sprechen, einem religiösen Ausdruck, der dem Diktator zur Zeit seines nur geringe Zeit zurückliegenden Krieges gegen den Nachbarstaat Iran nicht eingefallen wäre, weil er ja damals die islamischen Fundamentalisten (mit Hilfe der Waffenexporte auch aus dem Westen) bekämpfte.

Auf der Seite der Weltgemeinschaft zog ein Staat, die USA, entsprechend viele Truppenverbände und damit auch das ,,Gesetz des Handelns" an sich. Heute muß gefragt werden, wodurch die Weltgemeinschaft eigentlich den USA dieses ,,Gesetz des Handelns" übertragen hat. Gibt es offiziell nachlesbare Beschlüsse, in denen die USA beauftragt wurden, eine Kriegskoalition gegen den Irak zu bilden? Oder gab es nur einen stillschweigenden Konsens, daß der mächtigste Staat selbstverständlich diese Direktive hätte? Und auf welche Weise sollte der durch die UNO-Resolutionen legitimierte Beginn der militärischen Gegenaktion gegen den Irak in der Folge bewertet, begleitet und — wann immer nötig — beendet werden? In Punkt 3 der Resolution werden alle Staaten, die es angeht aufgefordert, den Sicherheitsrat regelmäßig über ihre Handlungen zu informieren. Aber hat die Weltgemeinschaft sichergestellt, daß die ,,Gewalt des Rechts" nicht zur Kriegsdynamik mit den ihr eigenen Gesetzmäßigkeiten und Handlungslogiken wird?

Die Kriegsgegner hierzulande haben ihre Proteste und Forderungen vor allem an die USA gerichtet. Damit verstärken sie aber



— ob sie wollen oder nicht — gerade die Tendenz, gegen die der Geist der UNO gerichtet ist: die Machtanmaßung einzelner Staaten, für ,,Recht" und ,,gerecht" das zu erklären, was sie dafür halten. Vielmehr muß die Weltgemeinschaft in Gestalt des UNO-Sicherheitsrates (oder bei dessen Unfähigkeit: eines anderen Organs) das gegenwärtig durch einen Staat bestimmte Kriegsgeschehen vor dem Hintergrund der UNO-Charta bewerten. Denn das Kriegsgeschehen gilt als in ihrem Namen legitimiert, während ihr höchstes Ziel ist, den Abbau von Gewalt zu fördern. Wir erkennen schon jetzt, daß das ,,Recht der Gewalt" nicht durch eine solche ,,Gewalt des Rechts" zu überwinden ist, die der Aggression in einer mechanischen Auffassung von Politik entgegengesetzt wird. Die UNO und d.h. auch ihre Mitgliedsländer müßten sich dieser objektiven Schwierigkeit in allem Ernst stellen. Was hindert den Generalsekretär das jetzt zu initiieren?

Politik der Nichtkooperation

Eine mechanische Auffassung von Befreiungskämpfen ist schon in den ersten Jahrzehnten dieses Jahrhunderts argumentativ widerlegt worden. Die in Holland lebende Juristin Clara Wichmann z.B. hatte schon in den 20er Jahren darauf hingewiesen, daß auf diese Weise das angestrebte Entstehen einer ,,neuen Kultur" zunichte gemacht werde. Sie hat demgegenüber auf die günstigen soziopolitischen Bedingungen gesetzt, die sowohl innergesellschaftlich als auch international neue Methoden zur Befreiung und zur Herstellung von Gerechtigkeit ermöglichen. Innergesellschaftlich sind es Methoden des Streiks, der Aufkündigung von Kooperationen. International läge eine Embargopolitik auf einer entsprechenden Ebene.

In immer mehr Ländern der Erde hat sich eine hochdifferenzierte Arbeitsteiligkeit ergeben. Ohne Loyalität und Kooperationsbereitschaft ihrer Mitglieder können vor allem die Industriegesellschaften nicht auskommen. Auch international hat sich eine immer differenzierter werdende Arbeitsteilung ergeben. Noch ist sie zwar ungleichmäßig verteilt und ist ganz verschieden stark. Gerade im Fall des irakischen Friedensbruchs ist jedoch absehbar, daß eine Embargopolitik, die strikt durchgeführt würde, früher oder später zum Einlenken und zum Sturz des Diktators führen würde; denn die Exportstruktur macht den Irak von internationaler Arbeitsteilung und Kooperation abhängig.

Eine solche internationale Politik der Nichtkooperation, die in diesem Fall — durch den fast einmütig erklärten Willen des Sicherheitsrates — sehr wohl durchführbar gewesen wäre, hätte ein Beginn einer Politik der Zivilisierung ernster internationaler Konflikte in der Weltgemeinschaft sein können, ein Ende der Politik des (vermeintlichen) Handstreichs, mit dem bekanntermaßen Frieden nicht zu stiften ist. Eine solche Politik hätte auch den Vorteil gehabt, daß sich der Rechtsbrecher, nicht aber die gegen ihn gerichtete Koaltion derer, die Recht wiederherstellen möchten, unter Zeitdruck gesehen hätten. Zeitdruck dient generell eher einer Politik des ,,schnellen Handstreichs" als dem Aufbau einer dauerhaften Friedensordnung.

Die Weltgemeinschaft hat das ,,Gesetz des Handelns" delegiert. Es wird höchste Zeit, daß sie es sich zurückholt. Das wird die Bewährungsprobe für die UNO sein. Es gilt daher, die UNO in Gestalt ihrer dafür zuständigen Organe mit der Bewertung des Kriegsgeschehens zu befassen und entsprechende Schlußfolgerungen für das in ihrem Namen legitimierte Handeln ziehen zu lassen. Nur so kann sie sich ihrer bloßen Instrumentalisierung erwehren. Mittelfristig muß sie ihr Instrumentarium überprüfen. Es ist an der Zeit, die Konzeption kollektiver militärischer Sicherheit durch den Ausbau der *peace-keeping forces* (Blauhelme), der Vermittlung, Schlichtung usw. ganz und gar zu ersetzen. Die schnellstmögliche Wiederbefassung der UNO mit Krise und Krieg ist auch im Interesse der Deutschen, denn die nationalsozialistische Vergangenheit nimmt bei Gegnern und Anhängern der gegenwärtigen militärischen Strategie gegen das irakische Regime eine gewichtige Rolle ein. Nein, es geht nicht um *appeasement*, eine Politik der Nachgiebigkeit gegenüber Völkerrechtsbruch und Gewalt. Und die tödliche Gefahr, die für Israel und die dort lebenden Menschen von den Chemiewaffen, die auch aus Deutschland kommen, ausgeht, fordert geeignete Mittel in ihrer Abwehr. Aber es muß gelingen, den schon angerichteten Schaden durch die Annexion Kuwaits und durch die Eskalation von Gewalt gegen Menschen und Mitwelt jetzt zu begrenzen, um dem Recht ,,Recht" und nicht ,,Gewalt" zu verschaffen. ■

FRITZ REUSSWIG

Versuch, den Westen zu verstehen

Zur Bedeutung des Krieges bei Kant und Hegel

Ein Begleitphänomen des Krieges am Persischen Golf ist, daß er auf Seiten der deutschen Linken zu einer Polarisierung der Diskussion geführt hat, die der Kompliziertheit der Situation kaum gerecht wird und ihre politische Bewertung und Beeinflussung erschwert. Neben der Einbeziehung Israels in das Kriegsgeschehen, die viele vor die Alternative ,,Entweder ihr seid für das Existenzrecht des jüdischen Staates oder ihr seid gegen den Krieg'' zu stellen scheint, ist es vor allem die völkerrechtliche Dimension, die zu politischen Flurbereinigungen führt. Die These des Autors ist, daß diese Polarisierung u.a. in der Problematik des Völkerrechts selbst angelegt ist und von der politischen Philsophie des Westens auch gesehen wurde. Dabei bezieht er sich auf zwei der wichtigsten Vertreter dieser Philosophie in Deutschland: auf Kant und Hegel.

Vorweg kann man drei Positionen zur Gewaltfrage grob typologisieren: Dem *absoluten Pazifismus* zufolge, den etwa die Bergpredigt vertritt, kann Gewalt (die Verletzung von Leben, Eigentum und psychischer Integrität von Menschen) überhaupt kein Mittel der Durchsetzung eigener Ziele sein. Der Verzicht auf Selbstverteidigung ist eine notwendige Folge dieser Haltung. Überall dort dagegen, wo die Anwendung physischer Zwangsmittel nicht gänzlich ausgeschlossen, sondern an bestimmte Bedingungen geknüpft wird, kann man von einem *relativen Pazifismus/relativen Bellizismus* sprechen. Davon zu unterscheiden ist schließlich eine Position, die im Ausüben von Gewalt eine völlig unproblematische und natürliche Form des Lebensvollzugs von Menschen sieht: der *absolute Bellizismus*. Meines Erachtens läßt sich eine vernünftige begründbare und empirisch gehaltvolle politische Diskussion nur auf dem Boden der zweiten Position führen. Daß auf diesem Boden unterschiedliche Auffassungen über internationale Politik und Gewalt möglich sind, zeigt gerade die Differenz zwischen Kant und Hegel: beide nämlich argumentieren (wie die Merhheit der westlichen Tradition) relativ pazifistisch/relativ bellizistisch.

Vor dem Hintergrund seiner praktischen Philosophie hält Kant es für die einzig vernunftgemäße Position, die internationale Politik unter die Perspektive eines ,,ewigen Friedens'' zu rücken und Krieg als Mittel aus der Politik zu verbannen. Gleichwohl basiert diese Position nicht auf absolutem Pazifismus: wir sollen dem kategorischen Imperativ gemäß die andere Person immer *auch* als Zweck, niemals *nur* als Mittel unserer Zwecke betrachten; demgegenüber lehrt uns die Bergpredigt, den/die Andere(n) immer nur als Zweck zu sehen.

In seiner Schrift ,,Zum ewigen Frieden'' von 1795 wendet Kant seine Moralphilosophie ins Politische. Er schlägt die Institution ,,Völkerbund'' vor, die die zwischenstaatlichen Konflikte einvernehmlich auf dem Verhandlungsweg regeln soll. Paralell soll allgemein abgerüstet werden und die militärisch bedingte Staatsverschuldung verschwinden. Kant betont den Zusammenhang zwischen der inneren politischen Situation und dem äußeren Verhalten eines Staates und leitet daraus die Forderung ab, die internationale ,,Normalform'' des Staates solle die Republik sein. Sein Argument: nur Republiken sind rechtsstaatlich verfaßt (Grundrechte, freiheitliche Verfassung, Gewaltenteilung), und nur innerlich rechtsstaatlich verfaßte Gemeinwesen werden sich auch nach außen an Rechtsvereinbarungen binden. Darüberhinaus tendieren Despotien — Kants Gegentypus zu Republiken — aufgrund der mangelnden Interessenvertretung des Volkes und der Unterdrückung der Meinungsfreiheit sehr viel leichter zu kriegerischen Konfliktlösungen als Republiken: Während der Diktator sein Volk als Mittel für seine Staatszwecke einsetzen kann, beschließen in Republiken die Betroffenen selbst über Krieg und Frieden.

Es stellen sich für ihn allerdings zwei Fragen: Wer garantiert die Einhaltung von Völkerbundvereinbarungen? Und: Was sorgt dafür, daß die Staaten der Welt allmählich republikanisch verfaßt sind? Kant antwortet mit einer geschichtsphilosophischen Reflexion, die die ganze Spannung zwischen dem geschichtlichen Endzweck ,,Ewiger Frieden unter freien Republiken'' und den politischen Mitteln auf dem Weg dahin offenbart. Ihm entgeht nicht, daß der Völkerbund nur ein ,,Analogon'' der inneren Staatssouveränität sein kann, nicht deren Reproduktion nach außen. Auch die in ihm organisierten einzelnen Staaten bleiben Richter in eigener Sache. Und das heißt: Krieg bleibt das Mittel, dessen sich die Staaten notfalls zur Interessensdurchsetzung bedienen.

Kants geschichtsphilosophischen Reflexionen über einen ,,Zweck der Natur'', der hinter dem Rücken der Individuen und Staaten das Geschäft der Vernunft auch gegen ihren Willen betreibt, kommen auch hier zum Tragen. Und es ist nicht nur der ,,Handelsgeist'', das ökonomische Interesse, welches dem ,,Kriegsgeist'' entgegenwirkt, es ist vor allem auch der Krieg selbst, den Kant zwar eine ,,Barbarei'' nennt, dem er aber — scheinbar paradox — doch zutraut, den Zustand des ewigen Friedens herbeizuführen und aufrechtzuerhalten.

Dialektik von Krieg und Völkerrecht

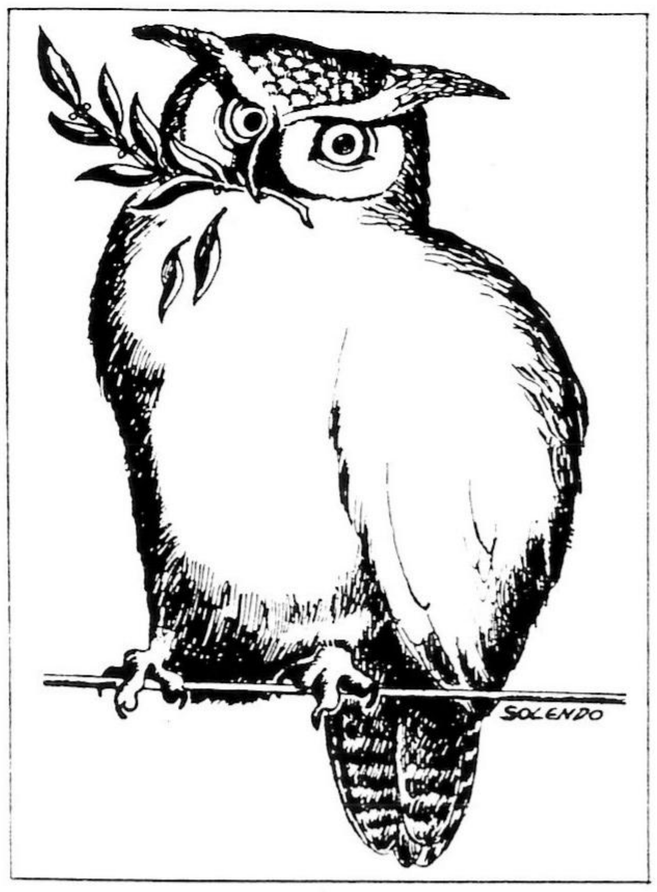
Kants Paradoxie wendet Hegel offensiv ins Dialektische: er ist von vornherein der Meinung, Krieg müsse *prinzipiell* als vernünftig begründbarer Bestandteil von Politik und Geschichte eingesehen werden — auch und gerade dann, wenn man friedliche internationale Konfliktregelungsmechanismen für sinnvoll hält. Für Hegel ist der Staat keine Maximierungsanstalt individueller ökonomischer Nutzenkalküle auf Gegenseitigkeit — das ist die ,,bürgerliche Gesellschaft'' —, sondern die historisch spezifische Institutionalisierung der Freiheit eines ,,Volkes''. Seine Rechtsformen und seine moralischen Kulturen haben in ihm ihr Dasein. Ist dies nicht der Fall, ist der entsprechende Staat für Hegel auch nicht als vernünftig zu bezeichnen. So dürfte man vermuten, daß ein Staat, der die substantiellen

Rechte bestimmter Bevölkerungsgruppen nicht (hinreichend) schützt, wenig Anspruch auf seine Verteidigung erheben kann — am wenigsten durch die jeweiligen Gruppen selbst. Für Hegel zeigt z.B. die Französische Revolution, daß diejenigen Staaten am stärksten von ihrer Bevölkerung verteidigt werden, die ihre Interessen als freie Wesen am meisten institutionell realisiert haben. Vor diesem Hintergrund müßte z.B. die Kriegsdienstverweigerung speziell der schwarzen US-Soldaten als ein Krisensymptom für diesen Staat betrachtet werden. Die Souveränität der Staaten existiert, wie die Identität der Individuen, nur als anerkannte. Krieg ist die Verletzung dieser Anerkennung *und* das Mittel, sie gegebenenfalls zu erzwingen — oder beim Versuch dazu zu unterliegen. Das Völkerrecht regelt mit der konkreten Form der zwischenstaatlichen Anerkennung auch deren gewaltförmige Durchbrechung bzw. Wiederherstellung. Es hat jedoch nicht die Verbindlichkeit innerstaatlicher Konfliktregulierung.

Hier setzt Hegels Kritik an Kants Idee eines ewigen Friedens an. Völkerrecht und Völkerbund sind für Hegel keine Garanten prinzipiell friedlicher Konfliktlösung. Denn zum einen beruhen sie aufgrund des Pluralismus der Staaten einzig und allein auf dem ,,besonderen Willen" der beteiligten politischen Subjekte, und zum anderen müssen sie ihrerseits mit Gewalt durchgesetzt werden können, sollen die entsprechenden Normen und Verträge nicht eine bloße Papierexistenz führen. Wer für den Völkerbund ist, hat den Krieg nicht prinzipiell geächtet, sondern allein eine Form seiner Regulierung und Eindämmung gefunden. Er beruht auf relativem Bellizismus, nicht auf absolutem Pazifismus. Hegel scheut sich nicht, Kriegshandlungen als ,,Verbrechen für das Allgemeine" zu bezeichnen — und *als diese* für gegebenenfalls unausweichlich zu halten.

Während Kant hoffte, daß an die Stelle des Bösen in einer kriegerischen Selbstvernichtung eines Tages das Gute in seiner friedlichen Selbsterhaltung treten würde, betont Hegel, daß das Gute nur in der tatkräftigen Überwindung des Bösen besteht und daher selbst niemals *nur* gut sein kann — ebensowenig wie das Böse als Energie des Kampfes nur böse ist.

Gleichwohl ist Hegel kein Kriegstreiber: der Friede, die einvernehmliche und gewaltlose Konfliktlösung, wird von ihm ausdrücklich als ,,Sollen" bezeichnet. Die Basis dieses Sollens sind selbst Momente der staatlichen Wirklichkeit und damit Fermente im politischen Prozeß: der moralische Druck der Öffentlichkeit, die religiösen Überzeugungen in der Bevölkerung, der politische Dissens im Parlament, die divergenten Interessen des Staates selbst. Sie *grantieren* zwar keinen Frieden und schon gar keinen ewigen, aber sie können ihm doch politisches Gewicht verleihen. Auch im Krieg selbst darf die Friedensoption und die Perspektive auf eine gewaltfreie Anerkennung der Staaten nicht verschlossen werden. So sollen Diplomaten und Vermittler nicht in



die Freund-Feind-Logik hineingezogen und die Zivilbevölkerung des Gegners und deren Reproduktionsgrundlage geschont werden. Es geht Hegel also nicht um die Ächtung der Gewalt, die kein Mittel der Politik sein könne — wie sollte man ,,Ächtung" auch institutionalisieren und sichern —, sondern um die Zivilisierung der Politik unter Anerkennung ihres Gewaltcharakters.

Gegenwärtig fungiert das Pochen auf völkerrechtlichen Regeln und der Verweis auf deren ultima ratio meist als Legitimation des Golfkriegs. Es scheint ein Leichtes, die hier referierten Positionen Kants und Hegels in diesem Sinn zu aktualisieren: Man setze für ,,Völkerbund" die UNO, für ,,Republiken" oder ,,vernünftige Staaten" die westlichen Demokratien und für den ,,Despoten" Saddam Hussein, und man hat beide Autoren unter das Motto ,,Den Westen verstehen" gebracht. Zieht man Hegels Position zum Krieg hinzu, die ja nur das explizit macht, was Kant implizit sagt, dann rundet sich das Bild scheinbar ab. Aber dem ist nicht so.

Zunächst muß man sehen, daß es geschichtliche Grenzen für Kants *und* Hegels Position gibt. Beide gehen von der Vorstellung einer Partialisierbarkeit des Krieges aus. Die technischen Mittel und die strategischen Optionen des Krieges im 20. Jahrhundert haben aber zu einer *Totalisierung* geführt. Im Zeichen von konventionellen und nicht-konventionellen Massenvernichtungsmitteln und ,,ökologischer" Kriegsführung erscheint Hegels Behauptung naiv und antiquiert nach einem Krieg schössen ,,die Staaten wieder auf". Allein von daher muß das

▶ Den Westen verstehen ◀

von Hegel so genannte ,,Sollen" des Friedens in aller Drastik politisch institutionalisiert werden. Zwar gibt es nach wie vor keinen Grund zu der Annahme, die Reflexion auf unmittelbare und mittelbare Kriegsfolgen verhindere als solche bereits jeden Krieg — für Hegel wäre dies zuletzt mit der Selbstaufgabe eines Staates verbunden. Gleichwohl spielt diese Reflexion im politischen Prozeß selbst eine wichtige Rolle. Es spricht von daher gegen die Kritiker der Friedensbewegung, daß sie deren Engagement gegen Tod und Verkrüppelung andere ebenso wie gegen die politischen und ökologischen Konsequenzen des Golfkrieges als Angstkommunikation, unpolitischen Pazifismus oder deutschen Neutralismus abgefertigt haben, anstatt in diesem Engagement den Ausdruck politischer Bewußtheit — ein ,,sittliches Moment" im Sinne Hegels — zu sehen.

Der Vorwurf des Antiamerikanismus geht nicht nur an der Breite und differenzierten Meinungsbildung der Friedensbewegung vorbei, er trifft nicht zuletzt jene ,,sittliche Substanz" (Hegel) selbst, um derentwillen es sich tatsächlich lohnt, den Westen zu verstehen. Wenn sich die politische Kultur hierzulande und in den USA nicht mehr leisten kann, die Bedingungen und Folgen der Handlungen ihrer politischen Vertreter öffentlich zu bedenken und demonstrativ in Frage zustellen, dann verdient sie ihre Verteidigung nicht länger. Gerade weil ,,ganze Generationen zumindest in Westdeutschland von den Erfahrungen der amerikanischen Bürgerechtsbewegung Demokratie gelernt haben" (Paul Ciupke u.a. *links* Nr. 249), *gibt* es Demonstrationen dieser Art hierzulande; sie richten sich denn ja auch nicht gegen die amerikanische Bürgerrechtsbewegung, sondern gegen eine amerikanische Regierung, die sich ihrerseits einer amerikanischen Antikriegsbewegung gegenübersieht. Es schient mir fatal, daß ein Stück gelungener ,,Re-Education" in deren Scheitern umgedeutet wird.

Zweitens leidet der Übersprung von Völkerrechtsnormen zu Kriegshandlungen an einem eklatanten *Mangel an Vermittlungen*. Es geht nicht allein darum, daß ,,der Westen" seine Selbstbindung an UNO-Resolutionen bislang nicht minder stark von eigenen Interessen abhängig gemacht hat als etwa der Irak, obgleich politische Nicht-Anerkennungen dieser Art die westlichen Argumente in den arabischen Staaten und den Drittweltstaaten überhaupt zur Scheinheiligkeit verurteilen. Wie will man ,,,Kalkulierbarkeit in der internationalen Politik" (Dan Diner am 31.1. auf einer Veranstaltung in Frankfurt) einfordern, wenn man selbst so unkalkulierbar mit UNO-Resolutionen umgeht? Es geht dann aber auch darum, daß die westliche Diplomatie unter Führung der USA einen auf Interessenausgleich zielenden Verhandlungswillen nicht gezeigt hat, sondern sehr früh auf Krieg setzte. Das betrifft die amerikanische Unbeweglichkeit im Palästina-Problem ebenso wie die Haltung zum Konflikt zwischen Irak und Kuwait selbst. Auch und gerade wenn man Interessenpolitik innerhalb der UNO mit der ultima ratio des Krieges betreibt, hätte hier vieles für einen friedlichen Weg gesprochen. Dabei geht es nicht um die Opferung von Prinzipien (,,Mit Erpressern verhandelt man nicht"), sondern einzig und allein um die Reflexion auf deren politische Realisationsbedingungen.

Wer, wie die USA, Kuwait schützt und seine Souveränität wiederherstellen kann, kann auch für ein Arrangement der Kuwaitischen Führung mit dem Irak sorgen — be-

sonders dann, wenn ein ,,Nebeneffekt" des von Irak angezettelten Krieges gegen Iran der Schutz der Kuwaitischen Ölfelder und seines Kapitals vor einer iranischen Hegemonie war (die nach einer starken Schwächung des Irak eher wahrscheinlicher geworden ist). Gerade die Durchschaubarkeit der Motive für die irakische Annexion vom 2. August 1990 — die Vertreter einer prowestlichen Position verweisen ganz zurecht darauf, daß die Lösung der Palästina-Frage sicher nicht zu ihnen gehörte — hat die irakische Politik als weitgehend berechenbar offenbart. Im übrigen ist man auch dann von einer friedlichen Lösung des Palästina-Konflikts nicht entbunden, wenn dieser mit der Irakischen Annexion nichts zu tun hat. Gerade die EG-Staaten hätten nicht nur ihre eigenen alten Positionen zu dieser Frage ins Verhandlungs-Spiel bringen können, ohne das Gesicht zu verlieren. Sie hätten damit Saddam Hussein ein Legitimationsmittel aus der Hand genommen, das ihm in der Region große Sympathien eingebracht hat, die Kriegskoalition ernsthaft gefährdet und die unkontrollierbare Ausweitung des Krieges mit sich bringen kann. Es könnte durchaus sein, daß man Israel durch prinzipienfeste Intransingenz einen Bärendienst erwiesen hat.

Gerade im Hinblick auf die Sicherheit Israels erklären einige Vertreter einer prowestlichen Position, das Kriegspotential des Irak sei ohnehin ein Gefährdungsfaktor in der Region und müsse ,,restlos zerstört" (Thomas Voss, *links* Nr. 249) werden; ein Krieg im Nahen Osten hätte ,,so oder so geführt werden" müssen (Micha Brumlik, *Kommune* 2/91). Daß man sich damit von der völkerrechtlichen Position entfernt hat, um deren Durchsetzung es angeblich ging, liegt auf der Hand. Schwerer wiegt jedoch auch hier der Mangel an Vermittlung, an Reflexion auf die eigene Position. Welches Modell internationaler Politik vertritt man da eigentlich? Die nächsten Kandidaten, die dem Szenario einer ,,heißen Abrüstung" des Irak folgen könnten, lassen nicht lange auf sich warten. Wer zerschlägt Pakistans Atompotential, wer vernichtet Libyens Giftgasfabriken? Im Verein mit der UNO und mit von Fall zu Fall ausgewählten Verbündeten könnten die USA solche ,,internationalen Polizeiaktionen" (Micha Brumlik) natürlich nur dann ausführen, wenn sie — oder die Japaner und die EG — diese Verbündeten mit Geld und Waffen unterstützen würden. Was als militärische Befriedungsaktion ansetzt, würde sich als eine endlose Spirale der Auf- und Abrüstung mit katastrophalen Folgen erweisen. Schließlich sind es ja auch die Waffen der Industriestaaten, die sich am Golf nun gegen sie richten.

Ein Wort zu Carl Schmitt, an den Micha Brumlik in diesem Zusammenhang erinnert. In der Tat: Schmitt steht für eine deutsche Tradition, die internationalen Konfliktregelungsmechanismen skeptisch, ja feindlich gegenübersteht. Es war ein kurzer Weg von der Völkerbund-Kritik im ,,Begriff des Politischen" von 1927 zum Völkerbund-Austritt

Zur ,,Logik des Krieges"

Vorläufige Fragen eines lesenden Professors auf fragwürdige Antworten

Rechte?

Die Aliierten garantieren die Existenz des Völkerrechts. Garantieren sie auch die der Völker? Sie kämpfen mit ihren Bomben — so lese ich — im Namen der Menschenrechte. Meinen sie alle Menschen?

Öl für Blut?

,,Kein Blut für Öl!", so lese ich in Spiegelschrift auf einem Transparent, hinter dem ich zum Marktplatz laufe. Und ich weiß, was es sagen soll. Aber was sagt es noch? Daß andere Anlässe zum Aderlaß sinnvoller sind? Und wenn es gar nicht nur um Öl geht in diesem Krieg? Wäre es dann besser, die Haut zum Weltmarkt zu tragen? Heißt das: Wenn schon Blut, dann für ...? Ja für was? Für den Heldentod, in einem heiligen oder menschengerechten Krieg, für die Ehre oder die wirtschaftliche Ordnung der Herren dieser Welt ...?

Ökologische Katastrophe?

Was ist das für eine Katastrophe? Was wird gänzlich gewendet? Wer gerät aus dem Gleichgewicht? Wer ist aus ihm geraten? Die Natur spielt nicht mit? Also spielt man ihr mit, und mit ihr? Machen ,,wir" die Kriegsgeschichte zur Naturgeschichte?: ,,Jetzt ist aber Schluß. Jetzt zeigen wir es ihm, diesem vorderorientalischen Ölteppichhändler!" Wer zeigt hier wem eigentlich was?

Antiamerkanisch?

Die Demonstranten gegen den Krieg seien antiamerkanisch — so höre ich. War die USA-Politik in Panama, Nicaragua, Kuba, Grenada, Chile ... antiamerikanisch? Oder lügt nur mein Atlas? Verwechselt sich dieser Präsident der freien Welt, dem immerhin rund 20 % ,,seiner" Staatsbürger ihre Stimme abgaben, mit ganz Amerika? Nur weil eine Minderheit in Deutschland gegen ,,seine" Kriegspolitik auf die Straße geht? Und sind die gegen seine Politik protestierenden Amerikaner in den Straßen seiner Hauptstadt antiamerikanisch? Gehören die Giftfabriken, die Rüstungsfabriken, gegen die wir hier stehen, alle ,,den" Amerikanern? Also auch den Bergbauern in Peru? Wird mein Protest gegen die Mafia hierzulande, wie alle Opposition, demnächst als ,,antideutsch, als undeutsch, als artfremd" propagiert? Wem nützt dieser internationale Nationalismus?

Antisemitisch?

Antisemtisch seien die Demonstrationen gegen den Krieg — so behaupten es die Begünstiger von ,,ganz normalen Waren und Exporten", die jetzt grauenhaft auch auf Israel einschlagen. Oder explodiert in Tel Aviv und Haifa nur das ,,gute Gewissen" dieser Kriegsproduzenten? Welche Demonstranten haben die Sprengköpfe zum Abschießen gebaut und daran ,,verdient"? Wer bestreitet, mit seiner realexistierenden Politik das Existenzrecht — nein, die Existenz — der Menschen in Israel und der ganzen Region? Die demonstrierenden Schülerinnen und Schüler?

Ist eigentlich bekannt, daß die Bewohner der ganzen Kriegsregion als ,,Semiten" bezeichnet werden? (So steht es in den ethnologischen Büchern). Ist dann dieser ganze Krieg nicht ,,antisemitisch", den sie mit ,,arischen" Waffen führen lassen? Wem nützt diese rassistische Propaganda?

Teuer?

Teuer zu stehen käme uns dieser Krieg; teurer als zuvor gedacht. So höre ich. Wer hat vorher was gedacht?

Dachten sie nur an die Milliarden, die ,,wir" jetzt solidarisch dem US-Haushalt ,,zu-schießen" dürfen? Und wo schießen die dann hin? Wieso ist auf einmal diese Zerstörung der ,,Dritten Welt" soviel mehr-wert, als alle ,,Entwicklungshilfe" zusammengerechnet? Oder ist das ihre Entwicklungshilfe als Selbsthilfe?

Wer zählt die Milliarden, die den milliardenfach Verelendeten dort gestohlen bleiben? Wer zählt die Opfer in Bangladesch, im Jemen ... Wer kennt die Namen? Sind die Menschen so unverschämt ,,überflüssig" gemacht worden, weil sie nicht einmal mehr die Menschenwürde haben, ausgebeutet zu werden? Wie teuer ist ,,unsere" Menschenwürde: was ist sie wert?

Sprechen die Waffen?

Mit wem verständigen sich stotternd die Maschinengewehre? Spricht hier nicht nur die allseitig entfaltete Dummheit derer, die Waffen für sich sprechen lassen, weil sie unfähig sind, sich anders auszudrücken?

Wäre doch die Sprache eine Waffe gegen diese Sprache der Waffen.

JOHANNES BECK

Hitler-Deutschlands im Oktober 1933. Dennoch irrt sich Brumlik, wenn er ,,Schmitt und seine marxistischen Epigonen" zu den Urvätern der deutschen Friedensbewegung stilisiert. Schmitt betont nur — in der Überspitzung seines Kampfes gegen das ,,Versailler System", den bürgerlichen Liberalismus und fundiert in einem dezisionistisch-existentialistischen Politikbegriff —, was Brumlik selbst für sich und gegen die Friedensbewegung reklamieren zu können glaubt: daß ein Völkerbund, soll es ,,nicht nur um Papier" gehen, von ,,tatsächlicher Geltung und der Deckung durch Macht abhängig ist" (Brumlik). Gerade wenn man dem Begriff Menschheit mehr abgewinnen will als jene Betrugsabsicht, die sich Schmitt zufolge hinter ihrem Gebrauch allein verbirgt, ist man gehalten, ihn nicht zum ,,Vehikel des ökonomischen Imperialismus" (Schmitt) verkommen zu lassen.

▶ Das westliche Kultur- und Zivilisationsmodell ◀

Ein letzter Punkt: das westliche Kultur- und Zivilisationsmodell, das Autoren wie Kant und Hegel nachdrücklich und meines Erachtens mit guten Gründen verteidigen, hat gerade darin seine Stärke, daß es reflexiv ist. Das gilt für zwei der wichtigsten kulturellen Entwicklungsfaktoren des Westens: die christliche Religion und die politische Institutionalisierung von Freiheitsrechten.

Für Kant und Hegel ist es — sicher auch aus eurozentrischen Gründen — ausgemacht, daß der Glaube an den Erlösergott, der zu den mittlerweile säkularisierten Antriebskräften für die westliche Kultur gehörte, dem Glauben an die Allmacht und Größe Allahs überlegen ist. Die größere Humanität und Freiheit, die dem Christentum dieser Auffassung nach innewohnt, verbietet seinen Anhängern aber gerade, auf andere Menschen nur deshalb einzuschlagen, weil sie ,,Ungläubige" sind. Die Kreuzzüge, deren Metaphorik und Mentalität heute leider gezielt-ungezielt lanciert werden, sind daher für Hegel eine einzige Sünde gegen Geist und Buchstaben des Evangelismus gewesen. Das unreflektierte Gefühl eigener Überlegenheit hat seitdem noch öfter dazu beigetragen, daß die vom christlich geprägten Westen unterworfenen Völker dem Kreuz sehr zwiespältig gegenüberstanden. Das Komplement der Verdrängung eigener Mängel ist die Konstruktion der Anderen aus ihren vermeintlichen oder wirklichen Mängeln heraus.

Wer den Dialog zwischen Islam und Westen fordert und ihn zugleich unter das Schema ,,Irrationalität versus Rationalität" zwingt, hat ihn bereits beendet. Der Gebrauch westlicher Rationalität zeigt sich gerade dann, wenn sie zu einer differenzierten Wahrnehmung der Rationalität ,,des" Isalm, seiner quasi-konfessionellen, kulturellen und nationalen Brechungen führt und vor allem die sozialen und politischen Bedingungen islamischer Bewegungen nicht ausblendet. Die meist völlig undifferenzierte westliche Rede vom ,,islamischen Fundamentalismus" verheißt hier nichts Gutes.

Auch *politisch* besteht ein enger Zusammenhang zwischen westlicher Rationalität und ihrer Reflexion. Das praktische und theoretische Projekt, das die Tradition der westlichen politischen Philosophie bewegte, war der Gedanke einer freiheitlichen politischen Ordnung auf der Basis der Menschenrechte. Die größten Vertreter dieser Tradition haben dabei nicht auf die Abschaffung von Gewalt gesetzt, sondern auf ihre Regulierung und Einschränkung unter der Perspektive von ,,Freiheit und Gesetz" (Kant). Zum ,,Westen" gehört, daß auch dies umstritten ist, wie der christliche Pazifismus, der Anarchismus oder der Sozialismus zeigen. Und zum ,,Westen" gehört auch, daß man die Bedingungen der Existenz dieser politischen Prinzpien nicht vergißt. Die Dialektik der Aufklärung gehört zur Aufklärung hinzu, oder sie ist keine. Wer die Werte der westlichen Welt verteidigen will, hat damit die Verpflichtung übernommen, die faktischen Voraussetzungen, auf denen sie beruhen und die Konsequenzen, die ihre Realisierung haben, in seine Argumentationen einzubeziehen. So hat Hegel im ,,Handelsgeist" nicht mehr länger nur das Widerspiel zum Krieg gesehen, sondern in der ökonomischen Dynamik der bürgerlichen Gesellschaft auch einen Expansionismus ausgemacht, der den Frieden immer wieder droht. Das Gebetsmühlenhafte und ungerührt Besserwisserische vieler antiimperialistischer Gruppen, die im Golfkrieg nur einen weiteren Beleg ihrer Thesen über die Verderbtheit der kapitalistischen Weltordnung verbuchen, entlastet die Vertreter einer reflektierten westlichen Position keineswegs davon, die politisch-ökonomischen Antriebskräfte des Westens aufzudecken und sich gegen sie zu wenden, wo sie die ,,daseiende Freiheit" (Hegel) der Anderen zerstören oder bedrohen.

Fatalerweise scheint derzeit (Mitte Februar) nur jene ,,große Künstlerin Natur" (Kant) die derzeit vielbeschworene ,,Logik des Krieges" durchbrechen zu können. Nach über einem Monat Krieg gibt es kein sichtbares Zeichen ernsthafter Verhandlungsbereitschaft auf beiden Seiten. Saddam Hussein — nach Hobbes'schen Maßstäben ein gescheiterter Staatsführer, der seine Untertanen nicht zu schützen vermag — könnte darauf setzen, daß die westlichen Demokratien eigene Opfer ab einer bestimmten Größenordnung für so gewichtig halten, daß die Fortsetzung des Krieges unmöglich wird. Ob sich sein ,,Despotism" (Kant) dabei jedoch wirklich ausgezahlt haben wird, bleibt angesichts der irakischen Opfer offen. Sicher scheint mir jedoch, daß es viel leichter fiele, den Westen zu verstehen, wenn er sich unter dem Druck seiner Öffentlichkeit zu einer veränderten Politik entschließen könnte. ■

Falsches Fortissimo

Die Linke hat es schwer mit der Welt. Der Realsozialismus ist gescheitert, positive Utopien zuhauf sind geborsten, und die neue administrative Form, die die Bundesrepublik gefunden hat, bereitet Orientierungsprobleme. Es ist unbequem, unpopulär und in jeder Hinsicht schwierig, durchzuhalten — nicht alten Glauben und schale Gewißheiten, sondern eine prinzipielle und kritische Reflexion der Verhältnisse, gerade, wenn sie so rauh sind. Da liegt es nahe, sich zu erklären, zu bekennen — gegen die von gestern, gegen die Dummen und Vereinfacher, und gegen den eigenen Zweifel.

Nicht lange ist es her, daß die DDR als System, als Entwicklungsmodell scheiterte. Die Eigenstaatlichkeit war nicht mehr zu halten, das ,,Modell Bundesrepublik" übte einen unwiderstehlichen Sog aus. Während die innere Seite der Vereinigung sich als so problematisch erweist, wie es Realisten voraussahen, kommt nun auch die Außendimension des zusammengefügten Deutschland unter Druck — nur anders, als noch vor einem halben Jahr vermutet. Statt der neuen Großmacht, vor der man, Gechichte eingedenk, auf der Hut zu sein habe, wird nun eine zögernde, unsichere Kleinmittelmacht entdeckt, die die Verbündeten im Stich läßt und zu sich selbst nicht finden kann. Michel taucht weg, Barschecks aus dem Fenster werfend. Das ist die vorherrschende Sicht in den Hauptstädten und maßgeblichen Medien der Westmächte.

Die Sowjetunion hatte ihre Kriegsbeute DDR, lange als Faustpfand, Lieferant und Westbrücke für unverzichtbar gehalten, bekanntlich aus innerer Schwäche preisgegeben, für ein Beiwerk aus realen Milliarden und wolkigen Hilfs-Hoffnungen. Die Sorge vor einer international zu unbefangenen oder dreist agierenden Bonner Politik spielte in Moskau kaum eine Rolle. Die Stärke der BRD wurde ökonomisch gelesen und als zu nutzender Vorteil interpretiert. Daran hat sich nichts geändert, soweit die inneren Wirren und Reformkonvulsionen einen Blick nach draußen noch zulassen. Insofern ist die sowjetische Deutschlandpolitik konstanter als die der NATO Staaten, deren Deutschland-Bild ähnlich erratisch und verunsichert ist wie die offizielle deutsche Politik selbst. Herr Genscher ist ein kluger Mann, aber auch ihm kann es nicht gelingen, die großen und langen Linien einer bescheiden ausgefüllten Rolle von international gewachsenem Gewicht in die anscheinend unübersichtliche Jetzt-Politik, in die Anforderungen zwischen Golf und Ostsee zu übersetzen. Aber darum soll es hier gar nicht gehen.

Für die nicht von vornherein staatstragenden Kräfte, die auch und gerade in der *links* noch einen Platz für ihre oft noch hilflosen Debatten sehen, muß es dringlich sein, sich ein theoretisch fundiertes und praktisch brauchbares Bild davon zu machen, welche Position Deutschland in einem sich derzeit stark wandelnden internationalen System einnehmen wird. Dazu müßten Debatten organisiert werden, die internationalen Systemwandel, den knirschenden Systemwechsel in Osteuropa, die neuen ökonomischen und politischen Konstellationen sowie akute Risiken und Gefährdungen (Klima und Ökologie, Migrationen, Technologiekonkurrenz, Proliferationen, ,,Verinselung von Reichtum" usw.) und die Rolle einer technologisch leistungsfähigen, stark außenhandelsbezogenen und politisch in Europa bis in den Nahen Osten hinein einflußreichen Bundesrepublik in einen Zusammenhang bringen. Erst auf dieser Grundlage einer präziseren Vorstellung der objektiven ökonomischen und politischen Rolle der BRD kann es Sinn machen, zu einer dann klarer werdenden deutschen Politik nach außen eine eigene Position zu beziehen, die nicht verbissen und atemlos eigene Gefühligkeiten, Ängste, Obsessionen und Anerkennungswünsche bedient.

Stattdessen erleben wir, daß sich eine ritualisierte, feindselige Polemik entwickelt, deren Pole entweder einem frommen Antiimperialismus oder einem schneidigen Anti-Husseinismus verpflichtet sind. Während ersteres nicht weiter wunder nimmt, überrascht doch die Verve, mit der ein wachsender Teil der Altlinken nun zu den Waffen ruft — an der Seite der USA, für Israel und gegen den Diktator, über den viele Genaues bis vor kurzem allerdings auch nicht wußten.

Beide Verkürzungen hätten in der *links* nichts zu suchen. Die in der westeuropäischen Wärme bellikosen Jünger-Marschierer allerdings haben ihren Platz gefunden. Rechts von Moskau, bitte sehr, aber auch vom Kanzleramt in Bonn, vom Elisee und von Teilen der amerikanischen Öffentlichkeit werden die ,,für die UNO kämpfenden Truppen" aufgerufen, das ,,Angriffs-Potential des Hussein-Regimes restlos" zu zerstören — kein Gedanke daran, was das in militärischer Logik heißt, wird aufgewendet. Ein angeblich aufkommender deutscher Neutralismus (wo aber ist er?) wird, wohl zu Recht, aber unargumentativ verworfen, um darauf die ,,Großmacht Deutschland" staatsmännisch zu drängen, ,,die ihr zukommende Verantwortung (zu) übernehmen" und ,,die ihrer ökonomischen und politischen Bedeutung entsprechenden Beiträge zu leisten", ,,erforderlichenfalls auch militärisch". Braucht die *links* einen Gerd Bucerius?

Dieser Beitrag hätte nicht erscheinen dürfen. Nicht wegen der implizierten Positionen zu ,,Neutralismus" und ,,Großmacht Deutschland", nicht wegen der Kritik an ,,der Friedensbewegung", die ja höchst diskutabel ist. Sondern: Hier werden Appelle getrommelt und Gewißheiten zurechtgebogen, die jetzt gerade vermieden werden müssen — weil es sie nicht gibt. Ein kritisches, im Zweifel linkes Blatt darf jetzt nicht hinter die Differenziertheit und Nachdenklichkeit der ,,Zeit", hinter die unvermeidliche Unübersichtlichkeit zurückfallen.

Viel zu viel wissen wir nicht, oder nicht genau, viel zu unklar sind Ereignisse und Abläufe, teilweise auch Interessen, um sich daraus mit einer angespitzten Feder befreien zu können — zu einem kümmerlichen, floskelhaften Antiimperialismus oder, folgenschwerer, zur Versöhnung mit traditionsdeutscher Bravour. Beides kann auch nur scheinbar gelingen, unter striktem Reflexionsverzicht — mit welchem intellektuellem Instrumentarium muß sich nun Jürgen Habermas' ,,Wider der Logik des Krieges", ,,Zeit" Nr. 8, vom *links*-Autor Voss in die richtige geistige Schlachtreihe geschoben sehen?!

Unsicherheiten, Identitätskonflikte, Wertekonkurrenzen müssen ausgehalten, ausgetragen, ausgestritten werden, in zu veranstaltenden Debatten. Gerade die Positionen, die jetzt wirklich ,,zu beziehen sind" — für die Zivilbevölkerung in der Kriegsregion, für die sichere Existenz Israels und der Palästinenser im Rahmen einer neuen Nahost-Sicherheitsstruktur, für eine Umverteilung der Ölexporterlöse — liefern leider nicht die Wege frei Haus, auf denen sie zu erreichen sind.

Besser als viele der fortissimo-Takte im vorderen Teil der letzten *links* wäre noch allemal Schweigen — wenn man denn sonst hinter die Diskussionen in Brüsseler und Bonner Amtsstuben und hinter betulich-liberale Wochenblätter zurückfällt. Der Doppeltitel vorne auf diesem Journal läßt sich weder durch das Erschreiben der Ehrenmitgliedschaft in den ,,Republikanischen Garden" noch bei den Marines legitimieren. Und auch nicht mit einem zackigen, zehn Jahre verspäteten Antitotalitarismus á al nouvelle philosophes, die schon zu Nachkriegszeiten den finalen Durchschlag zur Demokratie als Nuklearpilz möglich dachten. Dies ist die Logik, die uns nun auch 1991 aufbereitet wird, ,,restlos" und endgültig. ■

links-INTERVIEW

„Das sind Dramen“

Untersuchte man die Gründe, aus denen sowjetische Juden ihr Land verlassen wollen, so wären für die meisten wahrscheinlich zuletzt keine anderen maßgebend als für alle Ausreisewilligen: wirtschaftliche Not, politische Unsicherheit, ungünstige Zukunftsaussichten. Leider gibt es jedoch auch eine lange Tradition des Antisemitismus in der Sowjetunion und Kräfte, die die neue Freizügigkeit zu mißbrauchen versuchen, um diese wiederzubeleben. Zum Glück sind alle Befürchtungen z.B. über Pogrome bislang weitgehend solche geblieben. Die Angst der Menschen, die dennoch vorhanden zu sein scheint, entsteht aus der realen Schutzlosigkeit und aus historischer Erfahrung. Gerade die Deutschen müssen sich für das Schicksal der sowjetischen Juden mit verantwortlich zeigen. Darum geht es u.a. in dem nachfolgenden Interview, das Petra Bonavita-Lindloff und Peter-Erwin Jansen mit Dalia Moneta führten. Dalia Moneta arbeitet in der Sozialabteilung der Jüdischen Gemeinde Frankfurt, wohin die ausgereisten sowjetischen Juden nach ihrer Ankunft in der Stadt zuerst kommen.

In einem Rundschau-Artikel vom 11. Januar erwähnst Du, daß bisher 150 sowjetische Juden nach Frankfurt gekommen sind. Hat sich diese Zahl seither geändert, und welche Tendenz siehst Du für die Zukunft?

Dalia Moneta: Die Tendenz ist steigend. In den letzten Wochen sind noch einmal ca. 80 Leute dazugekommen. Bundesweit sind im Jahr 1990 vielleicht um die 2500 gekommen. Alles weitere hängt davon ab, ob die Sowjetunion Ausreisegenehmigungen erteilt, und ob die deutsche Botschaft in Moskau einer Einreiseerlaubnis zustimmt. Das ist nicht so einfach. Bis jetzt reicht ein Besuchervisum aus, weil es momentan eine relativ großzügige Regelung des Hessischen Innenministeriums oder auch von Berlin und Nordrhein-Westfalen gibt. Die besagt, egal wie die Leute über die Grenze gekommen sind, wenn sie jüdisch sind, werden wir sie aufnehmen. Wenn die Leute hierherkommen, sind für alles weitere die Länder und Gemeinden zuständig.

Das ist keine Regelung des Bundes?

Dalia Moneta: Bisher war es eine Landesregelung. Ab 15. Februar gibt es eine neue Bundesregelung, die anders aussieht. Sicher ist, daß die sowjetischen Juden nach dem Gesetz dann offiziell „Kontingentflüchtlinge“ sind. Wie diese Regelung aussehen wird, muß die Praxis erweisen. An der Praxis orientiert wird man eine Menge Zusatzmaßnahmen machen müssen.

Was bedeutet das, und wie sieht das praktisch aus?

Dalia Moneta: Damit signalisiert man nur, daß die BRD nicht unkoordiniert Massen aufnehmen kann. Was ja auch stimmt. Ein Beispiel: Nehmen wir den Wohnraum in Frankfurt. Wohnungen in Frankfurt sind leider nicht frei disponibel und die Mieten sind enorm hoch.

Praktisch bedeutet dieser neue Status, daß die Flüchtlinge ein Anrecht auf einen Fremdenpaß haben. Das ist hilfreich, weil sich dadurch viele bürokratische Hürden verkleinern. Der „Kontingentflüchtling“ hat ein Anrecht auf einen Fremdenpaß, er bekommt direkt eine Arbeitserlaubnis, erhält Sozialhilfe und hat ein Anrecht auf eine Wohnung.

Weißt Du etwas darüber, wie die Ausreiseanträge in der Sowejtunion behandelt werden, wie lange das dort dauert, wieviele Anträge gestellt wurden?

Dalia Moneta: Die Leute gehen zur deutschen Boschaft in Moskau und sagen: Wir sind Juden und wollen z.B. nach Deutschland ausreisen. Ich kann allerdings nicht sagen, ob den russischen Behörden prinzipiell egal ist, welches Ausreiseland angegeben wird. Dann kommt es darauf an, ob sie ausreisen dürfen, ob sie ein Besuchervisa erhalten. Probleme gibt es da schon. Denn sie müssen auch Papiere mitbringen, die sie eigentlich nicht mitbringen dürfen. Also z.B. Geburtsurkunden, die wir wiederum benötigen. Bei manchen klappt es nach drei Monaten, bei anderen erst an einem dreiviertel Jahr. Die Warteschlangen vor den deutschen Botschaften sind enorm. Über die Zahlen gibt es eher Gerüchte als eindeutige Angaben.

Probleme, die Ausreise zu finanzieren, bestehen nicht?

Dalia Moneta: Für manche ist es sicher schwierig. Ich denke, das ist aber in der Regel kein so großes Problem. Der Rubel ist ja als Zahlungsmittel im Alltag nicht soviel wert. Der liegt auf der hohen Kante. Es ist ähnlich wie in der ehemaligen DDR. Man bekommt kaum etwas für sein Geld und ernährt sich eigentlich über eine Form von illegalem Im- und Export.

Müssen Schmiergelder bezahlt werden?

Dalia Moneta: Ja, jede Menge. Das gehört absolut zu allem. Das wird miteinkalkuliert.

Liegen die Gründe der Ausreise in einer eher gefühlsmäßigen Angst vor einem wachsenden Antisemitismus zurückführen oder sind dafür schon konkrete Erfahrungen mit einem öffentlich auftretenden Antisemitismus ausschlaggebend?

Dalia Moneta: Teils, teils. Es sind schon konkrete Erfahrungen: Hakenkreuzschmierereien, Davidsternschmierereien an ihren Häusern oder daß ihre Kinder in der Schule verhauen wurden. Keine neue Erfahrung ist, daß sie innerhalb der Hierarchie der Partei, in Ämtern, beruflich als Juden über eine bestimmte Stufe nicht hinauskommen. Es gab auch Quotenbestimmungen für das Studium. Das kennen sie schon sehr lange. Das gilt aber, denke ich, auch für Armenier oder Aserbeidschaner, außer in deren eigenen Republiken.

Es existierte schon immer ein Antijudaismus der Bürokratie. Was vor einem Jahr entstanden ist, ist wesentlich massiver und gewalttätiger. Es gab große antisemitsche Kundgebungen. Jewtuschenko z.B. hat andererseits zu einer großen Gegenkundgebung aufgerufen und appelliert, die Jüdische Gemeinden und Synagogen zu schützen. Das ist massenhaft befolgt worden,

stärker als wir hier aus der Presse erfahren haben.

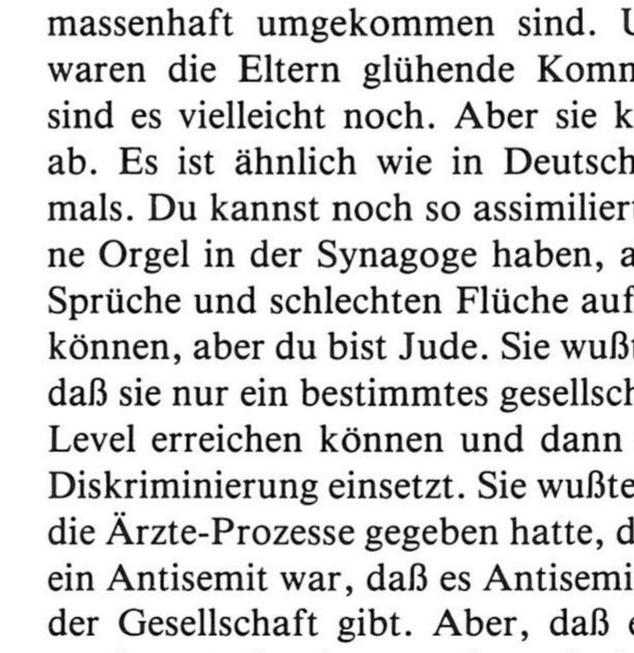
Die russischen Juden sind traumatisiert. Sie sind davon traumatisiert, daß sie meistens nicht geschützt wurden, obwohl es in der sowjetischen Verfassung ein Anti-Rassismus Gesetzt gibt.

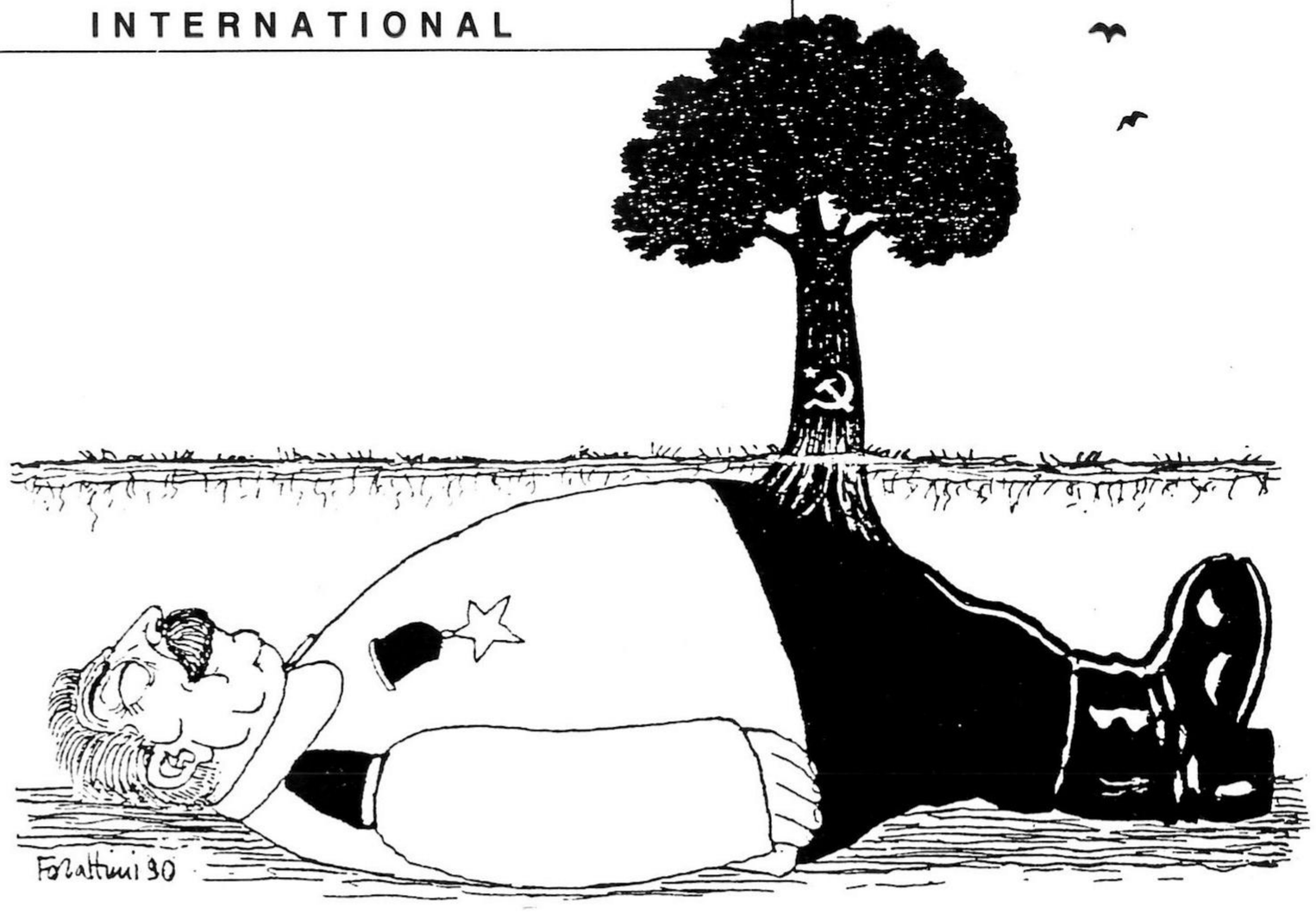
Vor einem Jahr ist, wie man hier hören konnte, die Pamjatbewegung mit antisemitischen Parolen verstärkt in der Öffentlichkeit aufgetreten. Bezieht sich das darauf?

Dalia Moneta: Ja. Es reden auch viele von Pamjat. In ihrem Bewußtsein sind die Demonstrationen von Pamjat die ersten gewesen, die erlaubt waren. Ich weiß nicht, ob das stimmt, ob nicht ganz andere, z.B. nationalistische, die nicht explizit faschistisch waren, vorher erlaubt waren. Aber neben diesen Demonstrationen von Pamjat gab es wie in Leningrad Aufrufe, daß die Juden die Stadt verlassen sollen. Was durch den Rundfunk geschehen ist.

Offiziell über den Staatsrundfunk?

Dalia Moneta: So haben es die Leute hier erwähnt. Sie seien aufgerufen worden, die Stadt zu verlassen, weil man Demonstrationen befürchte. Und das ist ja eine enorm gelenkte Geschichte. Man kann die Bevölkerung dazu aufrufen, die Juden zu schützen oder man kann die Juden auffordern abzuhauen. Und das ausgerechnet in Leningrad. Man muß sich vorstellen, daß die Eltern, Großeltern bei der deutschen Belagerung im Zweiten Weltkrieg mitgehungert haben und massenhaft umgekommen sind. Und z.T. waren die Eltern glühende Kommunisten, sind es vielleicht noch. Aber sie kriegen es ab. Es ist ähnlich wie in Deutschland damals. Du kannst noch so assimiliert sein, eine Orgel in der Synagoge haben, alle guten Sprüche und schlechten Flüche auf Deutsch können, aber du bist Jude. Sie wußten auch, daß sie nur ein bestimmtes gesellschaftliches Level erreichen können und dann doch die Diskriminierung einsetzt. Sie wußten, daß es die Ärzte-Prozesse gegeben hatte, daß Stalin ein Antisemit war, daß es Antisemitismus in der Gesellschaft gibt. Aber, daß es so arg werden würde, das war dann doch nicht so klar. Denn sie wußten auch, daß immerhin zwei Millionen gerettet wurden. Sie sind evakuiert worden und wenn auch Stalin einige ausgeliefert hat oder sie in die Gulags kamen, so sind sie dennoch vor dem Gas geret-





tet worden. Es ist eine ganz schizophrene Gesellschaft aus der sie kommen und das zeigt sich auch in ihren ambivalenten Gefühlen gegenüber dieser Gesellschaft.

Wie wird diese Hierarchisierung, diese Ausgrenzung bürokratisch festgeschrieben?

Dalia Moneta: Das geschieht in der Geburtsurkunde. In der Geburtsurkunde steht, wer Jude ist, was aber der Intention nach als eine Nationalität begriffen wird. Bei anderen Volksgruppen steht die Nationalität auch drin, da die Sowjetunion eine Ansammlung von verschiedenen Nationalitäten ist. Man will bürokratisch orten. Dieses Jewrej hat eventuell damit zu tun, daß der jüdischen Bevölkerung damals ein Territorium zugewiesen wurde, Birobidschan. Lenin sagte damals, ihr könnt ein Territorium mit eigener Autonomie haben, ihr müßt nicht nach Palästina gehen. Am Anfang gab es eine kleine jüdische Pionierbewegung dorthin. Später wurden die Juden von Stalin nach Birobidschan zwangsdeportiert. Ihre ursprüngliche Führung ließ Stalin später ermorden. Das geschah nicht nur mit Juden, sondern auch mit anderen Minderheiten.

Läßt sich sagen, daß die Erfahrung der deutschen Vergangeheit sie dazu bewegten nun schneller zu emigrieren?

Dalia Moneta: Das zeigt sich in ihrem Bewußtsein nur wenig — und ich spreche nur über die Leute, die ich hier betreue. Das ist schon ganz erstaunlich, daß die Frage, nach Deutschland zu kommen, für sie gar nicht so schizophren ist, wie für uns, die ihnen hier weiterhelfen. Sie wollen nicht hierher, sie wollen dort weg! Der größte Teil geht ja nach Israel, immer noch, trotz Krieg. Ich denke, das sind die Leute, die noch am aktivsten etwas mit dem Judentum zu tun haben. Auch wenn sie für israelische Verhältnisse nur wenig Ahnung davon haben. Wir haben in Berlin einen hervorragenden Musiker kennengelernt, der wußte nicht was Bar-Mizwa ist. Obwohl er jüdisch ist, und seine Eltern beide Juden waren, ist es so, daß er sich in erster Linie als Musiker begreift, und um etwas anderes hat er sich nicht gekümmert.

Kannst Du etwas über den Personenkreis derjenigen sagen, die hierher kommen? Aus welchen Berufen, welcher Gegend, welches Alter sie haben?

Dalia Moneta: Es sind oft Leute mit guten Berufen und mit einem Studienabschluß. Ärzte, Professoren, Musiker, Ingenieure und auch einige Handwerker. Das Alter liegt so zwischen 30 und 45 Jahren und es sind viele Familien mit Kindern darunter. Viele kommen aus Städten wie Leningrad, Moskau, Kiew. Aus Kiew kommen sie in erster Linie wegen des Fallout — das ist bei Tschernobyl. Die Kinder von dort sind meist sehr krank, und es wird weniger über Antisemitismus als über den Fallout geredet, weil die Folgen bedrohlicher sind.

Was ist der Grund warum diese Gruppen zuerst emigrieren?

WOLFGANG ABENDROTH - PREIS

Der Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (BdWi) schreibt zum zweiten Mal den "Wolfgang Abendroth - Preis" aus. Das Ende der Ausschreibungsfrist ist der 1. Juli 1991. Der Preis wird im Abstand von drei Jahren verliehen und ist mit 3000.- DM notiert. Eingereicht werden können Arbeiten, die - so der Ausschreibungstext - "einen Fortschritt auf den Gebieten der Geschichte, Politik und Theorie der Arbeiterbewegung, der Erforschung des Faschismus und Antifaschismus sowie der Analyse des Staates, der Verfassung und des Rechts darstellen; außerdem auch Analysen auf anderen Gebieten, soweit sie einen Beitrag leisten zu einer humanen, sozialen und friedlichen Zwecken verpflichteten Wissenschaft." Der Jury des Preises gehören an u.a. Lisa Abendroth, Frank Benseler, Georg Benz, Frank Deppe, Detlef Hensche, Klaus Holzkamp, Urs Jaeggi, Walter Jens, Reinhard Kühnl, Helmut Ridder und Peter Starlinger.

Der Preis wurde erstmals 1988 vergeben an Frau Dr. Elke Suhr für "Carl von Ossietzky - Eine Biografie." Die zur Preisverleihung vorgeschlagenen Arbeiten sollen zwischen 1989 und 1991 abgeschlossen und in der Regel veröffentlicht oder zur Veröffentlichung angenommen worden sein. Der BdWi lädt zur Teilnahme ein. Adresse: BdWi, Postfach 543, 355 Marburg/L.

Marburg, 31.1.1991
Dr. R. Rilling, Geschäftsführer des BdWi

KRIEG UND FLUCHT IN KURDISTAN

TÜRKEI / IRAK

- 500 000 Menschen schon vor Beginn des Golfkrieges geflohen
- In den letzten Tagen flohen: 300 000 Menschen der Stadt Diyarbakir (600 000 Einwohner) und 3/4 der Bewohner der grenznahen Städte Cizre & Silopi
- Alle relevanten Hospitäler & Überlandbusse vom türkischen Militär beschlagnahmt
- Frauen & Kinder & alte Menschen existieren hilflos in Winterkälte entlang den großen Landstraßen in Erdlöchern, Viehställen & im Freien.
- Türkische Regierung verhindert jegliche Schutzmaßnahme & selbst die minimalste Versorgung der Betroffenen

Während die Regierung in Ankara die durchaus erwünschte Entvölkerung Kurdistans auch dadurch fördert, daß ihre Armee die Felder der Vertriebenen mit Flammenwerfern & Bulldozern dauerhaft vernichtet, fliegen die in diesem Land stationierten NATO-Kampfbomber ihre tödlichen Einsätze auf die nord-irakische Kurdenstadt Zakho. Um denen, die dort im Sommer 1988 die Giftgasangriffe Saddam Husseins überlebten, im „Namen der Freiheit" endgültig den Rest zu geben.

STOPPT DEN GOLFKRIEG - FRIEDEN JETZT - „NEIN" ZUR ZERSTÖRUNG KURDISTANS

Medico international hat nahe der irakisch-türkischen Grenze ein sofortiges Hilfsprogramm für die Flüchtlinge eröffnet.
HELFEN SIE UNS BITTE JETZT, DAMIT WIR RASCH & WIRKUNGSVOLL HELFEN KÖNNEN.
STICHWORT: „Flüchtlingshilfe" (Irak / Türkei)
Spendenkonten:
1800 bei der Frankfurter Sparkasse (BLZ 500 501 02)
oder Postgiro Köln 6999 - 508

medico international

Obermainanlage 7 · 6000 Frankfurt 1
Tel 069/499 0041

Dalia Moneta: Nun, sie kennen die Probleme schon lange. Trotz ihrer Begabung und ihres Studiums sind sie immer gedeckelt worden. Sie wurden immer eine Stufe unter dem gehalten, was sie konnten. Alle, die in Leitungsfunktionen stehen, sind über eine Nomenklatura reingekommen und kaum über die Qualifikation. Das schließt die Juden aus. Dann kommen sie aus den großen Städten, wo es schon oft antisemitische Bewegungen gab. Diese Leute waren als Ärzte oder Musiker bekannter und man wußte, daß sie Juden sind.

Diese Menschen kommen nach der Ankunft hier in Frankfurt zuerst zu Euch in die Sozialabteilung der Jüdischen Gemeinde?

Dalia Moneta: Ja. Wir sind in der Regel die Ersten, die sie in diesem fremden Land kennenlernen. Sie haben keine Berührungsängste. Wir kümmern uns dann darum, daß sie schnell eine Unterkunft finden, gehen mit ihnen auf die Ämter, besorgen ihnen Dolmetscher. Das schwierigste Problem ist die Sprache. Wenn das nicht wäre, hätten wohl die meisten sofort eine Arbeitsstelle. Problematisch ist auch die Wohnsituation. Meist kommen sie in Hotels der unteren Kategorie unter, wo dann drei, vier Personen in einem Zimmer wohnen. Das ist schon sehr problematisch. Die Ämter sind im großen und ganzen recht kooperativ.

Sehen die Flüchtlinge, die jetzt hierherkommen, daß die Situation dort auch mit der Perestrojka zusammenhängt?

Dalia Moneta: Sie wissen, daß da ein Zusammenhang besteht. Sie hatten alle große Hoffnungen in die Perestrojka, enorm große Hoffnungen. Viele sind in dieser Zeit aktiv geworden, haben sich in demokratischen Zusammenhängen engagiert und zum Teil immer noch mit sozialistischen Ideen. Manche waren auch schon desillusioniert und haben an nichts mehr geglaubt. Das sagen sie auch, und sie sind traurig darüber, daß diese großen Ideale, die sie trotzdem hatten, nun weg sind. Mancher Vater war noch aktiver Kommunist, manche Mutter aktive Kommunistin. Die Auseinandersetzungen gingen durch die Familien hindurch. Jemand, den ich etwas besser kenne, hat mir erzählt, daß die Großmutter den Vater des Hauses verwiesen hat, weil sie sagte: Du bist ein Agent! Raus hier! Die Alten haben ja noch erlebt, daß die glorreiche Rote Armee den Faschismus besiegt hat. Das geht quer durch alle. Das sind schon Dramen. Die nationalistischen Strömungen, die aus der Demokratisierung hervorgegangen sind, haben diesen Antisemitismus hervorgebracht. Es wird der alte Zusammenhang hergestellt Jude-Kosmopolit-Revolutionär: „Die Juden haben Schuld an der Revolution". Ein jüdischer Arzt aus Moskau brachte mir sogar die russische Übersetzung der „Hundert Weisen von Zion" mit, die dort überall zu haben ist. Das ist dann Demokratie. Das darf man dort verkaufen. ■

MELANIE TATUR

Dilemmata demokratischer Politik in Ostmitteleuropa

Die Undurchsichtigkeit Ost- und Ostmitteleuropas ist nicht zuletzt den Kategorien anzulasten, mit denen wir uns diesen Gesellschaften nähern. Was bedeutet „links" und „rechts" im Kontext der „realsozialistischen" Gesellschaften auf dem Wege zur Transformation?

Melanie Tatur erörtert in dem nachfolgenden Beitrag einige Aspekte dieser allgemeinen Frage am Beispiel der jüngsten Entwicklung Polens. Die Autorin ist Sozialwissenschaftlerin in Warzawa und z.Zt. an der Forschungsstelle Osteuropa in Bremen tätig.

„Links" und „rechts" als Synonyme für Sozialismus und Liberalismus zu begreifen, hieße, die gesamte Spannbreite der um die Solidarność gebündelten Gruppierungen auf die eine und Tymińskis konterrevolutionäre Mobilisierung von marginalisierten Bevölkerungsgruppen und frustrierten Teilen des alten Apparats auf die andere Seite zu stellen. Denn den Sozialismus kann sich heute in Osteuropa kaum jemand anders als in seiner „realen" Form vorstellen.

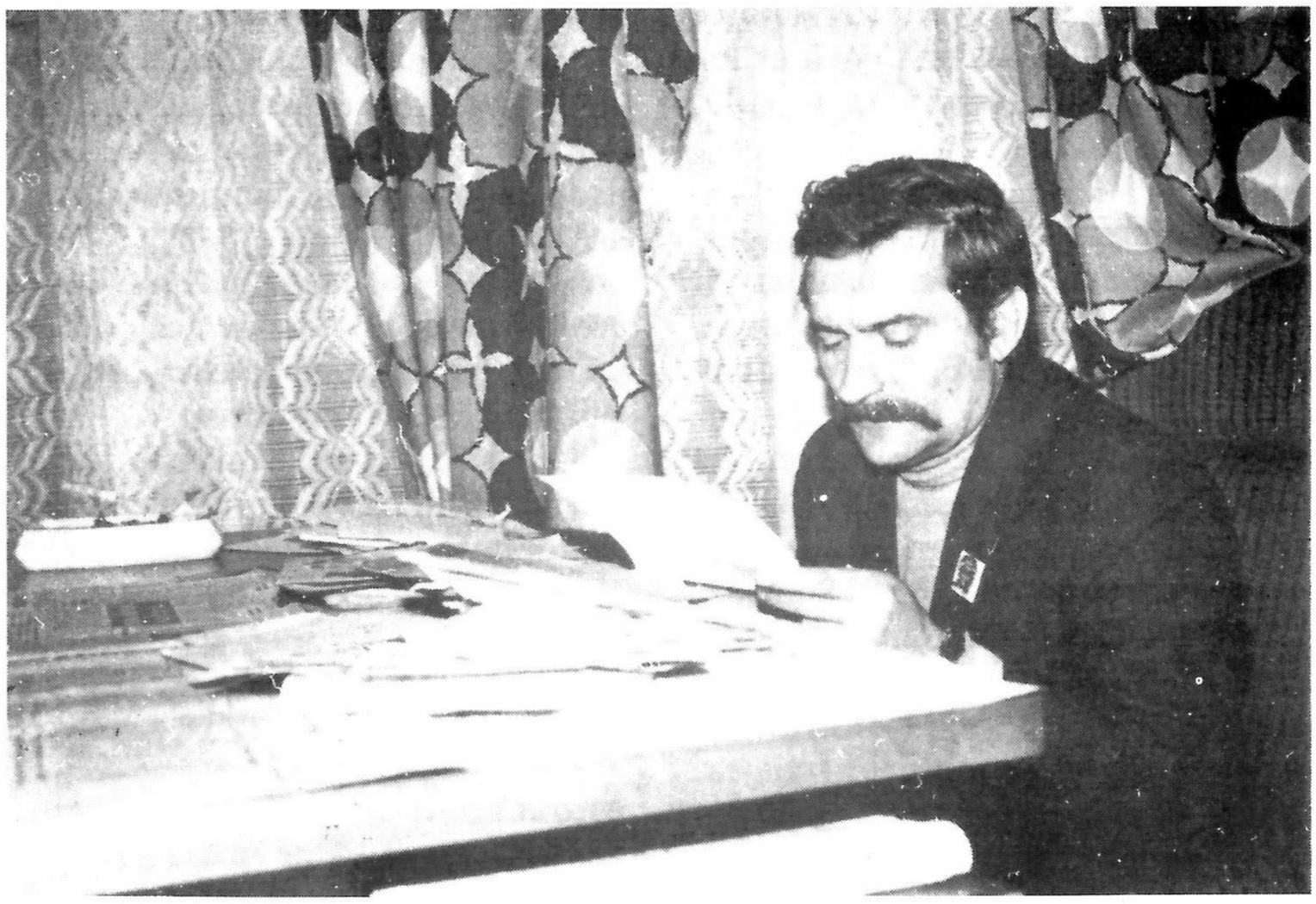
Nehmen wir hingegen ideologische Kriterien als Maßstab der Zuordnung, dann erhalten wir zwar eine breite Palette von Positionen, von der Sozialdemokratie bis zu christlich-nationalistischen Schattierungen, diese aber sind seltsam unwirklich, weder auf soziale Interessen oder gar konkrete soziale Gruppen bezogen noch operationalisiert zu stringenten Programmen. Ja, die ideologisch geprägte Symbolik steht — bei allen Gruppen — in seltsamen Kontrast zu konreten politischen Forderungen. Auf den ersten Blick ist diese Zufälligkeit bei den sozialdemokratischen Gruppierungen zu erkennen, die sich deshalb so schwer abgrenzen können, weil die kapitalistische Marktwirtschaft als deren Korrektiv der soziale Wohlfahrtsstaat funktionieren soll, d.h. der Kontrahent im politischen Spiel, ja erst konstituiert werden muß.

Drittens, die politischen Gruppen, die während des polnischen Präsidentschaftswahlkampfes auftraten, kristallisierten sich um die Personen Tymiński, Mazowiecki und Walesa. Zwischen Tymiński und den beiden Kandidaten der Solidarność stehen konträre politische Zielsetzungen. Der Konflikt zwischen den beiden Repräsentanten der Reformbewegung dagegen, der so engagiert war, daß man den wirklichen Gegner zunächst überhaupt nicht wahrnahm, konzentrierte sich nicht auf politische Ziele sondern thematisierte den Stil, die Form der Politik. Glaubt man Adam Michnik und vielen westlichen Beobachtern und Freunden Polens, dann ging es um eine Entscheidungsschlacht über die politische Kultur in Ostmitteleuropa. Um einen Konflikt zwischen „europäischen", weltoffenen, toleranten, liberalen Demokraten und autoritären, populistischen Nationalisten, um den Kampf des „Neuen" mit dem „totalitären Erbe".

Auch in der sozialwissenschaftlichen Diskussion in Polen besteht eine starke Tendenz, die politische Dynamik in Kategorien der politischen Kultur und der Sozialgeschichte zu deuten. Die in der „Revolution" durchgesetzten demokratischen Institutionen laufen leer, so die These, weil sie von einer „rückständigen" Bevölkerung nicht verstanden und nicht mit Leben gefüllt werden. Rückständigkeit wird kulturell und psychologisch gefaßt, in der Dimension von Habitus und Persönlichkeitsstrukturen. Hier, in den Köpfen der Menschen, habe das „ancien Regime", unter dem die Beziehungen der Menschen durch persönliche Macht und gemeinschaftliche Solidaritäten geordnet und nicht durch Recht und Verträge geregelt worden waren, Spuren hinterlassen, die nun die Demokratisierung blockierten.

Ich halte diese Deutung des Konfliktes für falsch: Im Verhältnis von Gesellschaft und politischer Macht haben sich viele strukturelle Merkmale der alten Ordnung unter der Firnis der neuen politischen Institutionen erhalten. Und dies ist in der *Sozialstruktur* der sozialistischen Transformationsgesellschaft und nicht primär in kulturellen Merkmalen der Bevölkerung begründet.

Die Unübersichtlichkeit der Fronten in Ostmitteleuropa läßt sich nach meiner Überzeugung nur aus der Analyse der Widersprüchlichkeit von politischer und sozialer Revolution entschlüsseln. Dabei zeigt sich, daß das „links"-„rechts" Schema, das aus Merkmalen der politischen Kultur bezogen ist, politisch mit zwei widersprüchlichen Frontlinien verbunden ist: Zum ersten handeln (und denken z.T. auch) die „Europäer" als neue — demokratische — *Avantgarde*. Die „Populisten" fordern dagegen und bewirken eine *Öffnung des sozialen Raumes*. Zum zweiten die demokratisch legitimierte revolutionäre Mission der „Europäer" motiviert eine radikale neo-liberale Politik — ungeachtet oft sozialdemokratischer Sentiments. Die mit konservativer



Autoritäre Vaterfigur und Symbol des konstitutionellen Konsenses: Lech Walesa, inzwischen Staatspräsident von Polen

Symbolik auftretenden ,,Populisten" stützen sich dagegen in weit größerem Maße auf reale soziale Mentalitäten und auch Interessen und bewirken, indem sie die Artikulation realer Interessen ermöglichen eine soziale Dynamik, die die Strategie der raschen ,,kapitalistischen Revolution" von oben als illusionär erweist und verlangsamt.

Expertendiskurs statt Interessenausgleich

Historisch war die Solidarność das Ergebnis der Integration verschiedener Oppositionsbewegungen. Getragen wurde sie von der Arbeiterrevolte, mit der sich die Menschen unter den Symbolen ,,Menschenwürde", ,,Wahrheit", ,,Solidarität" zu einer emotional erfahrenden Schicksalsgemeinschaft der Entrechteten zusammenschlossen, einer Gemeinschaft, die sie in moralischen und kulturellen Kategorien, in Abgrenzung von ,,böser" und ,,fremder" Macht artikulierten. Die demokratischen Intellektuellen traten den Arbeitern zur Seite und setzten die Organisation der ,,Gesellschaft" gegen den Staat. Sie hatten die expressiven Funktionen inne und prägten so die Selbstdarstellung der Organisation nach außen. Die Spannungen zwischen pragmatischer Führung und fundamentalistischer Basis wurde 1980/81 immer wieder durch die emotionale Identifikation mit der Gemeinschaft und der Symbolfigur Walesa gelöst.

Mit dem Kriegsrecht setzte in den 80er Jahren eine Verselbständigung der Solidarność von ihrer Massenbasis und — unabhängig davon — ein Wandel der Identität der Gemeinschaft ein, die sich nun als ,,die Gesellschaft" begriff.

Die Repressionen der Regierung trafen zu Beginn der achtziger Jahre das Arbbeitermilieu mit großer Härte. Die betrieblichen Strukturen der Solidarność wurden zerstört. Als die politische Führung der Bewegung Mitte der achtziger Jahre aus den Gefängnissen entlassen wurde, lehnte sie sich an das Milieu der kritischen und radikalisierten Intellektuellen an. Dieser Wandel zeigte sich bei den Verhandlungen am Runden Tisch, die ohne Rückkopplung mit den Betrieben geführt wurden und von denen die Arbeiteropposition innerhalb der Solidarność ausgeschlossen war. Die Kandidatenaufstellung für die Wahl zum Parlament stellt der Bevölkerung die kulturelle und moralische Elite der Nation als Alternative zur kommunistischen Regierung vor. Schriftsteller, Regisseure, Wissenschaftler und die politische Führung der Bewegung repräsentierten nicht *spezifische* gesellschaftliche Interessen, sondern das — zu antizipierende — Interesse *der* ,,Gesellschaft", das nicht als Interessenausgleich, sondern als Expertendiskurs über den bestmöglichen Übergang zu Kapitalismus und Demokratie gedacht wurde. In diesem Sinne wurde die neue ähnlich wie die alte Regierung als politische *Avantgarde* institutionalisiert und sie sollte nun die kapitalistisch-demokratische Revolution von oben einleiten.

Gleichzeitig verlagerten sich in den achtziger Jahren die Aspirationen der Arbeiter. Moralisch-politische Werte traten zurück, materielle Interessen in den Vordergrund. Diese wurden nun mit der Geltungskraft moralischer Anrechte versehen. Auf der Ebene politischer Symbolik fanden diese Veränderungen keinen Niederschlag. Der Diskurs der Experten blieb exklusiv und unverständlich und das Fernsehen zeigte wieder eine Welt, die sich vor dem Hintergrund des Alltags seltsam irreal ausmachte. Walesa's Auftritte brachten die Lebenswelt der einfachen Menschen wieder auf die Bühne zurück. Dazu gehören auch die antisemitischen Anspielungen. Über sie werden Ressentiments gegen eine Intelligencja artikuliert, die — in durchaus osteuropäischer Tradition — für sich das Monopol auf das geltende Wissen beansprucht und denn auch prompt mit der Verachtung für einen Präsidenten ,,ohne Abitur" konterte.

Soziale Revolution von oben

Die volle Bedeutung des Konfliktes erschließt sich aber erst über eine Berücksichtigung der Dynamik von *politischer* und *sozialer Revolution*.

Das Projekt der politischen Revolution war 1980/81 die ,,civil society". Dies bedeutete eine Kombination von ,,ziviler Gegengesellschaft" der Bürgerbewegung, die sich auf das Milieu der gebildeten im staatlichen Beschäftigungssystem arbeitenden Mittelschicht stützte, und der ,,gesellschaftlichen Gegenmacht" der Arbeiter, d.h. der Solidarność als Massenbewegung, die ihre Integrationskraft aus der symbolischen Negation der bestehenden Ordnung bezog. Das Projekt der sozialen Revolution, das mit diesem Typus der ,,civil society" verbunden war, war 1981 das der ,,selbstverwalteten Republik". Die selbstverwalteten Unternehmen — faktisch wurde Belegschaftseigentum angestrebt — sollten eigenständige ökonomische Subjekte werden, die horizontale Beziehungen und damit den Markt konstituieren konnten.

Die Realisierung dieses Entwurfs wurde mit der Verhängung des Kriegsrechts abgeblockt. Nach dem gescheiterten Reformversuch kam es zu einer offenen Radikalisierung der politischen Diskussion. Der revolutionäre Bruch mit der sozialistischen Formation, d.h. die kapitalistische Revolution wurde nun offen ins Vesier genommen. Das entsprach auch den politischen Stimmungen an der Basis, deren Einsatz für das Selbstverwaltungsmodell begrenzt und pragmatisch motiviert war und deren artikulierte Sehnsüchte auf eine ganz andere, eine ,,normale" Gesellschaft zielten.

Die demokratisch legitimierte Regierung trat 1989 mit dem Auftrag an, die soziale Revolution von oben einzuleiten. Konzipiert wurde der Übergang zur Demokratie und Marktwirtschaft als Entstaatlichung der Ökonomie und Vergesellschaftung des Staates. Die Solidarność sollte die Umstrukturierung der Wirtschaft auf betrieblicher Ebene ,,abschirmen", die Bürgerkomitees die lokale Selbstverwaltung im Sinne der Regierung mit Leben füllen. Diese Strategie ging von der Annahme aus, nach der Beseitigung der politischen Artikulationsblockade und dem Rückzug der Macht in den Rechtsstaat, würde sich die soziale Revolution rasch initieren und sozusagen von den sozialen Kräften selbst vollziehen lassen.

Es zeigte sich nun aber bald ein doppeltes Dilemma: Die restriktive Finanzpolitik des knappen Geldes bewirkte einen Druck, dem auf einem — sozialistischen — Markt nicht so sehr die ökonomisch als vielmehr die organisatorisch schwachen Wirtschaftseinheiten zum Opfer fielen. Die Betriebe entwickelten unter den neuen Bedingungen nicht ökonomische Interessen, sondern defensive Überlebensstrategien für die Belegschaft und Direktionen, die als Schutz- und Trutzgemeinschaften zu überdauern suchten.

Die Realisierung der Aufgabe der Transformation, die politisch von allen akzeptiert wurde, entsprach niemandes realen Interessen in einer Gesellschaft, deren soziale Struktur nach wie vor über sozialistische Produktionsverhältnisse reproduziert wurde. Nicht nur der fehlende politische Pluralismus sondern die politisch legitimierte sozialrevolutionäre Aufgabe, machte die Regierung zu einer neuen Avantgarde, die das antizipierte allgemeine Interesse gegen die vielen realen Reproduktionsinteressen durchsetzen sollte.

In seiner Wahlkampagne konnte sich Walesa nicht nur auf sein Charisma sondern auch auf die Basisstrukturen der Solidarność Gewerkschaft stützen. Schon die Wahlkampagne verwandelte die politische Arena vom abgehobenen Expertendiskurs in ein emotionalisierendes Forum der Meinungs- und vor allem Interessenvertretung. Dieser Wandel mag für außenstehende Beobachter, die primär nach Kriterien politischer Ästethik urteilen, bedauerlich sein. Die sozialen Umbrüche, die in Osteuropa auf der Tagesordnung stehen, sind aber nicht als flotte Revolution von oben zu haben. Sie bedeuten soziale Konflikte, die — sollen sie nicht zur Blockade der politischen und ökonomischen Transformationsprozesse führen — organisatorisch vertreten und politisch ausgetragen werden müssen. Dem müssen Solidarność und Bürgerbewegungen — als multifunktionale Sammlungsbewegungen zum Opfer fallen — soll sich das strukturelle Muster totalitärer Modellierung von ,,Gesellschaft" nicht wiederholen.

Walesa hat nicht nur die Unzufriedenheit mit der ,,weißen Kommune" d.h. mit der Reproduktion der Machtstrukturen gespürt und in seinem Konflikt mit der Regierungsfraktion aufgefangen. Auch als wie auch immer autoritäre Vaterfigur und als Symbol des konstitutionellen Konsenses versucht er den Schirm zu spannen, unter dem sich der notwendige Prozeß der Differenzierung vollziehen kann. ■

PETER GÖSSLER

Die Götter regieren mit — zerbricht Indien?

Die nordindische Stadt Ayodyah ist seit geraumer Zeit Symbol und Brennpunkt einer Auseinandersetzung geworden, die dem modernen Mitteleuropäer und insbesondere dem friedensbewegten Linken unerklärlich erscheinen muß. Vorgeblich jeglicher Gewalt abgeneigte und der religiösen Toleranz verschworene Hindus greifen mit unvorstellbarer Brutalität Moslems an, die sich in ihrer Moschee verschanzt haben — Mitglieder jener Glaubensgemeinschaft also, die von Ayatollah Chomeini über Muhammed Ghaddafi bis hin zu Saddam Hussein in den letzten beiden Jahrzehnten die Erzbösewichte und Weltentzündler zu liefern pflegt.

Mahatma Gandhi — weltweites Symbol für konsequente Gewaltlosigkeit — würde sich heute vermutlich wie damals kurz nach der Unabhängigkeit Indiens in den Hungerstreik begeben, um vielleicht doch noch zusammenzuhalten, was auseinanderzubrechen droht. Die Chancen jedoch, daß es wie damals nichts werden wird mit der Gewaltlosigkeit — der „Ahimsa" —, bekanntlich mußten Millionen Moslems und Hindus bei der Teilung des Subkontinents in das „Land der Reinen", Pakistan, und Indien ihr Leben lassen, und daß es zu einer vergleichbaren Eskalation der Gewalt kommen wird, diese Chancen stehen unglücklicherweise gut. Der Sturz der von V.H. Singh geführten buntscheckigen Mehrparteienregierung ein knappes Jahr nach ihrem Zustandekommen im November 1989, die überdies noch auf die Tolerierung der kommunistischen Partei angewiesen war, markiert, so steht zu befürchten, erst den Anfang weiterer blutiger, religiös verbrämter Auseinandersetzungen. In Ayodyah, so scheint es, bricht Indien auseinander.

Zur Unzufriedenheit im profanen Hier und Jetzt besteht in Indien allerdings jede Menge Anlaß. Im stetig wachsenden Heer der indischen Beamten einen unbestechlichen Vertreter zu finden gleicht der Suche nach der berühmten Stecknadel im Heuhaufen und selbst unter Zuhilfenahme von Bestechung kann beispielsweise ein Telefonanruf von einer Stadt zur nächsten zu einer tagesfüllenden Beschäftigung mit ungewisser Aussicht auf Erfolg werden. Schlimmer noch geht es auf dem Land zu, wo eine effektive Kontrolle der Beamten so gut wie unmöglich ist. Stromausfälle beispielsweise sind regelmäßig dann an der Tagesordnung, wenn die Bauern am dringendsten auf eine kontinuierliche Versorgung mit elektrischer Energie angewiesen sind, nämlich dann, wenn in der heißen Jahreszeit die Ernte ohne ausreichende Bewässerung auf dem Halm zu verdorren droht. Ohne kräftige Bakshishzahlung bleibt der Strom aus und so wird der elektische Pumpe zu einer für die meisten unerschwinglichen Angelegenheit. Ersatzteile für Traktoren und andere landwirtschaftliche Maschinen sind so gut wie nicht zu bekommen und wenn doch, dann nur zu Preisen, die jenseits aller Finanzierungsmöglichkeit eines durchschnittlichen indischen Bauern liegen. Die Straßen auf dem indischen Land verdienen kaum diesen Namen, und es ist angesichts dessen kein Wunder, daß in lokalen Marktzentren ansässige Zwischenhändler die Abnahmepreise für landwirtschaftliche Erzeugnisse diktieren können. Man macht den Weg mit der Ernte vom Feld zum Markt auf solchen Wegen nur einmal. Die Leidtragenden sind allemal die landlosen Landarbeiter, die meist für einen Hungerlohn, oft auch nur gegen Unterkunft und Verpflegung auf den Feldern in

Foto: Rinascita

Hindus und Moslems

Worum aber geht es eigentlich in Ayodyah, und wie läßt sich die Vehemenz der Auseinandersetzung erklären? Der religiöse Hintergrund ist relativ einfach, für Hindus wie für Moslems ist Ayodyah, oder zumindest der Komplex, auf dem die umkämpfte Moschee steht, eine heilige Stätte. Der hinduistischen Mythologie zufolge handelt es sich um den Geburtsort Ramas, dem Held des Ramayana-Epos und einer Reinkarnation des Gottes Vishnu. Nun ist das Ramayana nicht irgendeine beliebige fromme Erzählung, sondern zusammen mit dem Mahabharata die am weitesten verbreitete religiöse Schrift in Indien. Kaum ein hinduistischer Haushalt, in dem sich nicht wenigstens eine bildliche Darstellung Ramas und seiner menschlichen Gattin Sita findet, verehrt von seinem Bruder Lakshman und dem Affengott Hanuman. Jeder des Lesens und Schreibens einigermaßen Kundige kennt zumindest eine der zahlreichen populären Versionen dieses Epos und die große Masse der Analphabeten ist mit der Erzählung durch mündliche Überlieferung oder wenigstens durch eine der unzähligen Hindifilm-Dramatisierungen vertraut. Es ist keineswegs übertrieben, wenn man behauptet, daß das Ramayana, so etwas wie den göttlichen Musterentwurf dafür darstellt, wie gemäß hinduistischer Vorstellung ein ordentliches Leben und insbesondere eine richtige Ehe zu führen sei, nämich — zumindest gilt dies für den weiblichen Part — treu und entsagungsvoll. Aber auch an die Größe Indiens gemahnt das Ramayana. wenn auch leider nur an die vergangene — so jedenfalls die Ansicht vieler Hindus: nach vielen Mühen befreit Rama, der göttliche Held, seine Gattin Sita aus den Klauen des Bösen in Gestalt des dämonischen Ravana, dem Herrscher Lankas, wobei ihm das Affenheer Hanumans hilfreich zur Seite steht. Mittlerweile hat sich das indische Fernsehen dieses heroischen Stoffes angenommen und es steht zu erwarten, daß — ähnlich wie schon bei der Verfilmung des Mahabharata, die in mehreren Folgen während des letzten Jahres gesendet wurde — die erstaunlichen kämpferischen Fähigkeiten und Wunderwaffen der Götter dem indischen Publikum in epischer Breite zum Zwecke des Beweises (ehemaliger) nationaler Größe vorgeführt werden.

Auf der anderen Seite ist für die indischen Moslems die Moschee, um die in Ayodyah der Streit entbrannt ist, und die nach Ansicht „fundamentalistischer" Hindus einem Tempel jenes besagten Rama weichen soll, auch nicht eben irgendeine beliebige. „Babri Masjid" heißt sie im allgemeinen Sprachgebrauch, nach Babur, dem im 16. Jahrhundert lebenden islamischen Herrscher, der sie erbauen ließ und der der Begründer der nordindischen Moghul-Dynastie war. Für die nordindischen Moslems ist Babur konsequenterweise ein Streiter und Held im Dienste des rechten Glaubens und sein Andenken wird bis auf den heutigen Tag ehrend bewahrt. Aber die kriegerischen Auseinandersetzungen und zahlreichen Eroberungsfeldzüge, die dieser Herrscher im Namen des Islams führte, sind ebenfalls nicht vergessen. Noch heute sind viele Hindus nicht gerade gut zu sprechen auf diesen Babur, der, wenn es um die Verbreitung des Islam ging, ebenso wie seine illustren und gefürchteten Vorfahren Chengis Khan und Timur nicht eben zimperlich in der Wahl seiner Mittel war. Babri Masjid — das ist für die einen das Symbol von Größe und Überlegenheit ihres Glaubens, für die anderen hingegen bedeutet sie Unterdrückung und Demütigung. Der Dämon Ravana und der Moghulherrscher Babur, wer weiß, ob sie nicht nur verschiedene Reinkarnationen des immer gleichen Bösen gewesen sein mögen. Mit anderen Worten, der „Fall" Babri Masjid ist ob seines geschichtlichen und emotional aufgeladenen Hintergrundes bestens dazu geeignet, als Kristallisationspunkt für Unmutsbezeugungen aller Art zu fungieren, kanalisiert im angeblichen Antagonismus zwischen Hindus und Moslems.

der sengenden Sonne schuften. Gelegentliche Ankündigungen irgendwelcher Verbesserungen von seiten lokaler Politmatadore, die die Größe der indischen Bauernschaft in pathetischer Anknüpfung an die alte Congress-Rhetorik beschwören, nimmt schon länger keiner mehr Ernst.

Aber auch in den indischen Städten häufen sich die Probleme, so beispielsweise im Zusammenhang mit der ständig wachsenden Arbeitslosigkeit. Dies betrifft keinesfalls nur die Ärmsten der Armen, die Bewohner der ständig anwachsenden Slums. Sie sind schon längst abgeschrieben worden, bestenfalls noch zu gebrauchen als Manövriermasse für skrupellose Machtpolitiker und gelegentlich auch als Stimmvieh, um das Funktionieren der „größten Demokratie der Welt" — so die indische Eigencharakterisierung — unter Beweis zu stellen. In zunehmenden Maße wird Arbeitslosigkeit auch ein Problem der städtischen Mittelschicht. In diesem Zusammenhang sind die studentischen Unruhen, die im letzten Jahr nicht nur die Universitäten, sondern das ganze Land mehrfach lahmlegten, zu sehen. Was vordergründig wie ein anachronistisches Verteilungsgerangel um Posten und Ausbildung zwischen verschiedenen Kasten auszusehen scheint und wie ein Versuch wirkt, die seit jeher sozial Benachteiligten — die sogenannten „backward castes and tribes" — weiterhin in ökonomischer Abhängigkeit zu halten, stellt sich bei näherer Betrachtung als ein typisch indisches Spektakel dar, gemischt mit einem gehörigen Schuß Schmierenkomödie.

Ursprünglich waren für die genannte „backward castes and tribes" bestimmte Quoten in allen Ausbildungsinstitutionen und in allen Bereichen der öffentlichen Verwaltung vorgesehen, um den Mitgliedern dieser Kasten den sukzessiven sozialen Aufstieg zu ermöglichen. Der Erfolg dieser Programme, die noch von den Engländern initiiert worden waren und später von Dr. Ambedkar, einem Mitstreiter Gandhis, durchgesetzt wurden, ließ allerdings auf sich warten und in den letzten Jahren wuchs der Widerstand gegen die Quotierung immer mehr.

In der Tat ist die Zahl derjenigen, die eine Förderung durch die genannte Quotierung erhalten haben und tatsächlich im ursprünglichen Sinne zu den „backward castes and tribes" gehörten, verschwindend gering. Mehr und mehr griffen gewiefte Familienväter aus durchaus hohen sozialen Positionen und allen möglichen denn „rückständigen" Kasten zu dem Trick, sich öffentlich vom Hinduismus abzukehren, um wenig später reumütig ihren „Irrtum" einzugestehen. Da man sich zwar vom Hinduismus abwenden, nicht jedoch beitreten kann, wurde den findigen Familienvätern offiziell der Status eines Angehörigen einer „backward caste" zugeteilt und ihren Sprößlingen, die sonst im Rennen um Arbeit vielleicht ohne Chance gewesen wären, ein Ausbildungsplatz oder ein Job in Regierungsdiensten zuteil.

Die Angehörigen der eigentlichen „backward castes" verfügen in der Regel, wie man sich denken kann, nicht über eine derartige

▶ Religiöse und Nationalitätenkonflikte ◀

Schlitzohrigkeit. Angesichts dessen ist der Vorschlag des ehemaligen Premierministers Singh, die Quotierung auf bis zu 50 % zu erhöhen, als gelinder Witz zu betrachten und die Rebellion der Studenten gegen eine solche Erhöhung der Quote als durchaus berechtigt, denn ein solches Vorgehen hätte die Konkurrenz um die begehrten Regierungsjobs nur noch stärker von Intrigen und Beziehungen abhängig gemacht. Ob der damalige Premierminister ernsthaft eine solche Erhöhung der Quoten für die „bakward castes and tribes" vorhatte, steht überdies auf einem anderen Blatt, viel wahrscheinlicher ist, daß die Ankündigung dieses Vorhabens ein propaganistischer Schachzug war, um den absehbaren Sympathieschwund bei den ärmeren Bevölkerungsteilen vorzubeugen.

Jenseits von all solcher Schlitzohrigkeit, die zum indischen Alltag gehört wie die zahlreichen Götter, haben sich die meist von der Congress-Party gestellten Zentralregierungen — abgesehen von einer geringfügigen Unterbrechung Mitte der 70er Jahre — im Umgang mit gesellschaftlichen Minderheiten oder den berechtigten Forderungen der Bevölkerung im allgemeinen nicht gerade mit Ruhm bekleckert.

Auf der steten Suche nach Einnahmemöglichkeiten kostbarer Devisen beispielsweise ist für das einstmalige Hippie-Paradies Goa ein wahrhaft gigantomanisches Programm zur Ankurbelung des Tourismus geplant, das, sollte es jemals Realität werden, diesen einstmals recht friedlichen Bundesstaat alles andere als paradiesisch werden lassen dürfte. Zu Recht wehren sich die Einwohner dieser kleinen, an der Westküste Indiens gelegenen Region gegen dieses sogenannte

„Entwicklungsprogramm", das de facto einer Zubetonierung der Küste in allerbester Costa-Brava-Manier gleichkommen würde. Der Punjab ist nach wie vor einer der wesentlichen Konfliktherde des Landes und außer dem Einsatz von Streitkräften unternimmt die indische Zentralregierung nicht viel, um den Ruf von seiten militanter Sikh-Organisationen nach einem freien „Kalisthan" entgegenzutreten.

Ähnlich verhält es sich in Kashmir, wo fundamentalistische schiitische Moslems unter der ansonsten ziemlich friedfertigen Bevölkerung zunehmend an Einfluß gewinnen. Die indische Zentralregierung hat in der Auseinandersetzung mit diesen Kräften eigentlich nichts weiter getan, als zur Terroristenhatz zu blasen und ansonsten versucht, das Geschäft mit dem Tourismus — eine der wesentlichen Einnahmequellen der Region — unter ihre Kontrolle zu bringen.

Kaum beachtet von der Weltöffentlichkeit, spielt sich seit Jahren im entlegenen Assam ein Guerillakrieg zwischen den Bodos auf der einen Seite — der ursprünglichen Stammesbevölkerung — sowie der indischen Armee und Polizei auf der anderen Seite ab. Auch hier hat die indische Zentralregierung jahrelang die berechtigten Forderungen der Stammesbevölkerung nach mehr politischer Mitbestimmung in nur brillant zu nennender Art und Weise ignoriert.

Im Süden des Vielvölkerstaates gärt es ebenfalls: die aus Sri Lanka nach Tamil Nadu geflüchteten Tamilen sorgen für sozialen Sprengstoff und drücken auf den sowieso schon überfüllten Arbeitsmarkt. Böses Blut hat auch die Tatsache geschaffen, daß die tamilischen Flüchtlinge Anspruch auf — wenn auch denkbar geringe — staatliche Unterstützung haben. In einem Land, wo Millionen mit einem — meist unsicherem — Tagesverdienst von zwanzig bis dreißig Rupies auskommen müssen, was etwa zwei bis drei Mark entspricht, ist jede Form der Unterstützung ein begehrenswertes Privileg.

Die außenpolitischen Aktivitäten Indiens sind in den letzten Jahren ebenfalls nicht immer sehr überzeugend gewesen. Die als „peace keeping force" nach Sri Lanka entsandten Truppen haben sich im Sommer 1990 unter ziemlich demütigenden Umständen wieder zurückziehen müssen, das Ziel, nämlich die Befriedung der Bürgerkriegsparteien, haben die indischen Truppen nicht erreicht — im Gegenteil, die Situation ist desolater als je zuvor. Vorsichtige, von Rajiv Gandhi begonnene Verhandlungsversuche mit dem „Erzfeind" Pakistan über eine Befriedung der Krisenregionen Punjab und Kashmir sind mehr oder weniger eingefroren. Seitdem Benazir Bhutto zum Rücktritt gezwungen worden ist und die folgenden Parlamentswahlen ebenfalls wie ihr indischer Hauptgesprächspartner Gandhi „verloren" hat, sind die Beziehungen zwischen Indien und Pakistan auf einem Tiefpunkt angelangt.

Lediglich in Nepal ist der indischen Außenpolitik in letzterer Zeiter insofern ein bescheidener „Erfolg" vergönnt gewesen — sieht man einmal vom indischen Eingreifen in den maledivischen Operettenputsch im Jahre 1988 ab — als der despotische König Birendra wenigstens gewisse Konzessionen an die von Indien unterstützte und demokratisch orientierte Oppositionsbewegung hat machen müssen. Die ziemlich vollmundig über Jahre hinweg propagierten Absichten der indischen Zentralregierung, das Land zu einer Hegemonialmacht in der Region zu machen, sind — insgesamt gesehen — nicht Realität geworden.

Alles dies und noch eine ganze Reihe weiterer Faktoren kulminiert in der Auseinandersetzung um die Babri Masjid in Ayodyah. Es ist den indischen Politikern weder innen- noch außenpolitisch gelungen, der hinduistischen Bevölkerungsmehrheit eine Art Selbstbewußtsein zu verschaffen und alle Beschwörungen indischer Größe, die angeblich nur unter der englischen Herrschaft nicht habe zur Entfaltung gelangen können, haben sich als unsubstantielle Wunschvorstellungen erwiesen. Zudem haben sich Politiker aller Parteien durch skrupellose und unverblümte Bereicherung selbst immer mehr in Mißkredit gebracht, der Kanonendeal mit der schwedischen Firma Bofors, der im Dezember 1989 letztlich zur Abwahl Rajiv Gandhis geführt hat, ist nur die Spitze vom Eisberg. Als letzte Zuflucht in dieser verfahrenen Suituation dient den abgewirtschafteten Politikern jeglicher Coleur — wie schon so oft — die Religion und die Berufung auf wie auch immer geartete „heilige Werte". Die innenpolitische Situation scheint es gegenwärtig noch unmöglich zu machen, den „Feind vom Dienst" — das moslemische Pakistan — direkt anzugreifen, aber immerhin stehen ja im Lande selbst ausreichend Vertreter dieser Religion als Sündenbock zur Verfügung. Da wird der moslemische Frisör, mit dem man jahrelang gute Nachbarschaft gepflegt hatte, schnell zum pakistanischen Spion und der Sturm auf die Babri Masjid in Ayodyah zur heiligen Sache.

Es bedarf keiner großen prophetischen Gaben, um vorherzusagen, daß diese „Ersatzobjekte" bald nicht mehr ausreichen werden, um den inneren Zusammenhalt Indiens zu gewährleisten. Der Vielvölkerstaat Indien hat eine äußerst unsichere Zukunft. ■

1 9 9 2

TRANVIA

Revue der Iberischen Halbinsel

Heft 19 (Dez. 90): 1992, das spanische Jahr: Olympiade, expo, 500 Jahre 'Entdeckung Amerikas', EG-Binnenmarkt. Exil in Portugal ab 1933. Wissenschaft u. Nationalsozialismus. Reaktionen auf die deutsche Vereinigung. Presse, KP Portugals, Medien u. die Realität des Bürgerkriegs. Musik, viele Rezensionen.

84 Seiten (A 4); für 7,- + 1,- Porto
Tranvía, Postf. 30 36 26, 1 Bln 30

WIDER SPRÜCHE

Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- u. Sozialbereich

Verlust und Befreiung.
Nach dem Umbruch im Osten (Heft 37)
Widersprüche-Redaktion: Schwierige Abschiede. Fragmente zu den Erfahrungen der Jahre 1989/90 ● *Kunstreich:* Demokratische Revolution und nationale Konterrevolution. Die Fortsetzung des deutschen Sonderweges ● *Diemer:* Was ist links? Nach dem Sturz des „realen Sozialismus" ● *Feurich:* „Wir müssen uns von dem trennen, woran wir lange geglaubt haben." ● *Nickel:* Deutschlands bleiche Schwestern. Ost-Frauen und West-Frauen: Vereinigte Uneinigkeit ● *Krahulec:* Erziehung nach Wandlitz. Probleme und Perspektiven sozialer Arbeit in den „fünf neuen Bundesländern" ● *Bamberg:* Modell Deutschland? Gelingt dem Sozialstaat die deutsch-deutsche Integration? ● *Bock:* Der Traum des Fliegens. Von der „Sozialunion" zu Übergangsarbeitslosigkeit ● Magazin ● Rezensionen
100 Seiten, DM 14,—

Mehr Demokratie durch Recht? (Heft 36)
Kreissl: Regulation durch Recht: freiheitsverbürgend — freiheitszerstörend ● *V. Schöneburg:* Sozialismus und Strafrecht. Visionen, Forderungen und Erfahrungen mit dem Strafrecht in der DDR ● *Interview mit K.-H. Schöneburg:* „Die Verfassungsfrage verankern in den Widersprüchen der Gesellschaft selbst". Was bleibt von der Verfassungsdiskussion des Runden Tisches? ● *Kimmich:* Wie mit „Multikultur" Politik gemacht wird ● *Ahrens:* Drogenpolitik und Gesellschaft: „war against drugs" ● *Kryszon:* Weiterkommen durch Weiterbildung? ● Magazin ● Rezensionen
100 Seiten, DM 14,—

„Das Herz denkt rechts" (Heft 35)
Vereinigte antidemokratische Potentiale
Jaschke: Die „Republikaner" und das „Republikaner-Phänomen" ● *Krahulec:* Nicht „Sieger", sondern Erben der Geschichte ● *Funke:* Antidemokratische Potentiale ● *Oltmanns:* „Siegen, kämpfen, durchgreifen lassen". Rechtsextremismus bei Mädchen ● *Hafeneger/Lochmann:* Einen „politisch-pädagogischen Königsweg" gibt es nicht ● *Macke:* Von der Linken lernen ● *Busold:* Die Schengener Abkommen: Die Überwachung ist perfekt ● *Krause:* „Einen braucht der Mensch zum Treten". Wachsender Fremdenhaß und Rassismus in der DDR ● Rezensionen
100 Seiten, DM 14,—

UNSER KENNENLERN-ANGEBOT
Schicken Sie uns einen 20,— DM-Schein und wir senden Ihnen zwei Probehefte zur Ansicht. Aktuelle Ausgaben gegen DM 15,— (nur Vorkasse)
Verlag 2000, Postfach 10 20 62, 6050 Offenbach

Catterfeld XI

Das Catterfeld-Seminar (nach dem ersten Tagungsort 1980 in der damaligen DDR) ist das einzige ,,deutsch-deutsche" Jugendarbeitsseminar, das nun bereits über zehn Jahre regelmäßig stattfindet. Ursprünglich sollte das Thema in diesem Jahr ,,Deutschland — den Deutschen? Für nationale Einheit — gegen nationale Einfalt" lauten. Aber die blutige Aggression in der Golfregion diktiert inzwischen ganz andere Themen, Gedanken, Erkenntnisse und Handlungen. Daher laden das Ev. Landesjugendpfarramt Thüringen und das Ev. Jugendpfarramt von Kurhessen-Waldeck nun zu einem friedenspolitischen Seminar für Mitglieder von kirchlichen und außerkirchlichen Friedensinitiativen ein, in dem

- nach Hintergründen des Konfliktes gefragt,
- nach politischen, wirtschaftlichen und strategischen Ursachen geforscht und
- nach Wegen des Friedens gesucht werden soll.

Termin: 19.3.-22.3.1991
Ort: Neudietendorf/Thüringen
Anmeldung und Information: Wolfgang Maltzahn, Wilhelmshöher Allee 330, 3500 Kassel, Tel. 0561/3083341 oder 0561/875370

Mission, Macht, Märkte

1992 ist das Jahr, in dem sich die koloniale Eroberung Lateinamerikas zum 500. Male jährt. 1992 ist auch das Jahr der Vollendung des Europäischen Binnenmarkts, jenes Projekts der herrschenden Politiker, Manager und Bänker, das der EG eine Hegemonialposition in der Weltwirtschaft verschaffen soll. Im gleichen Jahr findet in Brasilien die UNO-Konferenz zu Entwicklung und Umwelt statt. Es ist offensichtlich, daß diese Ereignisse nicht nur in einem zeitlichen, sondern auch in einem inhaltlichen Zusammenhang stehen: Sie stehen im Kontext tiefgreifender weltgeschichtlicher Umbrüche. Das Ende der Blockkonfrontation und der mit dem Zusammenbruch des ,,Real-Sozialismus" verbundene Siegeszug der westlich-kapitalistischen Gesellschaftsordnung bedeuten jedoch für die ,,Dritte Welt" keine Verbesserung.

Im Gegenteil, vieles spricht dafür, daß die politischen und wirtschaftlichen Vermachtungsprozesse auf dem Weltmarkt große Teile der ,,Dritten Welt" völlig ins Abseits drängen. Nicht nur, daß der Golfkrieg mögliche Hoffnungen auf Abrüstung zunichte gemacht hat — er demonstriert darüberhinaus, daß die Mächtigen trotz aller gegenseitigen Widersprüche willens sind, mit militärischer Gewalt ihre Interessen gegenüber der ,,Dritten Welt" durchzusetzen.

Die entwicklungspolitischen Aktionsgruppen werden auf ihrem 15. Bundeskongreß vor dem Hintergrund der ,,92er-Ereignisse" in Arbeitsgruppen und Plenumsdikussionen die durch die beschriebenen Veränderungen aufgeworfenen Fragen zuspitzen, um Widerstandsmöglichkeiten und Alternativen zur herrschenden Wirtschaft und Poiltik zu diskutieren. Absicht ist es, die inhaltlich-politischen und aktionsbezogenen Konturen einer auf die zusammenhängenden Ereignisse 1992 bezogenen internationalen Kampagne herauszuarbeiten.

15. Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO)
Termin: 9.5.-12.5.1991
Ort: Alte Feuerwache, Köln
Anmeldung: bis spätestens 19.4.1991
Kontakt und Information: BUKO, Nernstweg 32-34, 2000 Hamburg 50, Tel.: 040/393156

Gramsci und die Theorie der Zivilgesellschaft

(Internationale wissenschaftliche Konferenz am 23. und 24. März 1991, Humboldt-Universität, Berlin).
Der Geburtstag Antonio Gramscis jährt sich im Januar 1991 zum hundertsten Mal. Über das übliche Gedenken hinaus gibt er für die theoretische Kultur der Linken Anlaß, sich aus der gegenwärtigen Umbruchsituation heraus in Beziehung auf Gramsci zu verständigen. Im zusammengebrochenen befehlsadministrativen Sozialismus gehörte sein Werk zum Verdrängten. Gramsci, dessen Denken, besonders während seiner Gefängniszeit, um Konsensbildung als Bedingung politischer Handlungsfähigkeit kreiste, war mit dem stalinistischen und poststalinistischen Sicherheitsstaat nicht vereinbar. Es ist kein Zufall, daß die Kategorie der Zivilgesellschaft, die in den Gefängnisheften Gramscis zentral ist, in den demokratischen Bewegungen und Umbruchprozessen in Osteuropa zu einem wesentlichen Bezugspunkt wurde. Die Dimension des Zivilen kann nicht länger als ,,bürgerliche Ideologie" denunziert, Bürgerrechte nicht mit bürgerlichen Rechten verwechselt, der Citoyen nicht mit dem Bourgeois gleichgesetzt werden.

Schwerpunkte der Konferenz:
1. Der Begriff der Zivilgesellschaft bei Gramsci (Rekonstruktion von Begrifflichkeit und Problematik) mit angelagerten Konzepten wie Hegemonie, Konsens, Kultur usw.;
2. Aktualisierung Gramscis im Problemhorizont von ,,Postfordismus", High-Tech-Kapitalismus, Perestrojka und Zusammenbruch des befehlsadministrativen Sozialismus;
3. Zivilgesellschaft und moderner Sozialismus. Frage nach Elementen eines zivilgesellschaftlichen Sozialismus-Projekts, seinen Trägern usw.;
4. Verwandte und konkurrierende Ansätze in der gegenwärtigen angelsächsischen Diskussion um civil society.

Getragen wird die Tagung von den Zeitschriften ,,Das Argument", ,,Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung", ,,Initial", ,,links", ,,Prokla", ,,Sozialismus", ,,Sozialistische Politik und Wirtschaft" (SPW), ,,Utopie kreativ", ,,Widerspruch" (München), ,,Widerspruch" (Zürich), ,,Z" sowie der Stiftung Gesellschaftsanalyse, dem Institut für vergleichbare Zivilisationsforschung an der Humboldt-Universität Berlin und der Volksuni Berlin.

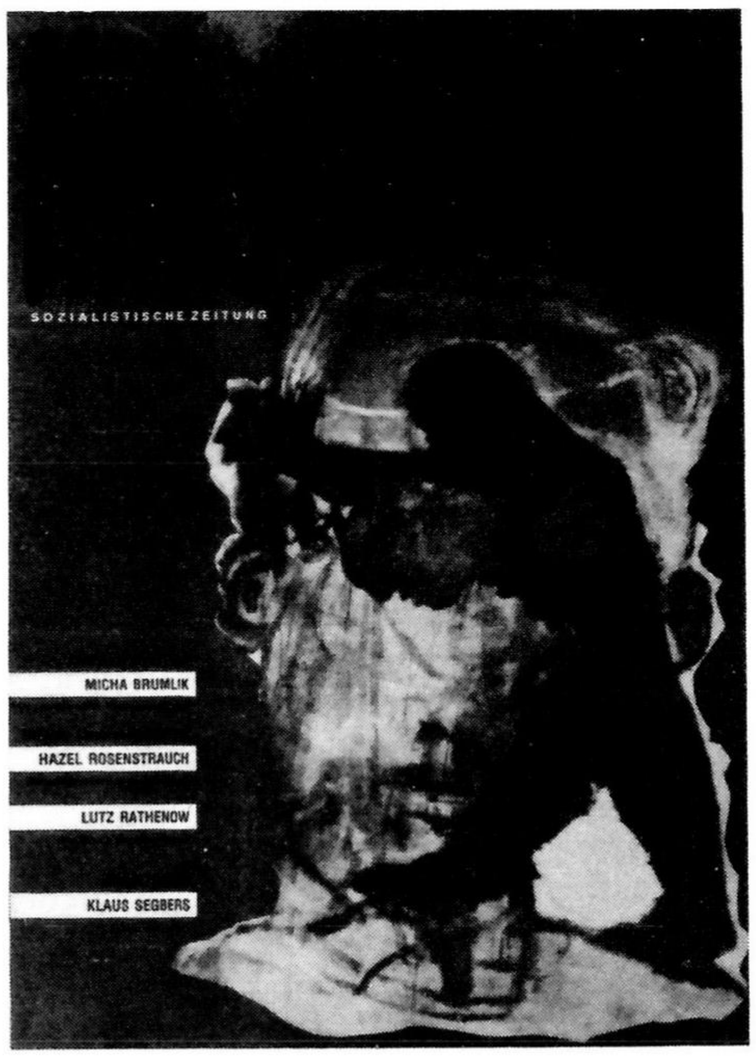
Die Konferenz ist als Expertenseminar mit einer öffentlichen Abendveranstaltung geplant.

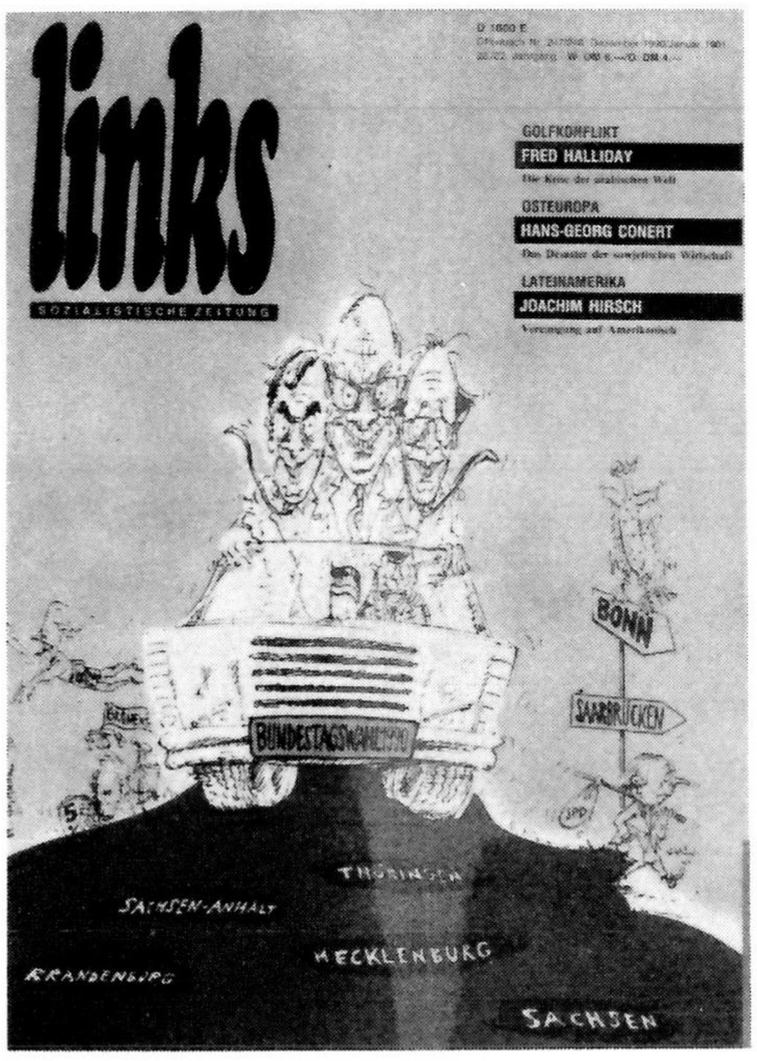
Am Rande der Konferenz wird es eine Vorstellung von Neuerscheinungen zu Gramsci geben, u.a. des ersten Bandes der deutschen Gesamtausgabe der Gefängnishefte (Quaderni del carcere), die im Argument-Verlag erscheint, einer Gramsci-Anthologie des Dietz-Verlages Berlin, neuester italienischer Publikationen.
Termin: 23. und 24. März 1991
Ort: Humboldt-Universität, Berlin
Kontakt: Peter Jehle, Wiclefstr. 30, W-1000 Berlin 21, 030/3965173
Harald Neubert, Elsa-Brandström-str. 18, O-1100 Berlin, Tel. 0372/472 48 07

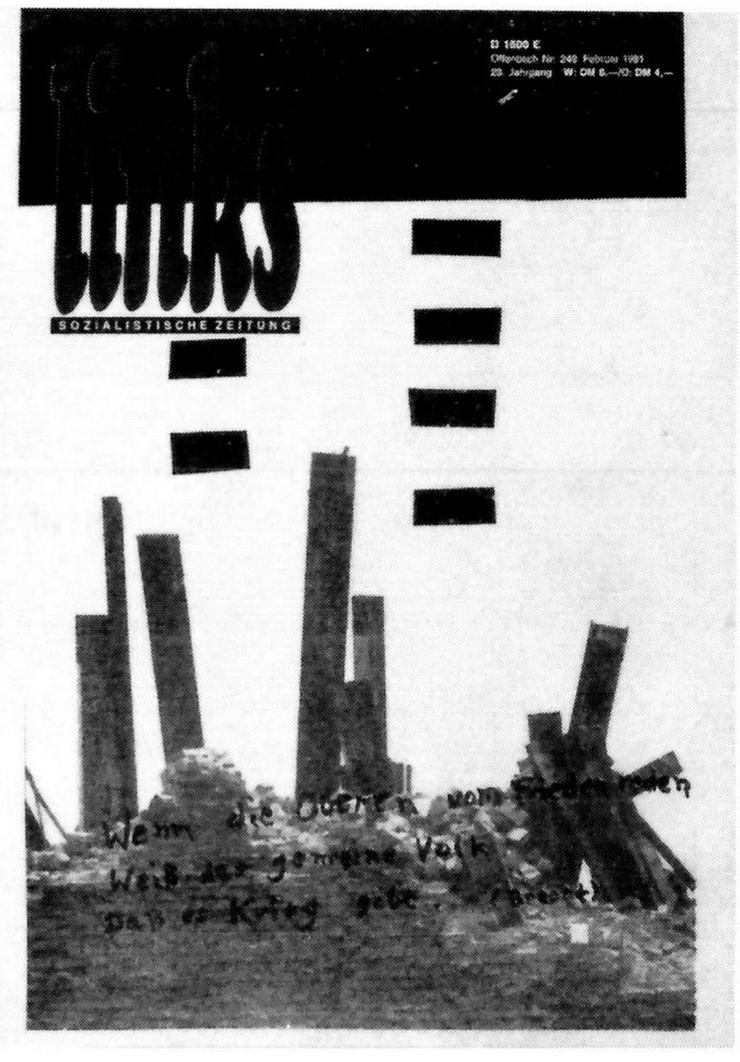
Lokale Gruppen und Kontaktadressen des SB

Berlin: Karl-Heinz Albers, Graefestr. 16, 1000 Berlin 61, Tel. 030/6921665
Berlin (Ost): SB c/o Bündnis 2000, Haus der Demokratie, Zimmer 211, Friedrichstr. 165, Berlin 1080
Bochum: Dieter Schweitzer, Hustadtring 151, 4630 Bochum, Tel. 0234/702823
Bielefeld: Frederick Gröger, Westerfeldstr. 164, 4800 Bielefeld, Tel.: 0521/888308
Bremen: Niko Diemer, Herbststr. 92, 2800 Bremen, Tel. 0421/374581
Dortmund: SB Dortmund, c/o ‚Langer August', Braunschweiger Str. 22, 4600 Dortmund *und* Holger Föllmer, Neuer Graben 12, 4600 Dortmund, Tel. 0231/124949
Frankfurt-Offenbach: Sozialistisches Büro, Bleichstr. 5/7, 6050 Offenbach, Tel. 069/885006
Göttingen: Norbert Engelhardt, Hermann-Föge-Weg 14, 3400 Göttingen, Tel. 0551/7703659
Hamburg: SB Hamburg, Altonaer Str. 28, 2000 Hamburg 6, Tel. 040/433289
Hannover: Anke Breithaupt/Ursel Fischer, Lister Meile 25, 3000 Hannover 1, Tel. 0511/3480597
Kiel: Volker Röhrich, Steinstr. 15, 2300 Kiel, Tel. 0431/804430
Köln: Günter Steppkes, Tel. 0221/2401655 *und* Klaus Küpper, Tel. 0221/245516, beide Engelbertstr. 55, 5000 Köln 1
Lübeck: Bernd Möller, Paul-Gerhardt-Str. 2, 2400 Lübeck, Tel. 0451/491698
Mainz/Wiesbaden: Wieland Stützel, Scharnhorststr. 17, 6200 Wiesbaden, Tel. 06121/440373, tags. 069/885006
München: Hans G. Mittermüller, Buchenauerstr. 31, 8080 Fürstenfeldbruck, Tel. 08141/27493
Münster: Jan Spurk, Von-der-Tinnen-Str. 30, 4400 Münster 1, Tel. 0251/375714
Nürnberg: Otto Böhm, Johannisstr. 42, 8500 Nürnberg, Tel. 0911/332022
Oberbergischer Kreis: Klaus W. Kowol, Postfach 1312, 5275 Bergneustadt
Stuttgart: Uta Probst, Forststr. 213, 7000 Stuttgart, Tel. 0711/6572538
Ulm: Gerd Mack, Yorckstr. 29, 7900 Ulm, Tel. 0731/30281 *und* Manfred Lang, Tel. 0731/32769

Der Streit geht weiter







Die letzten drei *links*-Ausgaben mit Beiträgen zum Golfkrieg

Jede/r, die/der jetzt eine/n AbonnentIn wirbt, erhält von der Redaktion das Buch

Befreiung denken — Ein politischer Imperativ.
Ein Materialienband zu Herbert Marcuse, 2. erweiterte Auflage 1990

als Dankeschön.

Abo-Bestellschein

Verlag 2000, Postfach 10 20 62, 6050 Offenbach 1

Bitte senden Sie die links ab der nächst erreichbaren Ausgabe an

Name _____ Vorname _____

Straße, Hausnummer _____ PLZ u. Wohnort _____

Das links-Jahresabonnement kostet W: DM 64,—/O: DM 40,—
incl. Porto, Versand und MWSt.

☐ Ich zahle diesen Betrag erst nach Erhalt der Rechnung (Luftpostpreise auf Anfrage)

☐ Der Rechnungsbetrag soll von diesem Konto abgebucht werden:

Bankleitzahl _____ Konto-Nr. _____

Name der Bank _____ Datum _____

Das Abo erhält:

Name _____ Vorname _____

Straße, Hausnummer _____ PLZ u. Wohnort _____

Datum und Unterschrift (Bestellunterschrift)

Datum und Unterschrift (Bestätigungsunterschrift)

Vertrauensgarantie: Sie garantieren mir, daß ich diese Vereinbarung schriftlich innerhalb von zehn Tagen durch Mitteilung an den Verlag 2000 (Anschrift wie oben) widerrufen kann. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn es nicht bis zum 31.10. (frühestens 1991) vor Ablauf des bezahlten Bezugszeitraumes gekündigt wird.

Verlag 2000, Postfach 10 20 62, 6050 Offenbach 1
Postvertriebsstück D 1600 E Gebühr bezahlt

1

Poppinga, Onno

Hochzeitstr. 5
D 3524 Immenhausen 01

WO DIE LINKS ZU BÜCHERLÄDEN IST:

Bamberg
Collibri-Buchhandlung
Austr. 14
Berlin
Buchhandl. in Schöneberg
Günter Senf
Eisenacher Str. 49
Buchladen am Savignyplatz
Carmerstr. 9
Kirschkern Buchversand
Schlüterstr. 28
Petermann, Gebr.
Zeitschriftenvertrieb
Kurfürstenstr. 111
Berlin (Ost)
SUSI
Haus der Demokratie
Raum 105
Friedrichstr. 165
Bern
Münstergass Buchhandlung
Münstergasse 35
Betzdorf
Buchhandlung Sarrazin
Viktoriastr, 21
Bielefeld
Buchladen Eulenspiegel
Hagenbruchstr. 9
Bonn
Buchladen 46
Kaiserstr. 46
Braunschweig
Magni Buchladen GmbH
Langedamm 13
Bremen
Buchladen im Ostertor
Fehrfeld 60
Darmstadt
Georg-Büchner-Buchladen
Lauteschlägerstr. 18
Dortmund
Buchladen Taranta-babu
Humboldtstr. 44
Düsseldorf
Bibabuze Buchladen
Aachenerstr. 1
Essen
Heinrich-Heine-Buchhandl.
Viehofer Platz 8
Esslingen
Provinzbuch
Küferstr. 26
Frankfurt
Autorenbuchhandlung
Reuterweg 57
Baersch, Herbert Nachf.
Buchhandlung
Hostatastr./Ecke
Albanusstr. 29
Buchhandlung Hector
Gräfstr. 77
Buchhandlung Christensen
Kettenhofweg 104
Bund-Verlag-GmbH
Wilh.-Leusch.-Str. 69-77
Club Voltaire
Kl. Hochstr. 5
Karl-Marx-Buchladen
Jordanstr. 11
Uni Buch
Jügelstr. 1 (Studentenh.)
Ypsilon-Buchladen
Berger Str. 18
Freiburg
Jos Fritz-Buchladen
Wilhelm-Str. 10
Göttingen
Buchladen Rote Straße
Rote Str. 10
Calvör. Akadem.
Buchhandlung
Weender Str. 58
Hagen
Quadrux Buchladen
Lange Str. 21
Hamburg
Buchhandlung Gegenwind
Grindelhof 45
Buchl. in der Osterstraße
Osterstr. 156
Heinrich-Heine-Buchhandl.
Schlüterstr. 1
Hanau
Bücherstube Dausien & Erb
Am Freiheitsplatz 6
Hannover
Hennies & Zinkeisen
Fachbuchhandlung
Marienstr. 14 u. 18
Internationalismus-Buchl.
Engelbosteler Damm 10
Heidelberg
Der andere Buchladen
Plöck 93
Hildesheim
Amei's Buchecke
Goschenstr. 31
Hockenheim
Hockenheimer Bücherecke
Hirschstr. 20
Kassel
ABC-Buchladen
Goethestr. 77
Bücherstube Kossmann
Friedrichstr. 24
Coffie-Shop
Elfbuchenstr. 18
Kiel
Zapata Buchladen
Jungfernstieg 27
Koblenz
Reuffel Buchhandlung
Inh. E. Duchstein
Löhrstr. 92
Buchladen Heimes/
Mender/Pfalz
Schanzenpforte 2
Köln
Der andere Buchladen
Zülpicher Str. 197
Glasstr. 80
Lengfeldsche Buchhandl.
Kolpingplatz 1
Ringbuchhandl. Nethe
Hohenzollernring 38
Konstanz
Buchhandlung Meder
Paradiesstr. 3
Buchladen
„Zur Schwarzen Geiß"
Obermarkt 14
Krefeld
Andere Buchladen
Dionysiusstr. 7
Ludwigsburg
Buchladen Schwarzes Schaf
Reithausplatz 2
Lüneburg
Delbanco Buchhandlung
Bessemerstr. 3
Mannheim
Buchladen M2, 6
M2, 6
Marburg
Roter-Stern-Buchhandlung
Am Grün 28
Marktheidenfeld
Die Bücherstube
Kreuzbergstr. 19
Minden
Bücherwurm
Alte Kirchstr. 25
Mönchengladbach
Prolibri-Buchladen
Regentenstr. 120
Moers
Aragon-Buchvertrieb
Hombergerstr. 30
München
Basis-Buchhandlung
Adalbertstr. 43
Münster
Buchhandlung Krueper
Postfach 4609
ROSTA-Buchladen
Aegidistr. 12
Nürnberg
Bücherkiste Diekmann
Schlehengasse 6
Offenbach
Buchladen am Markt, BAM
Wilhelmsplatz 12
Tucholsky Buchladen
Mittelseestr. 14
Oldenburg
Carl-v.-Ossietzky-
Buchhandlung
Bergstr. 1
Holzberg Buchhandlung
Haarenstr. 20
Osnabrück
Autonomie-Buchladen
Martinistr. 9
Jonscher Buchhandlung
Postfach 2545
Recklinghausen
Attatroll Buchladen
Herner Str./Paulusstr. 2
Reutlingen
Jakob-Fetzer-Buchladen
Rokenstr. 4
Rosenheim
Irrlicht Buchladen GmbH
Innstr. 45 a
Saarbrücken
Der Buchladen
Försterstr. 14
Schweinfurt
Collibri Buchladen
Brückenstr. 7
Siegen
Bücherkiste GmbH
Bismarckstr. 3
Schneider Buchhandlung
Postfach 303
Stuttgart
Buchhandlung W. Niedlich
Schmale Str. 9
Kunst & Wissen
Postfach 10 28 44
Tübingen
Buchhandlung in
der Gartenstraße
Gartenstr. 20
die Gruppe —
Alt. Buchladen
Marktgasse 13
Wetzlar
Buchladen am Kornmarkt
Kornmarkt 12
Wien
Buchhandlung Frick
Graben 27
Buchhandlung B. Herrmann
Grünangergasse 1
Wiesbaden
Kassandra Buchladen
Westendstr. 1
Zürich
Pinkus & Co.
Froschaugasse 7